

3. Tagung des 9. Parteitages

9. bis 10. Mai 2025 in Chemnitz

Antragsheft III

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

Social Media	Seite 5
Berichte	Seite 7
Bericht der Bundesschiedskommission	Seite 9
Bericht der Delegation Die Linke im Europäischen Parlament	Seite 13
Kandidaturen	Seite 17
für die Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 17
für die Bundesschiedskommission	Seite 21
Änderungsanträge zu Anträgen	Seite 31
mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 33
mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 42
zu den Regularien	Seite 43
zum Leitantrag	Seite 45

Impressum/ Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 30. April 2025

#DieHoffnung – **Social Media auf dem Parteitag**

Was und wie über unseren Bundesparteitag veröffentlicht wird, überlassen wir nicht allein den großen Medien. Wer sich für unseren Parteitag interessiert, soll auch Informationen aus erster Hand direkt von uns bekommen. Ein Social-Media-Team wird live berichten. Es gibt Streams bei YouTube und Facebook und auf unserer Webseite; und wie posten auf unseren Social-Media-Kanälen. Aber neben den Posts und Storys auf den offiziellen Kanälen und mindestens genauso wichtig sind eure Eindrücke und Beiträge in den sozialen Medien. Denn richtig sichtbar werden wir in den sozialen Medien mit unseren Themen und Anliegen nur, wenn wir alle intensiv dort präsent sind!

Was könnt ihr tun?

Postet Fotos als WhatsApp-Story oder in den Storys auf Insta oder Facebook. Oder gar kleine Reels auf Insta oder TikTok, wenn ihr euch das technisch zutraut. Oder aber Fotos und Texte auf Facebook ... Wo auch immer ihr angemeldet seid, postet unsere Botschaften über den Parteitag.

Wenn Ihr vom und über den Parteitag auf X, Instagram oder TikTok postet, benutzt Hashtags:

- Der zentrale Hashtag ist: #DieHoffnung. Zusätzlich geht auch noch #linkebpt.
- Bei Instagram immer auch #linke und #dielinke verwenden sowie @dielinke markieren.
- Benutzt auch passende weitere thematische Hashtags.

Diskutiert, teilt und liket unsere Posts und Tweets. Helft mit, unsere Botschaften zu vermitteln:

- Seid freundlich im Ton, konkret in der Sache!
- Den Livestream bei YouTube könnt ihr kommentieren, teilen oder auch auf eure Website verlinken oder einbinden.
- Auf Flickr werden wir Fotos zur Verfügung stellen, die ihr für eure Social-Media-Kanäle nutzen könnt.

Wir sind beim Parteitag auf folgenden **Accounts** zu finden:

🔗 **Facebook:** <https://www.facebook.com/linkspartei/>

🔗 **Instagram:** <https://www.instagram.com/dielinke/>

🔗 **X:** <https://twitter.com/dielinke/>

🔗 **BlueSky:** <https://bsky.app/profile/die-linke.de>

🔗 **Mastodon:** <https://mastodon.social/@dielinke>

🔗 **Threads:** <https://www.threads.net/@dielinke>

🔗 **YouTube:** <https://www.youtube.com/user/dielinke/>

🔗 **TikTok:** <https://www.tiktok.com/@die.linke>

🔗 **Flickr:** https://www.flickr.com/photos/die_linke/

🔗 **WhatsApp:** <https://www.die-linke.de/whatsapp>

🔗 **Telegram:** <https://t.me/dielinke>

Teilt Beiträge! Jeder Repost, jeder (positive) Kommentar und jede freundliche Antwort von euch auf einen Userkommentar hilft.

Berichte

Bericht der Bundesschiedskommission (BSchK) der Partei Die Linke

für den Zeitraum 2023 (Augsburger Parteitag) bis 2025 (Chemnitzer Parteitag)

1.

In die Bundesschiedskommission wurden auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 17. November 2023 gewählt:

- Assall, Moritz
- Baumann, Marion (Berlin)
- Bekos, Kai
- Hain, Leonie
- Knobbe, Karsten (Brandenburg)
- Laakmann, Barbara (Nordrhein-Westfalen)
- Malcharek, Martin
- Oedingen, Cordula
- Scheidung, Tom Michael (Mecklenburg-Vorpommern)
- Stenzel, Birgit (Berlin)

In der konstituierenden Sitzung am 09. Dezember 2023 wählte die Kommission Karsten Knobbe zum Vorsitzenden und Birgit Stenzel zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Marion Baumann verstarb leider am 3. September 2024.

2.

Die BSchK tagte im Berichtszeitraum 12-mal, davon einmal in Klausur mit den Landesschiedskommissionen (LSchK). Teilweise wurden die Sitzungen per Videokonferenz durchgeführt; bei mündlichen Verhandlungen auch als Hybridsitzung, d.h. Präsenz der Mitglieder der BSchK und von einzelnen Verfahrensbeteiligten, Zuschaltung weiterer Verfahrensbeteiligter per Videokonferenz.

Fast alle Mitglieder der BSchK haben sich als Berichterstatter*innen an Verfahren beteiligt.

Die Zusammenarbeit war kollegial und konstruktiv; es hat sich bewährt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Juristen*innen und Nichtjuristen*innen einzuhalten. Die Bundesschiedskommission bestand aus 5 Mitgliedern, die bereits Mitglied vorheriger Bundesschiedskommissionen waren und aus 5 neuen Mitgliedern. Dies ermöglichte eine kontinuierliche Weiterarbeit bei gleichzeitigen notwendigen neuen Impulsen für die Arbeit.

Ausdrücklich zu danken ist auch dem für die Geschäftsstelle der BSchK verantwortlichen Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle Jürgen Saueremann. Ohne seine organisatorische Unterstützung wäre die Arbeit der BSchK nicht zu leisten gewesen.

3.

Ein Großteil der Arbeit wird in den LSchK geleistet, auch wenn in einzelnen Fällen die BSchK die erstinstanzlichen Verfahren übernehmen musste, weil die betroffene LSchK nicht existierte oder nicht handlungsfähig war. Die BSchK hat diese Fälle erstinstanzlich selbst behandelt und von einer Verweisung an andere LSchK abgesehen.

Der Arbeitsanfall der einzelnen LSchK war sehr unterschiedlich und die Menge der einzelnen Verfahren entspricht nicht der Mitgliederstärke der jeweiligen Landesverbände (s. Anlage). Insgesamt ist jedoch ein merklicher Rückgang der Anzahl der Verfahren zu verzeichnen, insbesondere im Vergleich mit den 4 vorhergehenden Amtsperioden der BSchK.

Die BSchK sieht weiterhin Handlungsbedarf, auf einheitliche Standards bei der Abfassung der Entscheidungen durch die LSchK hinzuwirken. Dies betrifft insbesondere die Darstellung des Sach- und Streitstandes, d.h. eine vollständige und unparteiische Darstellung der ganzen Vorgeschichte des Verfahrens.

Die gemeinsame Klausur der BSchK mit den LSchK hat sich für die Erreichung einer einheitlichen Rechtsprechung auf Ebene der Länder als notwendig erwiesen und sollte fortgeführt werden.

4.

Zwar machen die Parteiausschlussverfahren weiterhin einen Großteil der Verfahren aus, insgesamt ist jedoch auch hier ein Rückgang der Verfahrenszahl zu verzeichnen.

Wiederum fanden Parteiausschlussverfahren wegen konkurrierendem Wahlantritt statt.

Hier hat die BSchK den Grundsatz, dass in diesen Fällen ein Parteiausschluss in der Regel gerechtfertigt ist, aber immer eine Interessenabwägung vorgenommen.

Die BSchK musste auch über Verhaltensweisen und Äußerungen von Genoss*innen, die nicht mehr mit den programmatischen Grundsätzen unserer Partei vereinbar waren, entscheiden.

Auf dem Hallenser Parteitag wurde die von der BSchK seit 2017 (Leipziger Parteitag) angestrebte Ergänzung der Satzung beschlossen, außerhalb des Parteiausschlusses weitere Parteiordnungsmaßnahmen auszusprechen.

Aufgrund des Rückgangs der Verfahren hat die BSchK hier noch keine einheitlichen Kriterien in der Anwendung entwickeln können. Dies bleibt der nächsten BSchK vorbehalten.

Anlage zum Bericht der Bundesschiedskommission an die 2. Tagung des 9. Parteitags der Linken (Chemnitzer Parteitag)

(Hinweis: Es sind Mehrfachzählungen möglich, soweit für einzelne Verfahren mehrere Kriterien zutreffen; auch sind noch offene Verfahren mitgezählt)

Anzahl der Verfahren, die aus der Zeit der vorherigen BSchK stammen: 2

Anzahl der Verfahren ab 17. November 2023 bis 11. April 2025: 23

Die insgesamt bei der BSchK im Berichtszeitraum 23 anhängigen Verfahren wurden eröffnet von:

- Mitgliedern: 21
- Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden: 1
- Landeszusammenschlüssen/Landesebene: 1
- Erstinstanzliche Verfahren durch BSchK: 8 davon 7 Verfahren anstelle einer LSchK
- Zweitinstanzliche Verfahren (Beschwerdeverfahren): 15 (davon 9 offen)

davon zuvor erstinstanzlich entschieden durch die LSchK aus

- Bayern: 1
- Baden-Württemberg:
- Berlin: 3
- Brandenburg:
- Bremen: 0
- Hamburg: 2
- Hessen:
- Mecklenburg-Vorpommern: 1
- Niedersachsen: 2
- Nordrhein-Westfalen: 1
- Rheinland-Pfalz: 1
- Saarland: 1
- Sachsen: 0
- Sachsen-Anhalt: 0
- Schleswig-Holstein: 1
- Thüringen: 1

In 8 Verfahren wurde die zweite Instanz (BSchK) angerufen durch die Antragsteller, die insoweit mit ihren Anträgen bei der LSchK keinen Erfolg hatten und in zwei Fällen durch die Antragsgegner, die sich gegen die sie betreffenden Entscheidungen der LSchK wehrten. In zwei Fällen wandten sich die ursprünglichen Antragsteller unter Umgehung der ersten Instanz an die BSchK.

In vier Fällen wurde die Beschwerde abgewiesen.

In einem Fall wurde der Beschwerde stattgegeben.

In zwei Fällen waren die Anträge/Beschwerden unzulässig.

Drei Verfahren erledigte sich auf sonstige Weise, insbesondere durch Zeitablauf oder Parteiaustritt.

Neun Verfahren sind noch offen.

Den Inhalten nach gliedern sich die Verfahren (teilweise Mehrfachnennungen) wie folgt auf:

- Wahlanfechtungen: 3
- Parteiausschlussverfahren: 4
- Beschlussanfechtungen: 1
- Feststellungsanträge: 1
- Anordnungsanträge: 1

Insgesamt gibt es noch 9 offene Verfahren, die durch die nächste gewählte BSchK zu entscheiden sind.

Bericht der deutschen Delegation im Europäischen Parlament zum Parteitag der Linken in Chemnitz

Vor zehn Monaten wurde Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin gewählt. Noch nie erhielt eine Kommissionspräsidentin bei der Wahl so wenig Stimmen wie Von der Leyen. Seit der Wahl von Ursula von der Leyen haben sich drei weitere Regierungen mit Beteiligung rechter Parteien in der EU gegründet: Niederlande, Belgien und Bulgarien. Eine besorgniserregende Entwicklung, für Antifaschist*innen, Linke, Gewerkschafter*innen und Demokrat*innen – nicht nur in der EU.

Im Europäischen Parlament hat der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei Manfred Weber schon lange an Mehrheiten rechts der Mitte gearbeitet. Schon Ende 2022 hatte er das erste Mal Giorgia Meloni von der postfaschistischen Fratelli Italia in Italien getroffen, um die künftige gemeinsame Arbeit im Parlament zu planen. Seit der Wahl Von der Leyens baut er immer wieder Mehrheiten mit den Rechten. Sobald es um die Themen Umwelt und Migration geht, steht der rechte Block von CDU über Front National, Lega Nord, Fidesz bis zur AfD. Mit dieser Mehrheit wickelt er die Umweltpolitik der Kommissionspräsidentin Von der Leyen zurück ab. Die Europäische Volkspartei plappert rechte Parolen der AfD nach und realisiert nicht, dass sie der Demokratie in der EU und sich selber das eigene Grab schaufeln. Sogar einem AfD-Antrag zur Migration hat die EVP im Dezember 2024 schon zugestimmt.

Offensichtlich sei es weiten Teilen der Konservativen mittlerweile völlig egal, mit wem sie ihre kurzfristigen Interessen durchsetzen. „Dass sie sich dabei der Antidemokraten und Faschos bedienen, ist der große Logikfehler des scheinbar netten Herrn Weber“, sagt Martin Schirdewan. Denn es seien die Antidemokraten, die ihn und seine Fraktion benutzten, um die Demokratie weiter zu beschädigen. „Diesmal ging es um nicht weniger als die Kontrollfunktion der gewählten Abgeordneten gegenüber der EU-Kommission. Stärker kann man das Parlament kaum schädigen“, sagt der Linksfraktionschef.

Doch auch die EU-Kommission hat keine Hemmungen mehr offen mit den rechten Regierungen Europas zu paktieren. Das zeigt sich deutlich in der Liste der neuen sogenannten sicheren Herkunftsländer der EU-Kommission. Dazu erklärt Özlem Demirel: „Die Idee der sicheren Herkunftsstaaten war von Anfang an verlogen – nun liefert die Kommission den endgültigen Beweis. Ihre blumigen Worte über Demokratie und Menschenrechte verfangen nicht mehr, wenn man gleichzeitig mit autoritären Regimen für die Abschottung paktiert. Diese Form der Kooperation ist zynisch und gefährlich.“

In der Umwelt- und Energiepolitik sind Konservative und Rechte in Europa schon lange einer Meinung. Carola Rackete sagt dazu: „Wir müssen die Zerstörung von Ökosystemen beenden und den Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren. Vor allem können wir diese Probleme nicht mit derselben Denkweise und Politik lösen, die sie verursacht hat. Um den Schutz und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu finanzieren, brauchen wir faire Steuern für Milliardäre und Unternehmen sowie die Abschaffung schädlicher Subventionen.“

Diese verhängnisvolle Entwicklung der EU-Politik, in der Konservative glauben, wenn sie nur genug Parolen der Rechten übernehmen, würden sie wieder mehr Zuspruch erhalten, ist brandgefährlich, kurzsichtig und dumm und kommt zu einer Zeit in der Donald Trump das Präsidentenamt in der USA übernommen hat. Dass Grüne und

Sozialdemokraten im Zuge dessen auch weiter nach rechts rücken, mag aus ihrer Sicht logisch scheinen, ist aber ebenso brandgefährlich, kurzsichtig und politisch verwerflich. Die Linke im Europäischen Parlament hatte im April beantragt über die Auswirkungen der Trumpzölle auf die Automobilbranche in der EU zu debattieren, damit die EU-Kommission in ihrer Antwort die Meinung des Parlamentes aufnehmen kann. Nur eine deutsche SPD-Abgeordnete traute sich, für diese wichtige Debatte zu stimmen.

In Trumps Zoll-Feldzug gegen die EU geht es ihm darum die EU zu erpressen, damit seine Digitalmilliardäre wieder steuerfrei Milliarden verdienen können. Diese Oligarchen missbrauchen skrupellos die rechte America-First-Rhetorik, um ihre Profitinteressen durchzusetzen“, sagt Martin Schirdewan. „Anstatt fairere Steuern für globale US-Konzerne zu kippen, sollte die EU endlich dafür sorgen, dass diese Multis ordentlich zur Kasse gebeten werden. Eine dauerhafte Zusatzsteuer auf die Gewinne marktbeherrschender Konzerne, besonders im digitalen Bereich wie X, Meta oder Microsoft.“

Die EU könnte mit dem DSA, dem Gesetz über digitale Dienste, die Grundlage für eine solche steuerliche Gerechtigkeit herstellen, scheut aber die Konfrontation mit Trump: „Trump wird die USA zu einer Autokratie umbauen, und X wird ihm dabei helfen. Wenn die EU so agiert wie die beiden Administrationen – zu langsam, zu vorsichtig, ohne alle juristischen Mittel auszuschöpfen –, dann ist das Resultat: mehr antisemitischer, antimuslimischer Frauen- und transfeindlicher Hass, mehr Gewalt nicht nur im Netz, sondern auch auf der Straße. Die Demokratie muss sich verteidigen, und die Kommissarin ist dafür verantwortlich,“ so Carola Rackete.

Stattdessen glaubt die EU-Kommission, dass sie durch die Pflege der Rüstungsindustrie verteidigt wird: „Sie fördern und hegen und pflegen mehr die Rüstungsindustrie als das, was Sie im Moment in der EU für die Kinder, für ihre Zukunft investieren und tun, und das ist inakzeptabel,“ sagt Özlem Demirel. Und weiter: „Aufrüstung wird weder Europa noch die Welt sicherer machen. Sie behaupten, damit würden Sie sogar die Demokratie stärken. Im Gegenteil: Militarismus schwächt die liberale Demokratie. Deshalb sagen wir Nein!“

Seit Jahren explodieren die Wohnungsmieten in ganz Europa. Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht das vehement vernachlässigt wird. Die Situation hat solche Ausmaße angenommen, dass die Europäische Kommission letztes Jahr ihren ersten Kommissarposten für Housing geschaffen hat. Im Parlament sitzt Martin Schirdewan für die Linksfraktion im neu gegründeten Unterausschuss zu Wohnen, der in enger Absprache mit den Abgeordneten im Arbeits- und Sozialausschuss Empfehlungen für die Kommission erarbeitet. Wir müssen dafür sorgen, dass Wohnen wieder in öffentliche Hand gerät und Mietpreise stärker reguliert werden.

Europa steht an einem Scheideweg. Während neoliberale und rechtsextreme Kräfte versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten und die Politik den Interessen der Konzerne unterzuordnen, setzen wir uns mit voller Entschlossenheit für ein Europa ein, das auf Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Menschlichkeit basiert. Wir werden als Fraktion und auch als Delegation weiter die starke Stimme der Opposition sein, die sich für die Belange und Wünsche der Menschen einsetzt, die sonst keine Stimme haben. Unsere Aufgabe ist es, die Institutionen der Europäischen Union und die nationalen Regierungen zur Verantwortung zu ziehen. Wir kämpfen dafür, dass politische Entscheidungen transparent, ethisch und im Sinne der Menschen getroffen werden – und nicht im Schatten von Lobbyinteressen oder autoritären Ideologien.

Wir stellen uns gegen eine Politik der Kürzungen, Privatisierungen und Deregulierung, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa unter Druck setzt. Stattdessen fordern wir soziale Gerechtigkeit, starke Arbeitnehmer*innenrechte und eine gerechte Verteilung des Wohlstands – nicht nur zwischen einzelnen Menschen,

sondern auch zwischen Regionen, Ländern und Generationen. Steuerflucht und Ausbeutung durch Großkonzerne müssen konsequent bekämpft werden, damit öffentliche Mittel wieder dort ankommen, wo sie wirklich gebraucht werden – in Bildung, Gesundheit, Pflege und sozialer Infrastruktur.

Auch in der Klimapolitik darf Europa keine Zeit mehr verlieren. Die dramatischen Folgen des Klimawandels treffen uns alle, doch sie gefährden vor allem die Lebensgrundlagen jener, die ohnehin schon benachteiligt sind. Deshalb kämpfen wir für eine konsequente sozial-ökologische Wende, die den Schutz von Natur, Klima und Tieren in den Mittelpunkt stellt. Wir machen uns stark für eine nachhaltige Landwirtschaft, faire Fischereipolitik und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen – und setzen klare Grenzen gegenüber Konzernlobbyismus, Umweltgiften und rückwärtsgewandter Industriepolitik.

Ein gerechtes Europa bedeutet auch, dass Gleichstellung und Vielfalt nicht nur schöne Worte bleiben, sondern gelebte Realität werden. Wir stellen uns entschieden gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit und jede Form der Diskriminierung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein effektiver Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Mädchen, sowie echte Teilhabe für LGBTQI+-Personen sind für uns keine Randthemen, sondern Grundvoraussetzungen für ein demokratisches Miteinander. Deshalb fordern wir, dass jede politische Maßnahme auf europäischer Ebene auch eine geschlechtergerechte Perspektive einnimmt – von der Sozialpolitik bis zur Digitalstrategie.

Während sich die EU immer stärker abschottet, sagen wir klar: Europa darf keine Festung sein. Menschen, die Schutz suchen, verdienen ein faires und humanes Migrationssystem. Gleichzeitig verteidigen wir die Grundrechte aller Menschen – auch im digitalen Raum. Wir setzen uns ein für starke Datenschutzgesetze, den Schutz von Whistleblowern und ein freies Internet, das nicht länger von den Interessen weniger Tech-Giganten dominiert wird. Demokratie bedeutet auch digitale Selbstbestimmung.

Unser Blick endet nicht an den Außengrenzen Europas. Die Linke im Europaparlament kämpft für eine Außenpolitik, die auf Frieden, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit beruht – nicht auf Aufrüstung und geopolitischen Machtspielen. Wir stellen uns gegen eine Handelspolitik, die demokratische Standards untergräbt und ausschließlich den Interessen multinationaler Konzerne dient. Stattdessen treten wir für faire Partnerschaften mit dem globalen Süden ein und für ein Europa, das mit gutem Beispiel vorangeht.

Dieses Europa gehört uns allen – nicht nur den Mächtigen. Wir wollen ein Europa, das auf Solidarität basiert, das soziale und ökologische Verantwortung übernimmt, das sich für Frieden stark macht und niemanden zurücklässt. Lasst uns gemeinsam für ein anderes Europa kämpfen – eines, das Zukunft schafft.

Kandidaturen für die BFRK

Gabriel Rücker

Kandidatur für die
Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Sachsen-Anhalt



Liebe Genoss*innen,

ich möchte auf dem Parteitag in Chemnitz für die Bundesfinanzrevisionskommission kandidieren. Ich habe mich dazu entschieden, weil mir Transparenz, Verlässlichkeit und eine solidarische Finanzpraxis wichtig sind und ich auch weiß, dass es oft nicht die beliebteste Aufgabe ist.

Ich bin seit 2016 Mitglied unserer Partei und habe mich in verschiedenen Funktionen engagiert, aktuell als stellvertretender Vorsitzender des Stadtverbands Magdeburg. Neben der politischen Arbeit habe ich auch konkrete Erfahrung im Umgang mit Finanzen: Als ehemaliger Sprecher für Finanzen im Studierendenrat der Otto-von-Guericke-Universität und als Kassenprüfer in mehreren Vereinen weiß ich, wie wichtig eine klare, nachvollziehbare und solidarische Haushaltsführung ist – gerade auch in linken Strukturen.

Finanzrevision ist für mich keine trockene Pflichtübung, sondern ein Teil gelebter innerparteilicher Demokratie. Es geht darum, Vertrauen zu schaffen – durch saubere Arbeit, offene Kommunikation und den Blick fürs Ganze. Ich möchte mit dafür sorgen, dass die Mittel, die wir als Partei verwalten, korrekt eingesetzt werden – und dass wir gemeinsam dafür einstehen, wofür Die Linke politisch steht: Für soziale Gerechtigkeit, Verteilung von unten nach oben und eine Politik, die Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Ich würde mich freuen, meine Erfahrungen in die Arbeit der Bundesfinanzrevisionskommission einzubringen – und gemeinsam mit euch an einem starken, solidarischen und glaubwürdigen Parteiprojekt weiterzuarbeiten.

Mit solidarischen Grüßen

Gabriel Rücker

Susanne Schaft

Kandidatur für die
Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Thüringen



Persönliches:

- Alter: 56
- Beruf: Bankkauffrau
- 2013 – 2014 im Landesausschuss
- seit 2015 Mitglied der Landesfinanzrevision
- seit 2021 Mitglied der Bundesfinanzrevision
- seit 2014 Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Barchfeld-Immelborn
- 2019 – 2024 1. Beigeordnete der Gemeinde
- seit 2024 Mitglied des Kreistag Wartburgkreis

Beweggründe für meine Kandidatur:

Mit meinem Eintritt in die Partei Die Linke habe ich den Anspruch verbunden nicht nur einfaches Mitglied sein zu wollen, sondern mich aktiv in die Parteiarbeit im Rahmen meiner Möglichkeiten ehrenamtlich einzubringen.

Ich möchte meine Erfahrungen und Fähigkeiten im Bereich der Schatzmeisterei, der Kassenprüfung, Buchhaltung und weiterer Finanzfragen gerne zur Verfügung stellen und glaube daher weiter in der Bundesfinanzrevisionskommission meinen Wunsch nach mehr Engagement in unserer Partei mit meinen bisherigen Tätigkeiten und Fähigkeiten verbinden zu können.

Ich bewerbe mich um eine weitere Amtszeit in der Bundesfinanzrevisionskommission, um weiter mit dafür Sorge zu tragen, dass unsere Partei finanziell und damit auch strukturell arbeits- und handlungsfähig bleibt.

Ich bitte um Euer Vertrauen und Eure Zustimmung.

Vielen Dank.

Mit solidarischen Grüßen

Susanne Schaft

Gisela Wedekind

Kandidatur für die
Bundesfinanzrevisionskommission

Landesverband Sachsen



Persönliches:

- 1949 geboren
- Diplomagraringenieur
- Stadtverband Leipzig
- 1993 – 2001 Landesschatzmeisterin im Landesverband Sachsen
- 2001 – 2014 Buchhalterin in der Landesgeschäftsstelle LV Sachsen
- BFRK-Mitglied ab 2014 bis heute (eine Unterbrechung 2015-2017)

„Danke, dass du die Fahne der Partei so viele Jahre hochgehalten hast.“ So ähnlich sprach mich eine junge und neue Genossin am 23. Februar 2025 auf der Wahlparty an. Ich dankte ihr, dass sie sich für Die Linke entschieden hat. Das war ein Tag, der Wahltag. Voller Zittern und Bangen und dann die 8,8 Prozent. Hurra! Der Dank für meine vielen Jahre bei der Partei (seit 1968 vor der „Wende“ und danach bis heute) hat mich stolz gemacht. So viele Höhen und Tiefen, die ich erlebt und überstanden habe, lässt mich nun hoffen, dass wir uns nur noch „Höhepunkte“ organisieren.

Das lässt mich auch hoffen, dass wir die finanziellen Mittel zukünftig klug und effizienter einsetzen werden. Und dass wir auch beachten, dass in den Landesverbänden auf ihre Strukturen geachtet wird, dass eventuelle Maßnahmen nötig werden, dass „junge Leute“ Lust darauf bekommen, Aufgaben zu übernehmen und von „den Alten“ lernen und sie von den Funktionen, die sie viele Jahre erledigt haben, entlasten.

Mir fallen ein: Arbeit mit den Mitgliedern, Struktur in den Gebietsverbänden, Finanzkonzept im Landesverband, Erstellen der Berichte zum Jahresende in den Gebietsverbänden, Zusammenfassen der Berichte beim Landesschatzmeister und Abgabe beim Bundesschatzmeister, damit der Rechenschaftsbericht der gesamten Partei dann pünktlich bis zum 30.9. des Folgejahres vom Bundesschatzmeister bei der Bundestagspräsidentin abgeliefert werden kann. Das war die letzten drei Jahre nicht der Fall. Uns würde es besser zu Gesicht stehen, wenn wir pünktlich abliefern würden.

„Das alles und noch viel mehr“ (Zitat nach Rio Reiser) würde ich machen, wenn ich wieder in der Bundesfinanzrevisionskommission für die nächsten 2 Jahre gewählt werde.

Bitte gebt mir eure Stimme.

Kandidaturen für die BsChK

Moritz Assall

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Hamburg



Persönliches:

- Geb. 1982 in Freiburg i. Breisgau
- seit 2017 Parteimitglied
- seit 2023 Mitglied der Bundesschiedskommission
- Seit 2020 Ko-Fraktionsgeschäftsführer und Justiziar der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft
- 2017–2020 Stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer und Justiziar der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft
- 2017 Zweites Juristisches Staatsexamen
- 2014–2017 Referendar am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg
- 2011–2014 persönlicher Mitarbeiter von Christiane Schneider, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für die Bereiche Innen- und Justizpolitik
- 2009–2011 Stipendium Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studium der Kriminalsoziologie
- 2009 Erstes Juristisches Staatsexamen
- 2003–2009 Jurastudium in Hamburg und Paris
- 2002–2003 Zivildienst im Bereich der Obdachlosenhilfe
- Veröffentlichungen zu rechtspolitischen und juristischen Themen in Analyse & Kritik, Kritische Justiz, Grundrechteport, Forum Recht u.a.

Liebe Genoss*innen,

in den letzten zwei Jahren durfte ich die Bundesschiedskommission als auch bei kontroversen Debatten sehr sachlich und kollegial arbeitendes Gremium kennenlernen und möchte diese Arbeit gerne fortführen.

Mehr denn je ist mein Eindruck, dass es für eine lebendige und lautstarke Partei, in und aus der mit Freude und auch Angriffslust Themen bewegt werden, stabile und klar funktionierende Rahmenstrukturen bedarf.

Gerne möchte ich weiter meinen Anteil daran leisten, dass die Bundesschiedskommission zuverlässig, zügig und unaufgeregt ihrer Aufgabe nachgeht, gegenüber den Beteiligten sachlich und streng der Satzung verpflichtet, und bitte euch hiermit um eure Unterstützung.

Kai Bekos

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Thüringen



Persönliches:

- geboren am 3. Februar 1989 in Ilmenau
- Kreisverband Jena
- seit 2022 Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie (zunächst Gesundheitsabteilung, nun amtierender Leiter des Referats Recht)
- 2021 – 2022 Richter (LG Gera)
- 2019 – 2021 Juristischer Vorbereitungsdienst
- 2014 – 2019 Persönlicher Referent der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
- 2012 – 2014 studentischer und sodann wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Sozialrecht
- 2008 – 2014 Studium der Rechtswissenschaft an der FSU Jena
- Mitgliedschaften (Auswahl): ver.di, RLS Thüringen, Refugee Law Clinic Jena, Deutsch-Kurdische-Juristenvereinigung

Beweggründe:

Seit 2023 gehöre ich der Bundesschiedskommission an und möchte diese Aufgabe gern fortsetzen. Durch meine ehrenamtlich politische Erfahrung und die berufsbedingt erworbene juristische Expertise besitze ich eine gute Grundlage für diese Arbeit.

In meinem politischen Leben habe ich schon einige Stationen absolviert: U. a. als Vorsitzender meines Kreisverbandes, mehrfaches Mitglied des Thüringer Landesvorstands und Delegierter des Bundesparteitags. Während des Studiums habe ich mich in der studentischen und akademischen Selbstverwaltung betätigt. Dort war ich auch Mitglied und später Vorsitzender der Schiedskommission der verfassten Studierendenschaft der FSU Jena.

Die letzten Monate gehörten gewiss zu den besten in der Geschichte unserer Partei. Ein fulminantes Überraschungsergebnis der Bundestagswahl und explodierende Mitgliederzahlen belegen: Die Linke ist wieder da! Dies lässt vermuten, dass nun auch die Streitlust in der Mitgliedschaft wieder zunimmt und Konflikte in rechtlicher Weise ausgetragen werden. Gerade in einer solchen Situation ist es mir wichtig, in einem geordneten, unaufgeregten und unabhängigen Verfahren dafür zu sorgen, dass entsprechend der Statuten unserer Partei und ohne Ansehen der Person einer/einem jeder/jedem Genoss:in Recht zuteilwird.

Sabine Christian

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Sachsen



Mir ist die Einhaltung demokratischer Prozesse und Regeln wichtig. Denn sie sind die Grundpfeiler unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Ich möchte, dass jeder Mensch uneingeschränkt daran teilhaben kann. Unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung, sozialem Status oder der Art oder der Schwere von Behinderungen. Dafür kämpfe ich. Sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Partei Die Linke. Es ist mir ein unbedingtes Anliegen, alle Barrieren zu beseitigen, die einer selbstbestimmten, uneingeschränkte, besinnungslose Teilhabe aller Menschen an Prozessen, sowohl in der Partei, als auch außerhalb im Wege stehen.

Zudem ist mir ein gutes, respektvolles, konstruktives Miteinander, sowie eine gute Streit- und Fehlerkultur in unserer Partei sehr wichtig, dem jede* und jeder* die Möglichkeit haben muss sich frei zu entfalten und seine Erfahrungen, Fähigkeiten und Perspektiven einzubringen und unsere Partei zu bereichern und voranzubringen, ohne auszubrennen und eigene Grenzen oder negative Erlebnisse angstfrei kommunizieren zu können.

Ich konnte durch meine jahrelange Mitwirkung in verschiedenen Gremien, die sich für Inklusion, Gleichstellung einsetzen, wie zum Beispiel den Landesinklusionsbeiräten von Sachsen und meines Heimatkreises Görlitz und deren Arbeitsgruppen, oder dem Projektbeirat des Gewaltpräventionsprojektes Kogge der AWO in Sachsen einige Erfahrung im professionellen Umgang mit gesellschaftlich strittigen Themen wie beispielsweise dem Schutz vor Gewalt von Frauen mit Behinderung sammeln.

Darüber hinaus bin ich seit Dezember 2024 zusammen mit Birger Höhn Teil des Landesinklusionsteams der Partei die Linke in Sachsen.

Mikey Kleinert

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Hamburg



Liebe Genoss*innen,

hiermit bewerbe ich mich um die Position in der Schiedskommission unserer Partei. Mein Name ist Mikey Kleinert, ich bin 29 Jahre alt und seit nunmehr acht Jahren aktiv in der Partei. Aktuell studiere ich Rechtswissenschaften mit Schwerpunkt Umwelt und Planungsrecht in Hamburg.

Mein politisches Interesse wurde durch die Enthüllungen von Edward Snowden und die Arbeit des PUA NSA geweckt. Ein besonderes Anliegen sind mir die Grund- und Freiheitsrechte.

Seit 2019 bin ich Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbüttel und seit 2021 Fraktionsvorsitzender mit dem Schwerpunkt auf Bau- und Umweltthemen. Früher war ich bereits Mitglied des Bundesvorstands der HU (eines Bürgerrechtsvereins) und dort für Polizeithemen und Versammlungsfreiheit zuständig.

Persönlich sind mir ein faires Miteinander, gute Debatten und vermittelnde Lösungen für unser gemeinsames Handeln sehr wichtig. Ich lege Wert darauf, dass wir auch nach hitzigen Debatten noch gemeinsam am Infostand oder an der Haustür zusammenarbeiten können. Da unsere Partei von ihrer Vielfalt lebt, müssen unterschiedliche Meinungen und ihre innerparteiliche Arbeit Platz haben, solange sie nicht gegen die Grundprinzipien unserer Partei verstoßen, die Statuten der Partei verletzen oder dem Ansehen unserer Partei schaden.

Grenzüberschreitendes Verhalten darf in unserer Partei keinen Platz haben.

Ich habe zudem ein nerdiges Interesse an Geschäftsordnungen und anderen juristischen Nischenthemen, die bei der Arbeit in der Schiedskommission hilfreich sein können.

Ich möchte ein hohes Maß an Engagement, meine Fähigkeiten und meine bisherigen Erfahrungen einbringen und hoffe, dass ich einen wertvollen Beitrag zur Schiedskommission leisten kann, um gute Lösungen zu finden.

Ich kann leider nicht am Parteitag dabei sein und muss daher auf eine persönliche Vorstellung verzichten. Ich wünsche euch daher auf diesem Wege noch ein gutes Gelingen des Parteitags.

Barbara Laakmann

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Nordrhein-Westfalen



Seit fünf Amtsperioden gehöre ich nun der Schiedskommission an und habe diese Aufgabe immer gerne wahrgenommen. Streitigkeiten zu schlichten oder abzustellen habe ich in den 20 Jahren Schulleitung häufig getan; hier haben wir es allerdings mit Erwachsenen zu tun, die nicht immer das vernünftige Maß an Einsicht mitbringen.

Die Genossinnen und Genossen in der Schiedskommission beraten ausführlich und gründlich unter Einbeziehung aller Umstände und Gegebenheiten. Das macht die Arbeit interessant und bringt mich weiter.

Ich bin keine Juristin, habe allerdings viel Lebenserfahrung und Erfahrung mit schwierigen Charakteren, auch Erfahrungen als ehrenamtliche Richterin im Verwaltungsgericht und im Jugendgericht.

Ich möchte in den nächsten zwei Jahren noch einmal dabei sein und bitte daher um euer Vertrauen.

Barbara Laakmann

Pay Hendrik Metzler

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Hamburg



Persönliches:

- Geb. 1994 in Bad Segeberg
- Parteimitglied seit 2021
- 2013 Abitur in Bad Oldesloe
- 2014 – 2017 Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Hamburger Sparkasse AG
- 2017 – 2023 Jurastudium an der Universität Hamburg und Universität Athen
- 2021 Praktikum in der Hamburger Linksfraktion
- 2023 1. Juristisches Staatsexamen
- 2023 – heute Referendar am Oberlandesgericht Frankfurt am Main

Liebe Genoss*innen,

seit der Bundestagswahl 2021 bin ich Mitglied unserer Partei – aus Überzeugung für linke Politik und aus dem Wunsch heraus, ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit zu setzen. Nun möchte ich eine aktivere Rolle einnehmen und kandidiere für die Bundesschiedskommission. Ich halte es für entscheidend, dass dieses Gremium als verlässlicher, integrierter und transparenter Ort wirkt, an dem Konflikte nicht unterdrückt, sondern fair und auf Basis unserer Satzung gelöst werden. Ein solidarisches Miteinander heißt nicht, Streit zu vermeiden – sondern ihn respektvoll auszutragen.

In meinem persönlichen und beruflichen Umfeld habe ich gelernt, zuzuhören, sorgfältig abzuwägen und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen – Fähigkeiten, die ich gern in die Schiedskommission einbringen möchte.

Ich verstehe dieses Gremium als demokratischen Schutzmechanismus, der unserer Partei Stabilität, Rechtsklarheit und Zusammenhalt geben kann. Gerade wenn Entscheidungen schwerfallen, braucht es Vertrauen, Geduld und Integrität. Ich bitte euch daher um euer Vertrauen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Die Linke für Gerechtigkeit steht – nach außen und nach innen. Ich bin bereit, dafür mit aller Gewissenhaftigkeit einzutreten.

Vielen Dank.

Stefan Ortmeyer

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Rheinland-Pfalz



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich von der Möglichkeit erfahren, mich für einen Platz in der Bundesschiedskommission zu bewerben. Hiermit möchte ich meine Kandidatur für diese verantwortungsvolle Position einreichen.

Ich lege großen Wert auf Transparenz, Gerechtigkeit und die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Rahmenbedingungen. Meine kommunikativen Fähigkeiten und mein analytisches Denken ermöglichen es mir, unterschiedliche Perspektiven zu erkennen und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, was für die Arbeit der Bundesschiedskommission von großer Bedeutung ist.

Ein weiterer Aspekt, der mich zu einem geeigneten Kandidaten macht, ist meine Überzeugung von der Wichtigkeit einer fairen und zügigen Streitbeilegung. Ich sehe die Schiedsgerichtsbarkeit als wesentlichen Bestandteil eines funktionierenden Rechtssystems und als Möglichkeit, Konflikte zu lösen. Durch meine Mitwirkung erhoffe ich mir, zur Weiterentwicklung und Optimierung der Schiedsverfahren in der Linken beizutragen.

Ich bin hochmotiviert, meine Erfahrung in die Bundesschiedskommission einzubringen und freue mich darauf, die Möglichkeit zu erhalten, meine Vision und Ansätze in einem persönlichen Gespräch weiter darzulegen.

Vielen Dank für die Berücksichtigung meiner Bewerbung. Ich hoffe auf eine positive Rückmeldung und stehe für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Ortmeyer

Tom Sommer

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich möchte gerne praktische Erfahrungen im Konfliktmanagement sammeln. Meine
Schwerpunktthemen sind Wohnen und Wirtschaftsdemokratie.

Im Rahmen meines Ethikstudiums habe ich ein Seminar zum Thema Recht besucht.

Birgit Stenzel

Kandidatur für die
Bundesschiedskommission

Landesverband Berlin



Persönliches:

- geb. 12.8.1960
- Rechtsanwältin in Berlin-Lichtenberg

Liebe Genossinnen und Genossen,

eigentlich wollte ich dieses Jahr nach mehr als 10 Jahren nicht wieder für die Bundesschiedskommission kandidieren.

Auf der anderen Seite habe ich aber als "alte Häsin" noch immer Lust mitzuwirken. Ich glaube, meine Erfahrungen als Gründungsmitglied der PDS und der Linken kann ich noch gut einbringen.

Wie wir Alle war und bin ich sehr glücklich über die vielen neuen Mitstreiter*innen, über den engagierten Wahlkampf und unser gutes Abschneiden zur Bundestagswahl.

Jetzt kommen wieder – wie es Bertolt Brecht sagte – „die Mühen der Ebenen“. Unser Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein fulminanter Spurt, sondern ein Marathonlauf. Da brauchen wir einen langen Atem.

Es bleiben nun einmal Konflikte in unserem Wirken nicht aus. Nicht umsonst ist bereits im Parteiengesetz hierfür eine parteiinterne Schiedsgerichtsbarkeit vorgeschrieben. Da will und kann ich auch meinen Beitrag zum „inneren Frieden“ leisten.

Ich bitte um Eure Stimme.

Änderungsanträge

Antrag G.04.01.1

Änderungsantrag zu G.04

Antragsteller*in:

KV Köln

Zeile 1

1 Solidarität mit Menschen in der ~~Sexarbeit~~Prostitution

Zeile 2 - 7

~~2 Die Linke erkennt Sexarbeit als gesellschaftliche Realität an. Sexarbeit ist vielfältig,
3 sowohl hinsichtlich der ausgeübten Tätigkeiten, der Arbeitsbedingungen als auch was die
4 geschlechtliche und sexuelle Vielfalt innerhalb der Sexarbeit angeht. Erklärtes Ziel von
5 Die Linke ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter*innen insgesamt zu
6 verbessern sowie Gewalt, Zwang und Ausbeutung entgegenzuwirken. Eine Gleichsetzung von
7 Zwangsprostitution oder Menschenhandel mit Sexarbeit lehnt Die Linke ab.~~

Die Linke stellt fest, dass Prostitution ein Ausdruck patriarchalischer, kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse ist. Prostitution ist nicht kompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter, mit der Dekommodifizierung* der Sexualität, mit einem gewaltfreien Leben für alle und mit echter sexueller Befreiung. Die Linke strebt deshalb langfristig die Überwindung der Prostitution an.

Kurzfristig fordert die Linke folgende Maßnahmen:

- Vollständige Entkriminalisierung aller Menschen in der Prostitution; Abschaffung der Anmeldepflicht und aller Bußgeldregelungen (bspw. im Zusammenhang mit Sperrgebieten)
- Aufenthaltserlaubnis für alle Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei, unabhängig von der Bereitschaft auszusagen
- Keine Steuerpflicht und kommunale Sexsteuern für Menschen in der Prostitution; Staat und Kommunen dürfen nicht länger an der Prostitution mitverdienen
- Deutlich bessere Finanzierung für reelle Ausstiegshilfen, die den Übergang in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz, Arbeitsagentur, Fachkräfte in der Sozialarbeit usw. mit dem Ziel für die Traumata und Bedürfnisse von Menschen in der Prostitution zu sensibilisieren
- Aufklärungskampagnen in Schulen und in der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, dass junge Männer nicht zu Freiern werden

Darüber hinaus wird die Linke eine interne Diskussion darüber in Gang setzen, ob Profit an der Prostitution anderer (bspw. durch Bordellbetrieb) und Sexkauf als gewaltförmiges Handeln einzustufen und deshalb ggf. zu verbieten sind oder ob auch andere Möglichkeiten in Betracht kommen. Der BPT fordert den Parteivorstand auf, eine Veranstaltungsreihe zu diesen Fragen zu organisieren.

Zeile 8 - 14

~~8 Die Linke steht solidarisch an der Seite des Bundesfrauenrates von verdi, der Deutschen
9 Aids-Hilfe und vieler weiterer Partner*innen aus der Zivilgesellschaft, die das sogenannte~~

10 ~~„Nordische Modell“ bzw. Sexkaufverbot ablehnen und schließt sich damit der bisherigen~~
11 ~~fachpolitischen Position der Bundestagsfraktion von Die Linke an. Das „Nordische Modell“~~
12 ~~ist gleichbedeutend mit einer de facto Kriminalisierung, einer Verschlechterung der~~
13 ~~sozialen Lage und Gefährdung der Sicherheit von Sexarbeitenden. Das ist mit dem~~
14 ~~politischen Anspruch einer Arbeiter*innenpartei unvereinbar.~~

Zeile 15 - 23

15 ~~Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit angekündigt, das „Nordische Modell“ im Falle einer~~
16 ~~Regierungsbeteiligung voranzutreiben. Die Union gibt vor, Frauen schützen zu wollen,~~
17 ~~primär geht es ihr jedoch darum, eine konservative Sexualmoral sowie Geschlechternormen~~
18 ~~durchzusetzen und die Handlungsmöglichkeiten von Frauen einzuschränken. Das fügt sich~~
19 ~~einwandfrei in die gesellschaftlichen Vorstellungen der beiden Schwesterparteien ein: Die~~
20 ~~Union kämpft gegen das Selbstbestimmungsgesetz, gegen soziale Sicherheit für Frauen und~~
21 ~~will stattdessen Anreize schaffen, damit diese sich dem traditionellen Familienbild und~~
22 ~~beruflichen Rollenverteilung unterordnen. Die Linke lehnt all das entschieden ab und wird~~
23 ~~dem auch in Zukunft offensiv entgegenzutreten.~~

Begründung

In ganz Europa gibt es einen Trend dahin, Prostitution als Gewalt gegen Frauen (und andere) und als inkompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter aufzufassen. Einige Länder haben ihre Prostitutionsgesetzgebung bereits umfassend verändert. Unsere Schwesternparteien in Europa fassen Prostitution in ihrer großen Mehrheit als patriarchale Gewalt auf und haben entsprechende Gesetzesänderungen häufig mit erkämpft. Das „nordische Modell“ wurde in Skandinavien von links eingeführt. In der deutschen Linken ist das Thema seit Jahren umstritten. Im letzten Europawahlprogramm der Linken fand sich ein Passus wonach die Linke gegen die “Kriminalisierung der Kund*innen” der Prostitution sei. Dieser Passus wurde weder auf einem Parteitag noch im Parteivorstand diskutiert oder abgestimmt, sondern gelangte durch die Übernahme eines Antrages der BAG Queer unbemerkt ins Programm. So geht es nicht!

Die Zeit neoliberaler Beschönigung von Gewaltverhältnissen ist vorbei. Es gibt keinen Grund, Prostitution schönzureden und als „Handlungsmöglichkeit von Frauen“ hinzustellen. In Deutschland geben 26 Prozent der Männer in Studien an, bereits Sex gekauft zu haben. In Schweden liegt diese Zahl bei 7 Prozent. Das sagt einiges aus über das in Deutschland vorherrschende Frauenbild und ist inakzeptabel! Auch linke Männer sollten endlich klar gegen Sexkauf Stellung beziehen.

Von Seiten der BAG Queer werden seit Jahren Mythen über das nordische Modell kolportiert. Gegen Mythenbildung hilft nur Beschäftigung mit den Fakten. Schon längst hätte man sich einlesen können in die Prostitutionspolitik unserer Schwesternparteien im Norden oder in Frankreich, die auf einem sozialistischen, materialistischen Feminismus und jahrzehntelanger Prostitutionsforschung basiert. Gewalt gegen Frauen muss bekämpft werden. Das gilt auch für die in Deutschland institutionalisierte und staatlich legitimierte Gewalt der Prostitution. Dass die Frauenunion seit neustem auch dieser Meinung ist, ist kein Grund, Prostitution gut zu finden. Im Übrigen ist bei der Politik der CDU/CSU das Problem, dass die rassistischen Elemente der Prostitution nicht erkannt werden, und dementsprechend auch kein Aufenthaltsrecht für die Opfer gefordert wird. Außerdem ist zu bezweifeln, dass CDU/CSU ausreichend Gelder in Hilfs- und Ausstiegsangebote stecken wollen. Es ist die Aufgabe der Linken, den zu großen Teilen nicht-deutschen Opfern eine Stimme zu geben.

*Dekommodifizierung: ein soziales Phänomen nicht länger als Handelsware behandeln / das

Gegenteil von Kommodifizierung = zur Ware machen. Sexualität sollte keine Ware sein.

Antrag G.06.46.1

Änderungsantrag zu G.06

Antragsteller*in: KV Würzburg Mainfranken

Zeile 46 - 50

45 7. Anerkennung Palästinas und Israels:

46 Die Linke fordert ~~die gegenseitige Anerkennung Palästinas und Israels~~ als Grundlage
47 für eine gerechte und nachhaltige Friedenslösung. ~~Das Existenz- und~~
48 ~~Selbstbestimmungsrecht beider Völker muss garantiert werden, ebenso wie die Rechte~~
49 ~~der in dem Land zwischen Jordanfluss und Mittelmeer, dass für alle dort lebende Menschen in~~
50 ~~beiden Gebieten~~ das Völkerrecht eingehalten wird. Entsprechend ist es notwendig, den
Bevölkerungen Existenz- und Selbstbestimmungsrechte zu garantieren. Die Besatzung und der
Siedlungsbau müssen beendet
~~werden~~ werden. Ebenso ist das Recht auf Rückkehr für die in der Nakba vertriebenen
Palästinenser*innen und deren Nachfahren essenziell. Desweiteren sind
Reparationszahlungen notwendig, um Gerechtigkeit herzustellen. Dabei sehen wir nicht nur
den israelischen Staat, sondern auch seine Verbündeten in der Verantwortung.

Begründung

Wir finden an der vorherigen Formulierung kritisch, dass wir uns als Partei damit zu einem faschistischen Staat bekennen, weswegen wir es so umformuliert haben, dass es explizit um die jüdische Bevölkerung, nicht aber den Staat Israel geht:

Bei dem Staat Israel handelt es sich um eine Ethnokratie, die durch die Nakba (also eine ethnische Säuberung/ einen Genozid) gegründet wurde. Als Ethnokratie benötigt dieser Staat stets eine ethnische Mehrheit, die nur durch die Vertreibung und Ermordung von Palästinenser*innen umsetzbar ist. Die Selbstdefinition Israels als „Nationalstaat des jüdischen Volkes“, bedingt unmittelbar die Abwertung, Entrechtung und Ungleichberechtigung nicht-jüdischen Lebens.

Wegen dieser Überlegenheitsideologie wurde beispielsweise der israelische Siedlungsbau von der Regierung verfassungsmäßig proklamiert, was dem geltenden Völkerrecht widerspricht. Als Linke verurteilen wir die systematische Unterdrückung und Verdrängung palästinensischen Lebens sowie entsprechende Herrschaftsformen und Ideologien.

Selbstverständlich sehen wir - wie im Antrag erwähnt - den historischen Bezug des jüdischen Volkes zum Land zwischen dem Jordanfluss und dem Mittelmeer.

Antrag G.07.05.1

Änderungsantrag zu G.07

Antragsteller*in: Parteivorstand

Zeile 5 - 7

2 Globale Erwärmung, Biosphäre, Entwaldung, Schadstoffe / Plastik, Stickstoffkreisläufe und
3 Süßwasser: Sechs von neun der planetaren Grenzen sind heute überschritten. Besonders

4 betroffen von den Krisenerscheinungen des Kapitalismus sind Lohnabhängige und unter diesen
5 am stärksten Menschen im globalen Süden. ~~Praktisch bedeutet das, linke Linke Politik kann nicht~~
6 ~~mehr die gleichen Prioritäten setzen, wie vor der massiven Manifestation der multiplen~~
7 ~~Krise des Kapitalismus. Sie~~ muss heute dem Konzept sicherer und gerechter planetarer
8 Grenzen folgen.

Zeile 38 - 46

- 38 1. ~~Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw.~~
39 ~~Arbeitsgemeinschaften und Vorstände werden aufgerufen, lokale und regionale Foren zum~~
40 ~~sozial-ökologischen Umbau und zum solidarischen Wirtschaften zu organisieren und~~
41 ~~durchzuführen. Dort sollen Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Modelle, die auf~~
42 ~~solidarisches und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen,~~
43 ~~diskutiert werden. Ein mögliches Motto ist: „Solidarisch wirtschaften, damit es für~~
44 ~~alle gut für immer reicht – bei uns, in der EU und Europa, weltweit“. In diese Foren~~
45 ~~sind insbesondere auch die Neumitglieder der letzten Monate einzubeziehen, um sie zu~~
46 ~~einem der Pfeiler unserer Arbeit zu machen.~~
1. Beim anstehenden Diskussionsprozess zum Grundsatzprogramm der Partei wird es eine Schiene zum sozial-ökologischen Umbau und solidarischen Wirtschaften geben. Hier sollen planetare Grenzen, Konzepte und Praktiken solidarischen Wirtschaftens und Linke Perspektiven darin eine zentrale Rolle spielen.
 2. Der Diskussionsprozess soll unter breiter Beteiligung der Parteimitglieder, insbesondere auch der vielen neuen Mitglieder stattfinden. Das Ziel ist eine breite Debatte innerhalb der Partei, um die Positionen und Strategie der Partei zum sozial-ökologischen Umbau in der Breite der Partei zu verankern und zu schärfen, so dass die Mitglieder sie sich aneignen können. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften und Vorstände werden aufgerufen, sich aktiv an der Debatte zu beteiligen.
 3. Die Debatte unserer sozial-ökologischen Positionen soll nach innen und außen ausstrahlen. Für eine Debatte auf der Höhe der linken gesellschaftlichen Positionen braucht es die systematische Beteiligung von Fachleuten aus Partei, Bundestagsfraktion, Landtagsfraktionen, BAGn, NGOs und anderen Expert*innen. Gleichzeitig soll der Austausch so angelegt sein, dass die Verbindungen in die gesellschaftliche Linke und progressive Organisationen, Verbände und Bewegungen hinein gestärkt werden.
 4. Die Formate sollen niedrigschwellig und beteiligungsorientiert sein. Wir streben sowohl online-Veranstaltungen wie live-Diskussionen an. Einige Formate sollen zentral organisiert werden. Die Landesverbände sollen (u.a. durch einen Referent*innenpool) unterstützt werden, auch eigene Debatten anzubieten.
 5. Teil der Debatte wird auch sein, wie die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte oder die Erderhitzung), über partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden können, um Politikwirksamkeit zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und solidarisch debattiert werden.
 6. Eine Beschlussfassung wird für einen Bundesparteitag im Herbst 2027 avisiert.

Zeile 47 - 56

47 2. ~~Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren analysiert~~
48 ~~und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw. Vorhaben/Kampagnen~~
49 ~~unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum der Partei zum~~
50 ~~solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor. Es sollte im~~
51 ~~Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische~~
52 ~~Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert~~
53 ~~und debattiert, veranstaltet werden und möglichst breit Protagonistinnen und~~
54 ~~Protagonisten der Umwelt-, Klima- und Friedensbewegung einbinden. Das Forum und die~~
55 ~~Veranstaltung sollen dazu beitragen, eine Tagung des Parteitages im Jahre 2026~~
56 ~~vorzubereiten bzw. mit dieser verbunden werden.~~

Zeile 57 - 63

57 3. ~~Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die innerparteiliche~~
58 ~~politische Bildung, das solidarisches Wirtschaften wie sozial-ökologischen Umbau~~
59 ~~erklärt. Es soll Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem Sozialen, der Ökologie und~~
60 ~~der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf konkretes politisches Handeln~~
61 ~~zielen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird die ökologische Dimension in unserer~~
62 ~~Gesamtpolitik und die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei~~
63 ~~stärker kommunizieren.~~

Zeile 64 - 71

64 4. ~~Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen~~
65 ~~Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie~~
66 ~~die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest~~
67 ~~(z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte oder die Erderhitzung), über~~
68 ~~partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit~~
69 ~~und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden~~
70 ~~können, um Politikwirksamkeit zu erhöhen. Probleme und Widersprüche sollen offen und~~
71 ~~solidarisch debattiert werden.~~

Zeile 72 - 77

72 5. ~~Die fachpolitischen Mandatsträgerinnen werden gebeten, sich in die Vorbereitung und~~
73 ~~Durchführung der Foren aktiv einzubringen. Die in der Bundesstiftung und im~~
74 ~~Stiftungsverbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung tätigen Genossinnen und Genossen der~~
75 ~~Partei werden aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und~~
76 ~~insbesondere an der Erarbeitung des unter Punkt 3 genannten Bildungsmaterials~~
77 ~~engagiert zu beteiligen.~~

Antrag G.09.02.1

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in: Ates Gürpinar (Bayern)

Zeile 2

- 2 In einem beispiellosen und undemokratischen Vorgang haben Union, SPD und Grüne mit dem alten Bundestag das größte Aufrüstungsprogramm der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Alle Militärausgaben über 1% des BIP werden von der Schuldenbremse ausgenommen. Die Linke stellt sich der Jahrhundertaufrüstung durch Merz und Co. entschieden entgegen.
- 3 Was wir derzeit erleben, ist eine massive Militarisierung aller gesellschaftlichen
- 4 Bereiche - mit dem Ziel, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen.

Antrag G.09.21.1

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in: Ates Gürpinar (Bayern)

Zeile 21

- 21 Das alles passiert vor dem Hintergrund weitreichender globaler Verschiebungen, die sich seit Beginn des Ukraine-Krieges deutlicher abzeichnen und beschleunigen. Der sich zuspitzende Machtkampf der Großmächte um geopolitische Interessen, Rohstoffe und Absatzmärkte wird auf dem Rücken von Mensch und Natur ausgetragen. Die EU wird dabei auf Drängen Deutschlands und Frankreichs zur Militär- und Aufrüstungsunion umgebaut. In einer Koalition der Willigen wird die Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie Großbritannien und der Türkei nun verstetigt. Dabei werden die Augen vor massiven Menschenrechtsverletzungen und der Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien in der Türkei verschlossen. Ebenso wird im Nahen Osten deutlich, dass geopolitische Interessen aktuell über allem stehen. Für die verhärtete Auseinandersetzung großer Mächte tragen hier und überall die Armen und Arbeiter*innen die Kosten. Sie zahlen für die Aufrüstung und sterben im Kriegsfall auf den Schlachtfeldern, während Rheinmetall & Co. Rekordprofite einfahren.
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

Begründung

Idee der Zusammenführung einiger Elemente von G.08 in G.09, um nicht zwei ähnlich lautende Anträge zum gleichen Thema zu haben.

Antrag G.09.40.1

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in: Ates Gürpinar (Bayern)

Zeile 40 - 43

- 38 Kriege werden unmöglich, wenn die Völker sich diesen verweigern. Deshalb unterstützen wir
- 39 die Kampagne unseres Jugend- und Studierendenverbands gegen die Wiedereinführung der

40 Wehrpflicht.

41 Mit ihrer »Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie« ist die Regierung Scholz die ersten Schritte gegangen, um die Industrie in erheblichem Maß auf Rüstungsproduktion umzustellen. Allein Rheinmetall hat seine Produktionskapazitäten für Granaten seit Beginn des Ukraine-Kriegs verzehnfacht. Diverse Ökonomen fordern bereits ganz unverhohlen die Konversion der schwächelnden Autoindustrie auf Panzerproduktion. Auch der Klimawandel wird durch die Hunderttaufrüstung weiter angeheizt: Gigantische
42 Ressourcen fließen jetzt in den Militärssektor, der schon heute ein massiver CO₂-Treiber
43 ist. Die zivile Industrie weicht zunehmend dem militärisch-industriellen Komplex. Diese Kriegswirtschaft ist der krasse Gegenentwurf zur notwendigen sozial-ökologischen Transformation. Denn wenn große Teile der gesellschaftlichen Ressourcen in die Kriegswirtschaft gehen, geht das auf Kosten der arbeitenden Menschen, der sozialen Infrastruktur und des Klimaschutzes.

Zeile 44

44 Für uns ist klar: Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und gegen die Militarisierung der Gesellschaft gehören
45 zusammen. Friedrich Merz will alle Sozialausgaben auf den Prüfstand stellen. Dem werden wir uns entschlossen in den Weg stellen. Merz, Pistorius und Co. müssen sich
46 rechtfertigen, warum für Soziales, Gesundheit, Bildung, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen angeblich kein Geld da sei, während sie über Nacht Milliarden für die Rüstung
47 mobilisieren. Die Endlos-Aufrüstung verdeutlicht, dass es hier nicht um einzelne Maßnahmen einer angeblichen Verteidigung geht, sondern dass wir auf Krieg vorbereitet werden sollen.
48 Krieg mit heutigen Waffensystemen bedeutet die nachhaltige Zerstörung unserer
49 Lebensgrundlagen und errungener Werte.
50
51
52

Begründung

Idee der Zusammenführung einiger Elemente von G.08 in G.09, um nicht zwei ähnlich lautende Anträge zum gleichen Thema zu haben.

Antrag G.09.64.1

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in:	Ates Gürpınar (Bayern)
-------------------	------------------------

Zeile 64 - 66

63 Es war richtig, dass die Linke im Bundestag geschlossen gegen die Grundgesetzänderung und
64 die damit verbundene Hochrüstung gestimmt hat. ~~Das Verhalten der linken Senatorinnen und~~
65 ~~Ministerinnen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, in dessen Folge im Bundesrat~~ Dass die
66 von uns mitregierten Bundesländer für die
~~Grundgesetzänderung votiert wurde, war hingegen~~ Grundgesetzänderung votierten, war falsch
67 und hat unserer politischen
Glaubwürdigkeit geschadet.

Antrag G.09.64.2

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in:

linksjugend [solid] Dortmund, AKL Niedersachsen, Sandra Siegismund (KV Northeim, AKL Niedersachsen) und weitere

Zeile 64 - 67

63 Es war richtig, dass die Linke im Bundestag geschlossen gegen die Grundgesetzänderung und
64 die damit verbundene Hochrüstung gestimmt hat. ~~Das Verhalten der linken Senatorinnen und~~
65 ~~Ministerinnen in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, in dessen Folge~~
Umso fataler ist, dass die Regierungsmitglieder der Partei Die Linke in Bremen, Kristina Vogt und
Claudia Bernhard, sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg und Jaqueline
Bernhardt, im Bundesrat für die
66 ~~Grundgesetzänderung votiert wurde, war hingegen falsch und hat~~ der Grundgesetzänderung zur
Abschaffung der Schuldenbremse für Militärausgaben zugestimmt haben.
Diese Grundgesetzänderung ist nicht nur abzulehnen, weil die künftige Regierung unter Friedrich
Merz weder nennenswerten sozialen Ausgleich anstrebt, noch die Schuldenbremse komplett
aussetzt, sondern vordergründig deshalb, weil Linke sich grundsätzlich in Opposition zur
deutschen Regierung und insbesondere zu einer solchen Jahrhundertaufrüstung positionieren
müssen.
Auch im Erfurter Programm heißt es: „Wir setzen uns [...] für eine Politik ein, die an Frieden,
Abrüstung und internationaler solidarischer Zusammenarbeit orientiert ist.“
Die Linke-Senatorinnen in Bremen, Kristina Vogt und Claudia Bernhard, und Die Linke-
Ministerinnen in Mecklenburg-Vorpommern, Simone Oldenburg und Jaqueline Bernhardt haben
sich genau gegenteilig verhalten und damit unserer politischen
67 Glaubwürdigkeit geschadet.
Der Parteitag fordert deshalb als einzige logische Konsequenz ihren Ausschluss aus der Partei.

weitere Antragstellende

Franz Haslbeck (Die Linke München OV Süd), Katharina Dittmar (AIP Hamburg), Nadja Dostal (AIP Hamburg), Detlef Hertz (KV Duisburg)

Antrag G.09.84.1

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in:

Ates Gürpınar (Bayern)

Zeile 84

- 83 • ...schafft innerparteiliche Bildungs- und Austauschformate zu den aktuellen Fragen von
84 Aufrüstung und Kriegsgefahr.
- sucht den internationalen Schulterschluss mit linken Parteien und Friedensbewegungen.

Begründung

Überführung von Teilen aus G.08 in G.09

Antrag G.09.84.2

Änderungsantrag zu G.09

Antragsteller*in:	linksjugend [solid] Dortmund, AKL Niedersachsen, Sandra Siegismund (KV Northeim, AKL Niedersachsen) und weitere
--------------------------	---

Zeile 84

83 • ...schafft innerparteiliche Bildungs- und Austauschformate zu den aktuellen Fragen von

84 Aufrüstung und Kriegsgefahr.

- ...erklärt die Unvereinbarkeit der Parteimitgliedschaft mit Positionen, die Militarismus und Kriegstreiberei Vorschub leisten.

Um die Arbeiter:innen gegen die Militarisierung zu mobilisieren, kämpft die Linke an der Seite aller Gewerkschafter:innen, die sich weiterhin antimilitaristisch positionieren, gerade auch gegen Gewerkschaftsführungen, die Militarisierung und Aufrüstung unterstützen.

weitere Antragstellende

Franz Haslbeck (Die Linke München OV Süd), Katharina Dittmar (AIP Hamburg), Nadja Dostal (AIP Hamburg), Detlef Hertz (KV Duisburg)

Antrag P.06.33.1

Änderungsantrag zu P.06

Antragsteller*in:

KV Würzburg Mainfranken

Zeile 33 - 34

27 Gemeinsam wollen wir, die sich im FLINTA-Begriff vertreten sehen, eine Debatte führen.
28 Gegenstand dieser Debatte soll sein, ob wir eine Satzungsänderung anstreben, die die
29 Frauenplena in FLINTA-Plena erweitert. Dabei wollen wir uns mit der Entstehung und
30 Geschichte von gemeinsamen Räumen für feministische Diskurse befassen und uns mit
31 verschiedenen Positionen zu dem Thema auseinandersetzen. Wir wollen diese Debatte als
32 Beginn eines gemeinsamen Prozesses verstehen. Es ist dabei unser Ziel, alle Perspektiven
33 ~~und Positionen in die Entscheidung einfließen zu lassen und zu einer möglichst~~
34 ~~konsensualen Lösung zu kommen~~ und Positionen in den Prozess einzubeziehen, dabei aber
besonders die Sichtbarkeit und Teilhabe der marginalisierten Personen zu stärken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag R.2.06.1

Änderungsantrag zu R.2.

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Zeile 6

- 6 • ~~Gremiensitzungen~~ 17 Uhr Parteivorstand
- 7 • 19 Uhr Tagungspräsidium & Antragskommission

Zeile 10

- 10 ~~14:45~~ 15:00 Uhr TOP 3 Einbringung des Leitantrags

Zeile 11

- 11 15.~~50~~ 15 Uhr TOP 2 Generaldebatte

Zeile 12

- 12 ~~17:00~~ 16:45 Uhr TOP 3 Beratung & Beschlussfassung der Änderungsanträge

Zeile 14

- 14 19:00 Uhr ~~Frauenplenum / Migrantisches Plenum~~ Frauen/FLINTA*-Plenum

Zeile 15

- 15 20:30 Uhr ~~TOP 4 Berichte Frauen/FLINTA*-Plenum und Migrant*innen-Plenum~~ Migrantisches Plenum

Zeile 16

- 16 ~~20:45 Uhr~~ ~~TOP 3 Beratung & Beschlussfassung der Änderungsanträge~~

Zeile 19

- 19 9:00 Uhr ~~TOP 4 Bericht der Bundesschiedskommission~~ TOP 4 Berichte Frauen/FLINTA*-Plenum und Migrantisches Plenum

Zeile 20

- 20 ~~9:15 Uhr~~ ~~TOP 5 Wahl der Bundesschiedskommission~~
- 9:15 Uhr TOP 4 Bericht der Bundesschiedskommission
- 9:30 Uhr TOP 5 Wahl der Bundesschiedskommission

Zeile 23

- 23 ~~11:00 Uhr~~ ~~TOP 6 Beratung von Anträgen zur Satzung~~

10:45 Uhr TOP 3 Beratung & Beschlussfassung der Änderungsanträge
11:15 Uhr TOP 6 Beratung von Anträgen zur Satzung

Zeile 24

24 ~~11:30~~11:45 Uhr Rede Vorsitzende/r Fraktion im Bundestag

Antrag L.1.002.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 2 - 3

- 2 ~~Die Linke als sozialistische Mitgliederpartei weiterentwickeln, um die wirksame soziale~~
3 ~~Opposition zu sein – unser Plan~~ Für eine Zukunft jenseits von Trump, Merz und Musk! Demokratie
4 verteidigen, für die nächsten Jahre Umverteilung kämpfen, Die Linke als sozialistische
5 Mitgliederpartei weiterentwickeln

Begründung

Die Unterzeile sollte nicht so selbstbezüglich sein. Sie sollte eine positive Hoffnung nach außen zum Ausdruck bringen und unsere Weiterentwicklung als sozialistische Mitgliederpartei in unsere Aufgabe der Veränderung der Verhältnisse einordnen.

Antrag L.1.004.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 4

- 4 Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren. Die Linke ist wieder da! Unser
5 Ergebnis bei der
6 vorgezogenen Bundestagswahl 2025 hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Wir haben den
7 Wahlkampf als Überlebenskampf begonnen. Dass wir am Ende 8,8 Prozent der Zweitstimmen
8 erzielen, 6 Direktmandate gewinnen und stärkste Kraft unter den Jungwähler*innen sein
9 würden, dass jede dritte Frau unter 30 Jahren uns ihre Stimme geben würde - das hätte
10 niemand für möglich gehalten. Das uns durch die vielen Stimmen und Eintritte
11 ausgesprochene Vertrauen ist uns Anspruch und Ansporn. Wir wollen zeigen: Eine gerechtere
12 Welt ist möglich - wenn wir selbst damit anfangen, daran zu arbeiten. Wahlen sind für uns
13 ein wichtiger Gradmesser dafür, wo wir stehen. Doch entscheidend ist die Arbeit, die wir
zwischen den Wahlen leisten und was sich dadurch verändert.

Begründung

Zitat von Jan, das an dieser Stelle gut passt und den Text hier etwas zupackender macht.

Antrag L.1.008.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 8

- 4 Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren. Unser Ergebnis bei der

5 vorgezogenen Bundestagswahl 2025 hat alle unsere Erwartungen übertroffen. Wir haben den
6 Wahlkampf als Überlebenskampf begonnen. Dass wir am Ende 8,8 Prozent der Zweitstimmen
7 erzielen, 6 Direktmandate gewinnen und stärkste Kraft unter den Jungwähler*innen sein
8 würden, dass jede dritte Frau unter 30 Jahren uns ihre Stimme geben würde dass über eine
9 Million ehemalige SPD- und Grünen-Wählenden uns gewählt haben - das hätte
10 niemand für möglich gehalten. Das uns durch die vielen Stimmen und Eintritte
11 ausgesprochene Vertrauen ist uns Anspruch und Ansporn. Wir wollen zeigen: Eine gerechtere
12 Welt ist möglich - wenn wir selbst damit anfangen, daran zu arbeiten. Wahlen sind für uns
13 ein wichtiger Gradmesser dafür, wo wir stehen. Doch entscheidend ist die Arbeit, die wir
zwischen den Wahlen leisten und was sich dadurch verändert.

Begründung

Diese bemerkenswerte Drift von Wählenden, die Ost-West-verteilt ist, bedeutet für die Arbeit der Partei entlang der in sie gesetzten Erwartungen eine zentral zu berücksichtigende inhaltliche und kommunikative Herausforderung. Zudem liegt hier nach dem Niedergangsprozess der letzten Jahre eine spezifische Möglichkeit der ausgewogeneren Ost-West-Verankerung.

Antrag L.1.014.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

AKL

Zeile 14 - 23

~~14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert – oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.~~

Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit unserer Parteigründung hat sich vieles verändert – oft nicht zum Besseren. Alle Parteien in politischer Verantwortung und zu viele gesellschaftliche Institutionen reden immer mehr von Krieg. „Deutschland muss kriegstüchtig werden“, das ist der Schlachtruf. Das Gesundheitswesen, die Schulen und Universitäten, die Kommunen, das Verkehrswesen – alles soll sich auf den Krieg vorbereiten. Eine Welle von Einheitspropaganda flutet die Medien, die an einer Bedrohungslegende arbeiten, als ob „der Russe“ in fünfzehn Minuten am Kurfürstendamm wäre. Die US-amerikanische Schutzmacht wäre angeblich weggetreten und eine neue europäische Rüstungspolitik mit Deutschland an der Spitze müsste so schnell wie möglich entwickelt werden. Die Basis dieser Propaganda und der politischen Wende, die damit eingeleitet werden soll, sind nichts als Lügen. Die Wahrheit ist ein verschärfter Konkurrenzkampf der großen imperialistischen Global Player – USA, EU, China, Russland, Japan – die sich auf einen neuen

großen Weltkrieg vorbereiten. Die Linke hat in diesem Szenario die vorrangige Aufgabe, die Bedrohungslügen zu entlarven und sich der konkreten Kriegsvorbereitungen aller Akteure mit allen Kräften zu widersetzen. War auf früheren Parteitag der Linken die wichtigste Erkenntnis, dass der Kapitalismus immer den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen, so ist die konkrete Forderung der Stunde: Die Waffen nieder.

Während die Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen, immer mehr Menschen leben in Armut.

Antrag L.1.014.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 14 - 15

- 14 Die Linke ist wieder da: Das gilt nicht nur für uns als Partei. In der gesellschaftlichen Debatte sind Themen und Forderungen wieder präsent, die lange Zeit an den Rand gedrängt waren. Die Schuldenbremse wird in Frage gestellt, ebenso die Auffassung, der Markt werde schon alles regeln. Umverteilungsforderungen und Kritik an extremem Reichtum sind populär: Vermögensteuer, Besteuerung von Digitalkonzernen, Entmachtung von Monopolen und Milliardenären sind Tagesforderungen. Die klassische „Westorientierung“ mit den USA als Vormacht und vermeintlicher „Wertegemeinschaft“ ist nicht mehr haltbar. Erneut gehen Menschen in großer Zahl auf die Straße, um gegen den Rechtsruck und eine Zusammenarbeit mit der AfD zu protestieren. Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle dabei einnehmen, die Demokratie zu verteidigen, für Umverteilung zu kämpfen und eine fortschrittliche Hegemonie auch bei anderen Themen zurückzugewinnen. Denn ~~seit unserer Parteigründung hat sich vieles verändert – oft nicht zum Besseren~~ Unsicherheit und soziale Spaltung nehmen weiter zu. Während die
- 15 ~~unsere~~ Unsicherheit und soziale Spaltung nehmen weiter zu. Während die
- 16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
- 17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
- 18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
- 19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
- 20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
- 21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
- 22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
- 23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Die Lage ist widersprüchlich. Die Wahlergebnisse gehen immer weiter nach rechts. Andererseits ändern sich in bestimmten Fragen die Mehrheitsverhältnisse in der öffentlichen Meinung, die bislang

fest von rechten Positionen dominiert waren: Die Schuldenbremse ist nur ein Beispiel dafür. Das ist auch ein Verdienst unserer langjährigen Kampagnenarbeit dazu (und der von anderen Organisationen und Zusammenhängen). Auch die Massendemos gegen rechts zeigen, dass es positive Veränderungen ebenfalls gibt. - Wir sollten ferner sagen, wobei wir eine wichtige Rolle einnehmen wollen. Der Bezug auf unsere Parteigründung ist dabei weniger sinnvoll.

Antrag L.1.014.3

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik; BAG Ökologische Plattform

Zeile 14 - 15

14 ~~Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit~~
15 ~~unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren.~~ Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Die Partei Die Linke kann nicht für die gesellschaftliche Linke sprechen. Die Gründung der Partei Die Linke ist nicht Ursache dafür, dass sich Vieles verändert hat - und oft nicht zum Besseren ...

Antrag L.1.015.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: AKL

Zeile 15

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Alle Parteien in
politischer Verantwortung und zu viele gesellschaftliche Institutionen reden immer mehr von
Krieg. „Deutschland muss kriegstüchtig werden“, das ist der Schlachtruf. Das Gesundheitswesen,
die Schulen und Universitäten, die Kommunen, das Verkehrswesen - alles soll sich auf den Krieg
vorbereiten. Eine Welle von Einheitspropaganda flutet die Medien, die an einer
Bedrohungslegende arbeiten, als ob „der Russe“ in fünfzehn Minuten am Kurfürstendamm wäre.
Die US-amerikanische Schutzmacht wäre angeblich weggetreten und eine neue europäische
Rüstungspolitik mit Deutschland an der Spitze müsste so schnell wie möglich entwickelt werden.
16 Die Basis dieser Propaganda und der politischen Wende, die damit eingeleitet werden soll, sind
nichts als Lügen. Die Wahrheit ist ein verschärfter Konkurrenzkampf der großen
imperialistischen Global Player - USA, EU, China, Russland, Japan - die einen neuen großen

Weltkrieg in Kauf nehmen. Die LINKE hat in diesem Szenario die vorrangige Aufgabe, die Bedrohungslügen zu entlarven und sich der konkreten Kriegsvorbereitungen aller Akteure mit allen Kräften zu widersetzen. War auf früheren Parteitagen der LINKEN die wichtigste Erkenntnis, dass der Kapitalismus immer den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen, so ist die konkrete Forderung der Stunde: Die Waffen nieder. Während die

16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Antrag L.1.015.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Region Hannover

Zeile 15

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die rasante Aufkündigung der internationalen Ordnung durch die USA stellt uns in der EU vor die Herausforderung, Sicherheit zu organisieren, ohne in eine Aufrüstungsspirale zu geraten. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Die drastischen Folgen der erratischen US-Politik und des Überfalls Russlands auf die Ukraine können hier nicht fehlen. Dass die EU unabhängig von der NATO Sicherheit organisieren muss, ohne aufzurüsten, heißt auch, dass die EU für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie eintreten muss. Unser Sicherheitsbegriff ist nicht auf das Militärische reduziert, sondern beinhaltet, dass soziale Sicherheit Voraussetzung für Frieden und Stabilität ist.

Antrag L.1.018.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: Steffen Kühne (Berlin · Nr. 283), Inva Halili (Berlin · Nr. 185), Thomas Goes (Niedersachsen · Nr. 164), und weitere

Zeile 18

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. Die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden für die
Menschen immer spürbarer, Maßnahmen für den notwendigen Umbau werden jedoch nicht
ergriffen. Eine soziale Klimapolitik, die unsere natürlichen Überlebensgrundlagen bewahren, die
abhängig Beschäftigten schützen und neue nachhaltige Jobs schaffen könnte, fehlt. In einer
unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Delegierte:

Maximilian Becker (KV Jena), Kevin Reichenbach (Apolda - Weimar), Johannes Schmidt (KV Karlsruhe),
Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg), Lena Bödeker (KV Göttingen/
Osterode), Martina Hamich (KV Hannover), Sven Olaf Fennen (BV Harburg, Hamburg), Klaus-Wilhelm
Depker (KV Northeim), Antonia Ivankovic (BV Hamburg Mitte), Ella Grove (BV Harburg, Hamburg),
Silvio Lang (KV Bautzen), Florian Demmler (KV Jena), Marek Lipp (Linksjugend), Marcus Otto (BV
Berlin-Steglitz Zehlendorf), Lena Saniye Güngör (KV Jena), Marco Böhme (KV Leipzig), Jule Heike
Michel (KV Kassel-Stadt), Thomas Iwan (BV Hamburg-Wandsbek), Andrea Kubank (KV Bautzen), Paul
Naujoks (KV Oldenburg), Iris Burdinski (KV Potsdam), Ruby Cichon (BV Berlin Friedrichshain-
Kreuzberg), Magdalena Depta-Wollenhaupt (SKK), Claudia Scholz (KV Leipzig), Anne Zerr (KV
Reutlingen), Norbert Müller (KV Potsdam), Andrei Yagoubov (KV München)

Weitere:

Violetta Bock (Teilnehmende mit beratender Stimme, KV Kassel-Stadt), Fabian Fahl (Teilnehmender
mit beratender Stimme, KV Aachen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen/Osterode), Raik Ohlmeyer (KV
Altmarkkreis Salzwedel), Katrin Schulz (KV Altmarkkreis Salzwedel), Gökay Akbulut (Teilnehmende mit
beratender Stimme, KV Mannheim)

Antrag L.1.018.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

KV Würzburg Mainfranken

Zeile 18

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. ~~In einer unsicheren Wirtschaft~~ Im Kapitalismus mit dem ihm
immanenten Wirtschaftskrisen wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Es gibt keine "unsichere Wirtschaft", Krise ist der kapitalistischen Logik inhärent.

Antrag L.1.018.3

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik und BAG Ökologische Plattform
--------------------------	--

Zeile 18

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. ~~In einer unsicheren Wirtschaft~~ Ohne soziale Sicherheit wird es
für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Begründung

Die sozialen und ökologischen Forderungen Der Linken richten sich nicht nach dem Zustand "der Wirtschaft".

Antrag L.1.020.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	BAG Bildungspolitik
--------------------------	---------------------

Zeile 20 - 23

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit

15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe und Bildungschancen der Kinder vom Geldbeutel abhängig.
Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut, Tausende Jugendliche verlassen jedes Jahr die Schulen
ohne qualifizierten Abschluss.

Begründung

Die Bildungsungerechtigkeit erobst viele Eltern, Großeltern und Beschäftigte im Bildungssektor. Trotz wöchentlich neuer Meldungen geschieht wenig, um die Bildungswege der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Dieses soziale Problem wird vielfach als grobes Staatsversagen empfunden.

Antrag L.1.020.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid']

Zeile 20 - 23

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. ~~Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An~~ Die Ursache hierfür ist ein Wirtschaft- und
Gesellschaftssystem, in dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart der Reichtum der einen durch die Ausbeutung und Armut der
anderen bezahlt wird. Deutschland ist eine Klassengesellschaft. Statt über den Staat
gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig vom Geldbeutel, zu ermöglichen wird mit seiner Hilfe ein
Klassenkampf von oben geführt. Dieser Klassenkampf hat seit der sogenannten Zeitenwende
eine neue Qualität gewonnen. Kanonen statt Butter ist die Divise der alten und kommenden
Bundesregierung. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut, weil Aktien der Rüstungskonzerne historische
Höhenflüge erleben.

Begründung

Bei den beschriebenen Verhältnissen handelt es sich nicht bloß um eine gleichzeitig ablaufende Entwicklung, die wir nur beschreiben können. Wir kennen die Ursache der Entwicklung, was es uns ermöglicht, eine alternative Welt zu erkämpfen, indem wir die Ursachen angehen, hierzu müssen wir

sie auch benennen. Die unermessliche Anhäufung von Milliarden hat die Anhäufung von Armut und Schulden auf der anderen Seite zur Voraussetzung. Es ist zwar richtig, dass die Mehrheit die wirtschaftliche Lage als unsicher erlebt, es gibt aber auch Rüstungskonzerne, die sicher sind, dass sie ihren exponentiellen Wachstumskurs fortsetzen werden. Im Leitantrag heißt es, die Linke muss Klassenpartei werden, hierzu müssen wir gesellschaftliche Konflikte als Klassenkonflikte analysieren. Als Orientierungspunkt dient hierzu die gültige analytische Perspektive des Erfurter Programms: „Deutschland ist eine Klassengesellschaft. Die Produktion von Waren und Dienstleistungen findet überwiegend in privaten Unternehmen mit dem Ziel statt, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Sie erhalten nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Werte als Lohn, den Überschuss eignen sich die Kapitaleigner an. Diese bestimmen über seine Verwendung, über die Investitionen und somit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung werden ebenso wie das Staatshandeln und die Politik entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt. Die Lebens- und Bildungschancen der Menschen hängen in hohem Maße von ihrer Klassenlage und sozialen Herkunft ab.“ (Erfurter Programm 2011 S. 26).

Antrag L.1.021.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

BAG Frieden und internationale Politik

Zeile 21

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. Die undemokratische Grundgesetzänderung für
unbegrenzte Aufrüstung zeigt einmal mehr: Geld ist genug da! Der Militarismus bedeutet
ökonomische Expansion und Kriegführung nach Außen, Repression und Sozialkahltschlag nach
Innen. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut.

Antrag L.1.023.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 23

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen

18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut. von einer notwendigen gelingenden Integration in dazu in
die Lage versetzten Kommunen und Unternehmen sind wir noch weit entfernt.

Begründung

Die populistische Politik, vor allem der CDU, die AFD-Frames in gefährlicher Weise im öffentlichen Diskurs gestärkt hat, die mangelnde Gegenpositionierung von SPD und Grünen habe zu einem weitgehenden Ausfall an gesellschaftspolitischer und vom Staat konzeptionell wie materiell gestützter zügiger Integration von aufgenommenen Geflüchteten geführt. Dieser Weg muss unterbrochen und radikal verändert werden, um nicht den Zusammenhalt, die Zukunft der hier angekommenen Menschen, die Rechts- und Humanitätsstandards, die Willkommenskultur, die Demokratie und die notwendigen Zuwanderungsprozesse in den Arbeitsmarkt weiter zu gefährden.

Antrag L.1.023.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 23

14 Wir als Linke werden in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle einnehmen. Denn seit
15 unserer Parteigründung hat sich vieles verändert - oft nicht zum Besseren. Während die
16 Mehrheit der Menschen mit steigenden Preisen und wachsender Unsicherheit kämpft, treiben
17 Regierungen unter wechselnder Führung eine rigide Kürzungspolitik voran und verschärfen
18 die Sanktionen gegen die Ärmsten. In einer unsicheren Wirtschaft wird es für viele
19 Menschen immer schwieriger, ihr Leben zu planen. Der Rückzug des Staates macht
20 gesellschaftliche Teilhabe vom Geldbeutel abhängig. Gleichzeitig werden die Reichen immer
21 reicher, und Milliarden fließen in die Aufrüstung. An dem, was wir alle zum Leben
22 brauchen, wird hingegen gespart. Das Ergebnis: Brücken verfallen, Schwimmbäder schließen,
23 immer mehr Menschen leben in Armut. Mit der im Bundestag und Bundesrat beschlossenen
Aufrüstung in Billionenhöhe wird sich die Kürzungspolitik verschärfen. Die Kämpfe für soziale
Gerechtigkeit und Antimilitarismus hängen untrennbar miteinander zusammen.

Begründung

In die Einleitung mit Verweis auf die Kürzungen gehört unbedingt auch der Zusammenhang zur Aufrüstung in Billionenhöhe.

Antrag L.1.024.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 24 - 37

- 24 ~~Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach~~
25 ~~rechts – wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer~~
26 ~~schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen~~
27 ~~Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu~~
28 ~~verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die~~
29 ~~bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre~~
30 ~~Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die~~
31 ~~Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame~~
32 ~~und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die~~
33 ~~Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,~~
34 ~~wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen~~
35 ~~wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses~~
36 ~~Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und~~Die anhaltende Stärke der Rechten kommt aus
diesem sozialen Druck und gleichzeitig aus der Tatsache, dass die Deutung der Probleme nach
wie vor von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 ~~dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht.~~rechten Sichtweisen
bestimmt ist, die nicht auf Solidarität gegen Oben, sondern auf Abgrenzung und Kampf gegen
Unten orientieren. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
Geflüchtete, Bürgergeldempfänger*innen, queere Menschen, Klimapolitik und eine angebliche
"Verbotspolitik" weiter zu. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame und
schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Man kann den Rechtsruck nicht von der Zuspitzung der sozialen Verhältnisse entkoppeln, man darf ihn aber nicht darauf reduzieren. Soziale Unzufriedenheit geht nach rechts, weil die Rechte bislang die Deutungsmacht darüber behauptet, was ein Problem ist und wie es zu lösen ist, und daher die Stimmung in Richtung Entsolidarisierung kanalisieren kann. - Gerade im Licht des Koalitionsvertrags sollte erwähnt werden, dass es gleichermaßen um Hetze gegen Geflüchtete wie gegen Bürgergeldempfänger*innen geht. - Der Satz "Ziel ist es ..." ist zu verschwörungstheoretisch. - Wir sollten nicht von vorneherein resigniert davon ausgehen, dass die Konservativen sowieso eine Mehrheit mit der AfD realisieren werden und dass SPD und Grüne alles mitmachen, sondern darum kämpfen, dass das nicht passiert; also eine fordernde Haltung einnehmen.

Antrag L.1.025.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 25

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nichtwollen verändern. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach
einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Begründung: Wenn wir im Unterschied zu allen anderen verändern wollen, das Hauptmotto im Bundestagswahlkampf, können wir nicht stehenbleiben.

Antrag L.1.025.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

BAG Frieden und internationale Politik

Zeile 25

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Alle Parteien bereiten den Krieg vor - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen
werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen

Antrag L.1.026.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Oberhavel

Zeile 26 - 27

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren ~~Asylpolitik~~ Asyl- und Migrationspolitik immer lauter. Diese
Forderungen leugnen unsere Gesellschaft als Migrationsgesellschaft. Gleichzeitig ~~nimmt~~
~~die~~ bedroht die zunehmende Hetze gegen-
27 ~~Geflüchtete weiter zu~~ Migrantinnen und Migranten sowie von Rassismus betroffene
(Staats-)Bürgerinnen und Bürger. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Die Erweiterung von Asylpolitik hinzu Asyl- und Migrationspolitik schließt Migration abseits von Flucht mit ein. In ähnlicher Weise soll die Beschreibung unserer Gesellschaft als Migrationsgesellschaft betonen, dass Migration historisch sowie gegenwärtig konstitutiv für unsere Gesellschaft ist. Die Erweiterung bezüglich rassistischer Hetze soll zusätzlich darauf hinweisen, dass die gegenwärtige rassistische Hochfahrt nicht nur an der weiteren Abgrenzung eines Außen arbeitet, sondern auch auf die rassistische Ausgrenzung im Inneren abzielt.

Antrag L.1.027.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Stuttgart, KV Calw Freudenstadt, KV Freiburg und weitere

Zeile 27

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen

27 Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu
spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Die Linke ist bei der Bundestagswahl 2025 unter anderem deshalb erfolgreich gewesen, weil sie insbesondere bei Frauen*/FLINTA*, jungen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat. Dieses Vertrauen ist eine politische Verpflichtung: Wer gewählt wird, weil er Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit verkörpert, darf die Kämpfe derjenigen nicht ignorieren, die unter strukturellem Rassismus, patriarchaler Gewalt und intersektionaler Ausgrenzung leiden – auch innerhalb der Partei.

Unsere Änderungsanträge machen diese Perspektive sichtbar und stärken die Erzählung des Leitanspruchs, ohne sie zu verwässern. Es geht nicht um „Nebenwidersprüche“, sondern um zentrale politische Realitäten in diesem Land – für viele unserer aktivsten Mitglieder und engagiertesten Wähler*innen.

Zusatz Rassismus benennen, wo er stattfindet:

Wenn wir die Hetze gegen Geflüchtete beschreiben, müssen wir sie als das benennen, was sie ist: rassistisch. Rassismus ist kein Nebeneffekt rechter Politik, sondern ihr zentrales Werkzeug. Wenn wir uns gegen die Spaltung der Gesellschaft stellen, müssen wir den rassistischen Kern der politischen Debatte und der Gesetzgebung benennen – der nicht nur gegen Geflüchtete, sondern alle migrantisierten Menschen in diesem Land hetzt.

weitere Antragstellende

Kreis- bzw. Bezirksverbände:

KV Heidelberg/Bad. Bergstraße

Delegierte:

Mersedeh Ghazaei (KV Stuttgart), Anıl Beşli (KV Esslingen), Mirko Boysen (KV Freiburg), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße), Aynur Karlıklı (KV Stuttgart), Johannes Schmidt (KV Karlsruhe), Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Patrick Schorer (KV Calw Freudenstadt), Renate Angstmann-Koch (KV Tübingen), Eliseo Maugeri (KV Essen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), David Rizzotto, (KV Ulm, Alb Donau), Dagmar Uhlig (KV Stuttgart), Utz Mörbe (KV Stuttgart), Anne Zerr (KV Tübingen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Thomas Haschke (KV Stuttgart), Sander Frank (KV Bodenseekreis)

weitere:

Avra Emîn (Kreisvorstand, KV Rems-Murr), Faisal Osman (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Andre Dörr (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Isabell Fuhrmann (Frauenbeauftragte BW, KV Mannheim), Annika Nykamp (KV Freiburg), Melissa Muhr (Mitglied im Kreisvorstand, KV Freiburg), Almut Roeskens (KV Freiburg), Jana Kühl (Mitglied im KV, KV Emmendingen), Lea Mery (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Johanna Reimer (KV Freiburg)

Antrag L.1.028.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Würzburg Mainfranken

Zeile 28

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 **verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere ~~unter Ausschluss~~ auch inklusive**
29 **jener, die**
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Der ursprüngliche Einschub ist missverständlich.

Antrag L.1.031.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 31 - 39

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die

29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und ~~dringend benötigte Investitionen verweigern~~ Investitionen nicht im
erforderlichen Umfang, mit der notwendigen Zielgenauigkeit und Prioritätensetzungen tätigen.
Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen ~~der internationalen~~ internationaler Abkommen zu Klima-, Arten- und
Umweltschutz einzuhalten,
34 ~~wird~~ droht die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa zu werden. Statt Wandel
in die richtige Richtung drohen
35 ~~wirtschaftlicher~~ Rückschritt, Stillstand ~~und~~, Planchaos in der Wirtschaftspolitik und
gesellschaftspolitisch eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden versuchen, dieses
36 Projekt – notfalls mit ~~der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand~~
37 ~~dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht~~ den Rechten -
durchzusetzen. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren – mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Mit der Grundgesetzänderung vom März 2025 wurde nicht nur die Chance vertan, die
Schuldenbremse insgesamt abzuschaffen. Es wurde eine gefährliche Ausrichtung auf militärische
Ausgaben ohne Verfassungsbegrenzung parallel zur Schaffung eines auf Jahre und in der Höhe
begrenzten Sondervermögens vorgenommen. Diese strukturelle Schieflage, die auch für SPD und
Grünen bei ehrlichem Blick durch keine neue Kommission zum Thema mehr mit der CDU
beseitigt werden wird, ist das Problem und wird in einer Dekade zu höheren Zinslasten in den
Haushalten führen, die dann nach Ausgabeende aus dem begrenzten Schonvermögen und bei
weiter laufenden Militärausgaben ohne Limit massiv kürzend gegen Sozialausgaben und
Zukunftsinvestition wirken werden. Nichtsdestotrotz gilt es in den kommenden Monaten und
Jahren, in Ländern und Kommunen auch von links darauf hinzuwirken, dass wichtige
Investitionen für die Infrastruktur, für die Bahn, für Bildungseinrichtungen und zur ökologischen
Transformation eingesetzt werden.

Begründung

Nach den Entscheidungen des Bundestages zum GG muss dieser Aspekt aktuell mit aufgenommen werden.

Antrag L.1.034.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

KV Würzburg Mainfranken

Zeile 34 - 35

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts – wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre

30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt ~~Wandel drohen~~
35 ~~wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende~~ eines progressiven Wandels hin zu mehr
Nachhaltigkeit und kollektiver Teilhabe droht ein Erstarken autoritärer Kräfte. Die Konservativen
werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Der Wandel, den wir wollen, müssen wir klarer spezifizieren.

Antrag L.1.036.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	KV Region Hannover
-------------------	--------------------

Zeile 36

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird ~~kein~~wenig
Widerstand
37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Begründung

Wir sollten zwischen den Parteien differenzieren.

Antrag L.1.036.2

Antragsteller*in:

KV Wiesbaden

Zeile 36 - 37

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen ~~und von SPD und Grünen wird kein Widerstand~~
37 ~~dagegen erfolgen~~. Von einer SPD in der Regierungskoalition ~~schon gar nicht~~ ist kein Widerstand
zu erwarten. Inwieweit und ob Widerstand auf verschiedenen Parteebenen von SPD und
Grünen erfolgt, ist unsicher. Uns ist aber bewusst, dass es in diesen Parteien und ihren
Jugendorganisationen Kräfte gibt, deren demokratie-, klima- und sozialpolitische Ziele mit
unseren übereinstimmen. Deshalb bleiben wir offen für konstruktive Gespräche und
gemeinsame Projekte. Es gibt gute Beispiele der Kooperation und Koalition der Linken mit
Parteien links von CDU und AfD, die als stabile Größen wesentlich zum jetzigen Erfolg der Partei
beigetragen haben. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen.

Antrag L.1.039.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

KV Region Hannover

Zeile 39

24 Diese Entwicklung öffnet der politischen Rechten Tür und Tor. Alle Parteien gehen nach
25 rechts - wir nicht. Von der CDU bis zu den Grünen werden die Forderungen nach einer
26 schärferen und repressiveren Asylpolitik immer lauter. Gleichzeitig nimmt die Hetze gegen
27 Geflüchtete weiter zu. Ziel ist es, unsere Gesellschaft zu spalten und Solidarität zu
28 verunmöglichen, damit arbeitende Menschen, insbesondere unter Ausschluss jener, die
29 bereits marginalisiert sind, sich nicht zusammenschließen und gemeinsam für ihre
30 Interessen eintreten. Die kommende Regierung wird den Sozialstaat weiter abbauen, die
31 Aufrüstung vorantreiben und dringend benötigte Investitionen verweigern. Statt wirksame
32 und schärfere Maßnahmen gegen die Zerstörung des Klimas zu ergreifen und wenigstens die
33 Anforderungen der internationalen Abkommen zu Klima-, Arten- und Umweltschutz einzuhalten,
34 wird die deutsche Regierung immer öfter zur Bremserin in Europa. Statt Wandel drohen
35 wirtschaftlicher Stillstand und eine autoritäre Wende. Die Konservativen werden dieses
36 Projekt notfalls mit der Rechten durchsetzen und von SPD und Grünen wird kein Widerstand

37 dagegen erfolgen. Von einer SPD in der Regierungskoalition schon gar nicht. Dagegen gilt
38 es, sich zu organisieren - mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und allen, die gegen
39 Kürzungspolitik und für eine solidarische Alternative kämpfen. Es gilt auch mit der Perspektive
auf die Wahlen 2029 progressive Mehrheiten zu organisieren, schon um eine etwaige
Regierungsbeteiligung der extremen Rechten zu verhindern. Ein sozialer Politikwechsel wird ein
Marathon, aber er muss jetzt beginnen.

Begründung

Wir haben als Partei, die derzeit in den Umfragen bei etwa 10% liegt, eine gesellschaftliche und politische Verantwortung, alles in unserer Macht Mögliche zu tun, eine rechte Regierungsbeteiligung zu verhindern und können uns nicht allein auf die Oppositionsrolle zurückziehen. Veränderungen brauchen Zeit. Wir sollten deshalb jetzt mit dem Aufbau progressiver Mehrheiten beginnen.

Antrag L.1.043.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 43 - 52

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. ~~Unser Parteaufbau und unsere~~
44 ~~parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die~~
45 ~~Parlamente und geben~~ Wir stehen an der Seite der Menschen und ihrer Anliegen und nutzen
unsere Möglichkeiten, mit ihnen eine politische Stimme und für sie Politik zu machen. Wo wir
können, übernehmen wir auch Verantwortung in Parlamenten und Regierungen, um
dagegenzuhalten gegen soziale Spaltung und Rechtsverschiebung und um sichtbar zu machen,
dass es auch anders geht. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. ~~Das-~~
51 ~~ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben~~ Als Linke haben wir uns zum Ziel gesetzt, dieses
Land zu
52 verändern. Das ist der Maßstab, an dem wir uns messen und danach richtet sich unser Handeln.

Begründung

Die Formulierung "eine Stimme geben" ist zu passiv. Wir wollen nicht nur Widerspruch artikulieren, sondern verändern und Einfluss nehmen. - Die zweite Änderung macht klar, dass nicht der Aufbau einer starken Mitgliederstruktur unsere zentrale Aufgabe ist, sondern die Veränderung der Verhältnisse.

Antrag L.1.044.1

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 44 - 45

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir ~~tragen die Anliegen der Menschen in die~~
45 ~~Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme~~ ermutigen zur gesellschaftlichen Opposition
und sind auf der Straße, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen, und auch in den
Parlamenten teil von ihr. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. Das
51 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
52 verändern.

Begründung

Als sozialistische Partei wissen wir um die Beschränkungen des Parlamentarismus. Wir geben uns nicht damit zufrieden, die Interessen der Klasse in einem Parlament zu artikulieren. In der ursprünglichen Formulierung wird der Eindruck erweckt, dass nur die Stimmlosigkeit ein Problem für die Menschen wäre. Die Missachtung der Interessen hat allerdings System. Zur Achtung der Interessen der arbeitenden Klasse müssen wir selbst aktiv werden und andere dazu ermutigen, auf der Straße, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen ihre Geschicke in die gemeinsame Hand zu nehmen.

Antrag L.1.046.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 46 - 47

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 ~~Ort mit den Menschen,~~ in den Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen, Betrieben, in den
Bürgerinitiativen, auf den Straßen, in der Friedensbewegung und kämpfen gemeinsam für eine
~~gerechtere Gesellschaft. Denn es ist~~
47 ~~Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.~~
solidarische gerechte Gesellschaft. Um des Profits wegen werden wir als Lohnarbeitende

ausgebeutet, als Mieter übervorteilt, als Gesellschaft beraubt. Wir holen uns geraubte Krankenhäuser zurück, wir beenden die Prellerei der Mieter, wir kämpfen für kürzere Arbeitszeiten und bessere Entlohnung..

48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisierung. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. Das
51 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
52 verändern.

Antrag L.1.048.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 48

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisierung sowie das
49 Setzen von Impulsen für mögliche Veränderungen. Der Aufbau
50 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
51 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen. Das
52 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
verändern.

Begründung

Wir sind als Partei nicht nur im Bewegungsmodus oder zum Organisieren und organizing gefragt, sondern – auch im Selbstverständnis als Partei und somit spezifische Organisationsform des Parteiensystems – ebenso zum inhaltlichen und in der Breite der Themen konzeptionellen Arbeiten und aktiv in die Öffentlichkeit oder Parlamente Ideen einbringen. Zudem braucht es zwar Fokussieren, aber im Unterschied zu (Ein-Punkt oder thematisch orientierten) Bewegungen in der Breite der politischen Themen Debatte und Konzepte, die erst je nach aktueller Situation gewichtet und unter professionellen Kampagnengesichtspunkten in der Kommunikation differenziert präsentiert werden.

Antrag L.1.050.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

AKL

Zeile 50

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen ~~grundlegenden Politikwechsel im Sinne der Mehrheit zu erkämpfen~~ Beitrag zur Überwindung des Kapitalismus und Errichtung einer sozialistischen Demokratie durch die Arbeiter:innenklasse zu leisten. Das
51 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
52 verändern.

Antrag L.1.050.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	KV Wiesbaden
-------------------	--------------

Zeile 50

40 Die Linke ist die treibende politische Kraft für eine solche solidarische Alternative. Als
41 Partei nehmen wir eine zentrale Rolle im Protest gegen Aufrüstung, Sozialabbau,
42 Klimazerstörung und Rechtsruck ein. Wir schmieden Bündnisse, bündeln Anliegen und
43 erarbeiten konkrete Alternativen und Konzepte. Unser Parteaufbau und unsere
44 parlamentarische Arbeit gehen Hand in Hand: Wir tragen die Anliegen der Menschen in die
45 Parlamente und geben ihnen eine politische Stimme. Gleichzeitig organisieren wir uns vor
46 Ort mit den Menschen und kämpfen gemeinsam für eine gerechtere Gesellschaft. Denn es ist
47 Zeit, dass die Reichen und Mächtigen uns endlich zurückgeben, was sie uns genommen haben.
48 Unser Ziel ist nicht bloße Hilfe, sondern Selbstermächtigung und Organisation. Der Aufbau
49 einer starken Mitgliederstruktur ist die Voraussetzung dafür, als gesellschaftlich
50 relevante Kraft einen grundlegenden Politikwechsel im Sinne der ~~Mehrheit~~ Daseinsvorsorge für alle zu erkämpfen. Das
51 ist unsere Aufgabe. Denn wir als Linke haben uns zum Ziel gesetzt, dieses Land zu
52 verändern.

Antrag L.1.053.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	AKL
-------------------	-----

Zeile 53 - 54

53 Unsere Partei hat schwierige Zeiten hinter sich. ~~Öffentlich ausgetragene Konflikte haben~~

54 ~~das~~Wir hatten viel Vertrauen ~~vieler~~verloren, weil uns immer mehr Menschen ~~in uns-~~
~~geschwächt~~nicht mehr als konsequente Opposition gegen Kapitalherrschaft und die etablierten
pro-kapitalistischen Parteien wahrgenommen haben und wir uns, vor allem im Rahmen von
Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen, in unserer praktischen Politik zu sehr von unseren
Zielen und Grundsätzen entfernt hatten. Die öffentlich ausgetragenen Konflikte kamen hinzu. Wir
müssen sicherstellen, dass wir die politischen Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Dazu
ist auch eine selbstkritische Bilanz nötig. Doch in den letzten eineinhalb Jahren
55 haben wir wieder angefangen, vieles richtig zu machen. Die Bundestagswahl hat uns gezeigt,
56 dass wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb wollen wir ihn weitergehen. Wir wollen unsere
57 Partei zu einer kraftvollen sozialistischen Mitgliederpartei für das 21. Jahrhundert
58 weiterentwickeln - einer Partei, die auch jenseits von Wahlen in der Lage ist, Kampagnen
59 durchzuführen und sogar zu gewinnen.

Antrag L.1.060.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 60 - 67

60 ~~Ebenso wichtig war, was~~In diesem Bundestagswahlkampf haben wir ~~nicht mehr gemacht-~~
~~haben~~endlich wieder unser Potential ausgeschöpft. Wir sind geschlossen aufgetreten:
61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir
62 haben keine widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die
63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:
64 Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht
65 selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu
66 beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der
67 Gesellschaft ist - eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.

Begründung

Der Satz "Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben" ist unklar im Bezug, denn danach kommt ja eine positive Feststellung "Wir sind geschlossen aufgetreten." Daher Streichung und Ersetzen durch die Feststellung, dass wir das Potential diesmal ausschöpfen konnten.

Antrag L.1.062.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Würzburg Mainfranken

Zeile 62

60 Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben. Wir sind geschlossen aufgetreten:
61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir
62 ~~haben~~haben (mit Ausnahme der Bundesratsentscheidung nach der Wahl) keine
widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die
63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:

64 Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht
65 selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu
66 beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der
67 Gesellschaft ist - eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.

Begründung

Wir sollten die Abstimmung als Fehler klar benennen.

Antrag L.1.063.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 63 - 67

60 Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben. Wir sind geschlossen aufgetreten:
61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir
62 haben keine widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die
63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben ~~unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:-~~
64 ~~Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht~~
65 ~~selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu~~
66 ~~beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der~~
67 ~~Gesellschaft ist – eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt.~~ mit einer stärkeren
Oppositionsorientierung für Frieden und sozialen Fortschritt gegen Rechts ermutigt, selbst aktiv
zu werden. Das gilt es jetzt auszubauen!

Begründung

Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass sich eine gesellschaftliche Oppositionsorientierung auch in Wahlerfolgen niederschlägt. Wir wurden nicht wegen unserer Kommunikationsstrategie gewählt, wir wurden wegen unserer inhaltlichen Orientierung gewählt, die wir klarer vertreten haben als in der Vergangenheit. Das im ursprünglichen Antrag geschriebene bezieht sich lediglich auf eine Kommunikationsstrategie von Spitzenfunktionären, der Erfolg resultiert aber gerade aus dem Eingreifen und der verstärkten Aktivität aller Parteimitglieder. Jedes Gespräch und jede Aktion im Geist der Oppositionsorientierung hat viele ermutigt selbst einzutreten und an der Verwirklichung einer gesellschaftlichen Kursänderung Richtung Frieden, sozialem Fortschritt und gegen rechts mitzuwirken.

Antrag L.1.067.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 67

60 Ebenso wichtig war, was wir nicht mehr gemacht haben. Wir sind geschlossen aufgetreten:
61 Basis, Vorstand, Bundestagsgruppe und Landesverbände haben eng zusammengearbeitet. Wir
62 haben keine widersprüchlichen politischen Signale gesendet und uns nicht selbst die

63 Glaubwürdigkeit abgesprochen. Wir haben unsere Tonalität und unser Auftreten verändert:
64 Wir waren nicht überheblich oder herabsetzend, sondern einladend und fordernd; nicht
65 selbstbezogen und gereizt, sondern selbstsicher und humorvoll. All das hat dazu
66 beigetragen, eine Linke wiederherzustellen, die sympathisch, verlässlich und Teil der
67 Gesellschaft ist - eine Partei, die den Menschen wieder Hoffnung gibt. Die Linke wird diese
solidarische Geschlossenheit verstetigen, stets selbstsicher, klar und konsequent die Stärke der
eigenen Grundsätze nach vorne stellen und gemeinsam kämpferisch vertreten.

Begründung

In Anbetracht der Abstimmung im Bundesrat durch die Bundesländer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern nach den Bundestagswahlen, ist ein Bekenntnis zur solidarischen Geschlossenheit und zum Grundsatzprogramm ein wichtiges Zeichen nach innen und nach außen. Das was wir im Bundestagswahlkampf so gut gemacht haben, sollten wir nach der negativen Erfahrung wieder in den Fokus setzen.

Antrag L.1.070.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik und BAG Ökologische Plattform
-------------------	--

Zeile 70 - 71

- 70 1. ~~Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit~~
71 ~~der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt.~~
1. Die Linke muss eine organisierende solidarische Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit der Menschen anspricht und konsequent ihre eignen Prinzipien vertritt: Die soziale und ökologische Dimension in ihrer Politik verbinden, internationalistische Friedenspartei sein, für die Menschen- und Bürgerrechte und daher für Demokratisierung engagiert eintreten.

Zeile 72 - 73

- 72 2. Die Linke muss ihre soziale Verankerung und ~~Durchsetzungskraft vergrößern~~ Politikwirksamkeit
73 stärken und ausbauen und sich dazu ~~auch-~~
strukturell erneuern. Sie braucht Strukturen und eine Arbeitsweise, die neue Mitglieder stimuliert und Gestaltungsräume schafft. Die Mitglieder sollen erfahren können, dass sie für die Politikentwicklung der Partei gebraucht werden, und sich in diese auch aktiv einbringen können.

Zeile 74

- 74 3. Die Linke ringt um ein klares politisches Profil und Glaubwürdigkeit im Alltag. Sie braucht in ihren konkreten Kämpfen einen deutlichen Fokus, um ihre Ziele zu gewinnen.erreichen.

Zeile 75 - 76

- 75 4. Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und ~~in~~ sowohl innerhalb als

76 auch außerhalb der Parlamente, Verwaltungen und Regierungen auf den
~~Parlamenten Verbesserungen für die Menschen~~verschiedenen Ebenen gerechte und
solidarische Problemlösungen durchsetzen.

Zeile 77 - 78

77 5. Die Linke muss als sozialistische Kraft wirken, die Utopie einer ~~besseren~~-Gesellschaft
78 ausdrücken ~~können, die~~
, in der jeder Mensch selbstbestimmt in Würde, in solidarischem Miteinander und intakter
Natur leben kann. Sie will die Sehnsucht danach beflügeln und die Zuversicht stärken, dass
eine ~~bessere~~-Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Zerstörung der natürlichen
79 Lebensbedingungen möglich
ist.

Begründung

Die vorgeschlagene Neufassung der Leitplanken ist eine Qualifizierung des bisherigen Textes, die von den geltenden Parteibeschlüssen und den im Wahlkampf gesammelten Erfahrungen ausgeht. Die Stärkung der ökologischen Dimension, die Betonung des internationalistischen Charakters der Partei, die für Frieden eintritt, und der Rolle der Mitglieder in und für die Partei sind uns besonders wichtig.

Antrag L.1.070.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Zeile 70 - 71

- 70 1. ~~Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden, die die vielfältige Mehrheit~~
71 ~~der Menschen anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt.~~
1. Die Linke muss eine moderne Linkspartei werden, die die vielfältige Mehrheit der Menschen
anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt. Dafür muss sie die bestehenden
Widersprüche zwischen Gleichstellung und Umverteilung, Klasse und Geschlecht, breitem
Allgemeininteresse und spezifischer Benachteiligung sowohl marginalisierter Gruppen als
auch einer enger verstandenen „Arbeiter*innenklasse“ verstehen, solidarisch bearbeiten und
praktisch nach vorn wenden.

Begründung

Durch den Leitantrag ziehen sich unterschiedliche Klassenbegriffe: Insbesondere der sehr weite „wir sind die 99%“-Begriff, der alle zusammenfasst, die nicht über das große Kapital verfügen - und der „Arbeiter*innenklasse-versus-Mittelschicht“-Begriff, der enger ist und auf eine besondere Gruppe innerhalb der Lohnabhängigen zielt, die in den letzten 15 Jahren tendenziell abgehängt wurde. Beide sind berechtigt und wichtig. Daher hier der Versuch das besser aufzulösen, denn die Forderung nach der „Klassenpartei“ lässt offen, welcher Begriff von Klasse damit gemeint ist.

Antrag L.1.073.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 73

- 72 2. Die Linke muss ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößern und sich dazu auch
73 strukturell erneuern und verändern.

Begründung

"Erneuern" kann dahingehend missverstanden werden, dass alles beim Alten bleibt. Wir sollten uns dazu bekennen, dass wir auch bereit sind, uns zu verändern.

Antrag L.1.074.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 74

- 74 3. Die Linke braucht Fokus, um zu gewinnen. Sie muss in kreativen Diskursen in der Partei und mit Partnern Ideen und Konzepte entwickeln, präsentieren und in der Kommunikation priorisieren.

Begründung

Wir sind als Partei nicht nur im Bewegungsmodus oder zum Organisieren und organizing gefragt, sondern – auch im Selbstverständnis als Partei und somit spezifische Organisationsform des Parteiensystems – ebenso zum inhaltlichen und in der Breite der Themen konzeptionellen Arbeiten und aktiv in die Öffentlichkeit oder Parlamente Ideen einbringen. Zudem braucht es zwar Fokussieren, aber im Unterschied zu (Ein-Punkt oder thematisch orientierten) Bewegungen in der Breite der politischen Themen Debatte und Konzepte, die erst je nach aktueller Situation gewichtet und unter professionellen Kampagnengesichtspunkten in der Kommunikation differenziert präsentiert werden.

Antrag L.1.075.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 75 - 76

- 75 4. ~~Die Linke muss ihre Ideen~~ Die Linke muss darum kämpfen, dass fortschrittliche Vorstellungen
76 und Forderungen sich gegen rechte Versionen durchsetzen und wieder gesellschaftlich
mehrheitsfähig ~~machen und~~ werden.
5. Die Linke muss in den Parlamenten und ggf. aus der Exekutive heraus eine solidarische Politik stärken und Verbesserungen für die Menschen durchsetzen.

Begründung

Es geht nicht einfach um unsere eigenen Ideen und Positionen, die manchmal zugespitzter sein müssen, als dass sie mehrheitsfähig sein könnten. Wir sollten auch nicht von der eigenen Unfehlbarkeit ausgehen, bevor wir uns in die gesellschaftliche Debatte begeben haben. Entscheidend ist, dass es wieder eine Hegemonie fortschrittlicher Positionen und Deutungen in zentralen Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gibt. Dazu müssen wir beitragen, auch mit unseren Mitteln der besonderen Zuspitzung. - Dass wir in Parlamenten (und ggf. aus der Exekutive heraus) zu konkreten Verbesserungen für die Menschen beitragen, sollte als eigener Punkt gefasst werden, weil es nochmal was anderes ist als der Kampf um die gesellschaftliche Deutungsmacht.

Antrag L.1.076.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: KV Würzburg Mainfranken

Zeile 76

75 4. Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und in den
76 Parlamenten und auf der Straße (insbesondere durch Streiks) Verbesserungen für die Menschen durchsetzen.

Begründung

Wir müssen immer die außerparlamentarische Arbeit betonen.

Antrag L.1.076.2

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: BV Berlin Tempelhof-Schöneberg, LAG Betrieb und Gewerkschaft Berlin und weitere

Zeile 76

75 4. Die Linke muss ihre Ideen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen und in den
76 Parlamenten Verbesserungen für die Menschen durchsetzen.
5. Die Linke muss strittige Themen mutig angehen und an den innerparteilichen sowie außerparteilichen Diskussionen aktiv mitwirken.

Begründung

Nach Zeile 76 wird ein neuer Punkt 5. eingesetzt (der ursprüngliche Punkt 5. wird zu Punkt 6.).
Nach Zeile 391 wird der neue Punkt 5. um den Text des dortigen [ÄA L.1.392.2](#) ergänzt (der ursprüngliche Punkt 5) wird zu Punkt 6)).

Die Anträge zur Änderung des neuen Auflistungspunkts 5. und der Ausführung von Punkt 5) hängen zusammen!!!

weitere Antragstellende

Stanislav Jurk (Delegierter BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Armin Duttine (Delegierter BV Berlin Treptow-Köpenick), Regina Preysing (Delegierte Sozialistische Linke), Elida Danger (Delegierte KV Kassel-Stadt), Karin Kant (Delegierte BV Berlin Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (Delegierte BAG Senior*innenpolitik), Anke Aubin (KV Ravensburg)

Antrag L.1.077.1

Änderungsantrag zu L.1-01

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 77

- 77 5. Die Linke hat die Verantwortung mit allen anderen demokratischen Parteien, die AfD von
78 konkreter Regierungsmacht fernzuhalten und eine Zusammenarbeit CDU-AfD zu verhindern.
Dazu kann es notwendig sein, auch zu Bündnissen ins bürgerliche Lager hinein bereit zu sein,
ohne die Eigenständigkeit unserer Positionen und unsere Kritik an anderen politischen
Akteuren aufzugeben.
- 78 6. Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können, die
79 Sehnsucht danach beflügeln und die Zuversicht stärken, dass eine bessere Welt möglich
ist.

Begründung

Gehört in die Reihe der "strategischen Leitplanken" der nächsten Zeit. Wenn wir die AfD von konkreter Exekutivmacht fernhalten wollen (die sie auf kommunaler Ebene ja bereits erlangt hat und perspektivisch auf Landesebene erlangen könnte, perspektivisch aber auch im Bund), dann müssen wir dafür mit anderen demokratischen Parteien oder Wähler*inneninitiativen zusammenarbeiten, auch mit solchen, mit denen wir normalerweise nicht zusammenarbeiten. Das ist die Realität, wie wir sie in Thüringen bereits erlebt haben. Das ändert nichts an unserer Kritik an den anderen Kräften, und es ist nicht um jeden Preis möglich, aber es kann nötig werden. Dasselbe fordern wir auch umgekehrt.

Antrag L.1.082.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 82

- 81 Die Bundestagswahl hat die politische Rechte gestärkt - Wahlergebnisse der AfD über 20
82 Prozent sind längst kein allein ostdeutsches Phänomen mehr. Statt einer solidarischen
Gegenagenda
83 haben auch SPD und Grüne zu oft rechte Positionen übernommen.

Begründung

redaktionell, weil auch jetzt über 20% im Osten gegeben sind; genauer und leider schon fast 50% und damit doch das doppelte im Vergleich zum Westen.

Antrag L.1.091.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 91

87 Wir leben in einer sehr ungleichen Gesellschaft. In den letzten Jahren sind die Reichen
88 und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie haben mehr Rechte, mehr
89 Geld und aufgrund ihres Besitzes auch mehr Macht und politischen Einfluss als alle anderen
90 Menschen. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern:
91 um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen und die von
92 der Arbeiter*innenbewegung hart erkämpfte tägliche Höchstarbeitszeit zu verlängern oder um
93 aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und eine Gesundheitsversorgung brauchen,
94 noch höhere Gewinne zu schlagen. Die anderen Parteien akzeptieren diese Entwicklung und
95 unterstützen diese nur unterschiedlich stark. Die Reichen und Mächtigen profitieren von
96 diesem politischen System, das sie selbst über Jahrzehnte zu ihrem Vorteil ausgestaltet
97 haben. Und um die Mehrheit davon abzulenken, dass dieses System zutiefst ungerecht ist,
98 versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Weltweit und auch
99 in Deutschland entwickelt diese Klasse der Ultrareichen zunehmend autoritäre Züge und
zeigt - wie aktuell in den USA - sogar wieder faschistische Tendenzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.093.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Region Hannover

Zeile 93 - 94

87 Wir leben in einer sehr ungleichen Gesellschaft. In den letzten Jahren sind die Reichen
88 und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie haben mehr Rechte, mehr
89 Geld und aufgrund ihres Besitzes auch mehr Macht und politischen Einfluss als alle anderen
90 Menschen. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern:
91 um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um
92 aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und eine Gesundheitsversorgung brauchen,
93 noch höhere Gewinne zu schlagen. Die anderen Parteien akzeptieren diese Entwicklung ~~und~~
94 ~~unterstützen diese nur unterschiedlich stark~~ weitgehend oder setzen ihr zu wenig Widerstand
95 entgegen. Die Reichen und Mächtigen profitieren von
96 diesem politischen System, das sie selbst über Jahrzehnte zu ihrem Vorteil ausgestaltet
97 haben. Und um die Mehrheit davon abzulenken, dass dieses System zutiefst ungerecht ist,
98 versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Weltweit und auch
99 in Deutschland entwickelt diese Klasse der Ultrareichen zunehmend autoritäre Züge und
zeigt - wie aktuell in den USA - sogar wieder faschistische Tendenzen.

Begründung

Wir sollten zwischen den Parteien differenzieren.

Antrag L.1.096.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Wiesbaden

Zeile 96

87 Wir leben in einer sehr ungleichen Gesellschaft. In den letzten Jahren sind die Reichen
88 und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie haben mehr Rechte, mehr
89 Geld und aufgrund ihres Besitzes auch mehr Macht und politischen Einfluss als alle anderen
90 Menschen. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern:
91 um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um
92 aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und eine Gesundheitsversorgung brauchen,
93 noch höhere Gewinne zu schlagen. Die anderen Parteien akzeptieren diese Entwicklung und
94 unterstützen diese nur unterschiedlich stark. Die Reichen und Mächtigen profitieren von
95 diesem politischen System, das sie selbst über Jahrzehnte zu ihrem Vorteil ausgestaltet
96 haben. Und um die Mehrheit nschen davon abzulenken, dass dieses System zutiefst ungerecht
ist,
97 versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen einige von uns zu schüren. Weltweit und auch
98 in Deutschland entwickelt diese Klasse der Ultrareichen zunehmend autoritäre Züge und
99 zeigt - wie aktuell in den USA - sogar wieder faschistische Tendenzen.

Antrag L.1.096.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 96 - 99

87 Wir leben in einer sehr ungleichen Gesellschaft. In den letzten Jahren sind die Reichen
88 und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger geworden. Sie haben mehr Rechte, mehr
89 Geld und aufgrund ihres Besitzes auch mehr Macht und politischen Einfluss als alle anderen
90 Menschen. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu ihrem Vorteil ändern:
91 um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um
92 aus der Tatsache, dass wir alle Wohnungen, Strom und eine Gesundheitsversorgung brauchen,
93 noch höhere Gewinne zu schlagen. Die anderen Parteien akzeptieren diese Entwicklung und
94 unterstützen diese nur unterschiedlich stark. Die Reichen und Mächtigen profitieren von
95 diesem politischen System, das sie selbst über Jahrzehnte zu ihrem Vorteil ausgestaltet
96 ~~haben. Und um die Mehrheit davon abzulenken, dass dieses System zutiefst ungerecht ist,~~
97 ~~versuchen sie, uns zu spalten und~~ haben. Die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der
bürgerlichen Klasse steckt in einer tiefen Krise. Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung ist
diese Klasse nicht in der Lage, Lösungen für die drängenden Menschheitsfragen unserer Zeit
umzusetzen. Stattdessen greifen ihre Vertreter vermehrt zu Spaltung, Hass, Hetze und Gewalt,
um ihre Macht und die Ausbeutung autoritär abzusichern. Der Faschismus ist die extremste Form

dieses Vorgehens: historisch zeigte er sich als terroristische Herrschaft gegen ~~einige von uns zu~~
~~schüren. Weltweit und auch~~
98 ~~in Deutschland entwickelt diese Klasse der Ultrareichen zunehmend autoritäre Züge und~~
99 ~~zeigt – wie aktuell in den USA – sogar wieder faschistische Tendenzen~~die Ausgebeuteten nach
innen und kriegerische Politik nach außen.

Begründung

Die Gefahr einer faschistischen Wende des Herrschaftssystems ist real. Seine Bekämpfung erfordert ein Verständnis der Ursachen dieser Gefahr. Außerdem muss klar sein, was mit faschistisch gemeint ist. Den Begriff politisch zu verbrauchen, indem man ihn auf jegliche autoritäre Herrschaftsausübung anwendet höhlt ihn aus und macht in Perspektivisch unbrauchbar. Es reicht nicht, wie im Antragstext zu beschreiben, dass es autoritäre Tendenzen gibt, wir müssen uns darüber verständigen, woher diese Tendenzen kommen, um ihnen eine politische Strategie entgegensetzen zu können. Es ist falsch Autoritarismus und Faschismus als Mittel der Ablenkung von sozialer Ungerechtigkeit zu benennen und sie nicht mit der Frage der Krise des Systems in Verbindung zu setzen. Aus welchem Grund wird gerade jetzt verstärkt zu autoritären Mitteln gegriffen? Warum wird nicht mit Leistungsideologie, Besserstellung einiger Teile der Arbeitenden und weniger gewaltförmigen Mitteln der Spaltung gearbeitet? Historisch wissen wir, dass der Faschismus weder durch Wahlen noch durch autoritäre Neigungen einzelner Kapitaleigner errichtet wurde. Letzteres führt sogar eher in die Irre und fördert die Haltung, dass lediglich einzelne mächtige Personen das Problem seien. Eine Fixierung auf einzelne Kapitaleigner verdeckt die Rolle des Staatsapparates, insbesondere Militär, Polizei, Geheimdienste. Der Faschismus war die terroristische und kriegerische Antwort auf die politische, ökonomische und kulturelle Krise des Kapitalismus. Es ging dabei um die Rettung eines Systems, was keine Zukunft hat, also eine Abwehr der zumindest objektiv vorhandenen Möglichkeit der Arbeiter:innenklasse, eine Gesellschaft in ihrem Sinne und nach ihrem Interesse zu gestalten.

Antrag L.1.101.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:	Die Linke.SDS
-------------------	---------------

Zeile 101 - 108

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,
101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind diesem ungerechten System ausgeliefert. SieWir
102 erarbeiten den Reichtum mit ihunserer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im
103 Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist sich die Mehrheit der Gesellschaft ihrer
104 ~~gemeinsamen~~ Interessen viel seltener bewusst. ~~Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren-~~
105 ~~Zielen. Zugleich wird~~Die Vereinzelnung und Unterwerfung unter die Konkurrenzgebote müssen wir
als Partei brechen, denn sie sind zentral dafür, unsere Interessen zu verschleiern. Der
Kapitalismus befindet sich seit ~~vielen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Interessen durch-~~
106 ~~die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und das Recht auf soziale Sicherheit und-~~
1989 in seiner bisher tiefsten Krise. Es handelt sich um
107 eine ~~positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht. Dieser~~
108 ~~Zustand wird durch die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetrieben~~Krise
der Ausbeutung und des Privateigentums. Diese Krise sollten wir nutzen, um umfassende
Umverteilung und Abrüstung durchzusetzen.

Begründung

Im bisherigen Antrag wird suggeriert, dass Klassenbewusstsein sich durch Vernetzung und positive Erfolgserlebnisse einstellen würde. Ein Bewusstsein über die eigene Erarbeitung des gesellschaftlichen Reichtums setzt allerdings ein solidarisches Zusammenwirken, eine gemeinsame Kultur voraus, die mit der alltäglichen Vereinzelung bricht. Entgegen der Einschätzung im Leitantrag sitzen die Reichen und Mächtigen nicht so fest im Satteln, sie versuchen gerade eher, sich oben zu halten. Das bisherige Gesellschafts- und Wirtschaftssystem befindet sich in einer tiefen Krise. Darin liegt auch eine Chance des Eingriffs, um die Verhältnisse grundlegend zu verändern.

Antrag L.1.101.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 101

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,
101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind in diesem ungerechten System ausgeliefert die
schaffende und damit einzig veränderungsfähige Kraft. Sie
102 erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im
103 Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist sich die Mehrheit der Gesellschaft ihrer
104 gemeinsamen Interessen viel seltener bewusst. Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren
105 Zielen. Zugleich wird seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Interessen durch
106 die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und das Recht auf soziale Sicherheit und
107 eine positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht. Dieser
108 Zustand wird durch die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetrieben.

Begründung

Der arbeitenden Klasse anzugehören heißt nur aus Perspektive der Herrschenden ausgeliefert zu sein. Von unserem Standpunkt aus betrachtet sind wir gerade nicht ausgeliefert, auch wenn man uns das tagtäglich einreden will. Wir sind all jene, die den Reichtum erst schaffen und das Zusammenleben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ermöglichen, wir sind die Arbeitgeber, die Kapitalseite, die Arbeitnehmer. Von unserem Klassenstandpunkt aus haben wir Antworten auf die drängenden Krisen unserer Zeit, aufgrund der Klassenposition des Kapitals kann und wird es von ihnen keine Antworten geben. Ihr elementares Interesse liegt in der Erweiterung und Erhaltung des privaten Reichtums, dieses Interesse steht in heftigem Widerspruch zu den Erfordernissen unserer Zeit.

Antrag L.1.103.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Wiesbaden

Zeile 103

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,

101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind diesem ungerechten System ausgeliefert. Sie
102 erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im
103 ~~Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist~~sind sich ~~die Mehrheit der Gesellschaft ihrer~~viele
Menschen ihrer
104 gemeinsamen Interessen viel seltener bewusst. Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren
105 Zielen. ~~Zugleich wird seit vielen Jahren die Erfahrung gemacht, dass die Interessen durch~~
106 die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und das Recht auf soziale Sicherheit und
107 eine positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht. Dieser
108 Zustand wird durch die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetrieben.

Antrag L.1.105.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 105 - 108

100 Alle anderen Menschen - Arbeitende, Erwerbslose, Auszubildende, Studierende, Rentnerinnen,
101 Selbstständige und Künstlerinnen - sind diesem ungerechten System ausgeliefert. Sie
102 erarbeiten den Reichtum mit ihrer Arbeitskraft, erhalten jedoch kaum etwas davon. Im
103 Gegensatz zu den Reichen und Mächtigen ist sich die Mehrheit der Gesellschaft ihrer
104 gemeinsamen Interessen viel seltener bewusst. Es fehlt an Vernetzung und erreichbaren
105 Zielen. ~~Zugleich wird seit vielen Jahren~~Aber auch innerhalb der Klasse derer, die nicht von
großen Kapitaleinkünften leben, ist die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten sehr ungleich
verlaufen. Wer eine gut qualifizierte Position in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst
innehat, in einem tariflich gut abgesicherten Großbetrieb arbeitet oder in einem freien Beruf
tätig ist oder einen Beruf mit einem stark nachgefragten, komplexen technischen oder
organisatorischen Profil ausübt, konnte die Veränderungen gut mitgehen oder sogar davon
profitieren. Diejenigen, die beruflich überwiegend körperliche Arbeit leisten, in nicht-
akademischen Care-Berufen oder in einfachen Dienstleistungsberufen tätig sind (die
Arbeiter*innenklasse im engeren Sinn) profitierten dagegen kaum von der wirtschaftlichen
Entwicklung. Sie mussten oft Verschlechterungen von Einkommen und Arbeitsbedingungen
sowie die Entwertung von Berufserfahrung hinnehmen, verloren tarifliche Errungenschaften und
soziale Absicherung. Die Erkenntnis der Pandemiejahre, dass gerade diese Arbeiten
"systemrelevant" sind und ohne sie nichts geht, hat daran wenig geändert. Gerade in diesem Teil
der arbeitenden Bevölkerung hat sich die Erfahrung~~gemacht, dass die Interessen durch~~
verfestigt, dass ihre Interessen durch
106 die herrschende Politik nicht wahrgenommen werden und ihnen das Recht auf soziale Sicherheit
und
107 eine positive Zukunftsaussicht genommen wird. Daraus entstehen Wut und Ohnmacht.~~Dieser~~
108 ~~Zustand wird durch die Reichen und Mächtigen aufrechterhalten und weiter vorangetrieben, die~~
sich nicht automatisch gegen die Reichen und Mächtigen richten.

Begründung

Auch an dieser Stelle ist es wichtig, die unterschiedlichen Klassenbegriffe auseinanderzuhalten und deutlich zu machen, dass es sowohl eine gemeinsame Situation aller nicht-Kapitalbesitzenden gibt

wie auch eine sehr unterschiedliche Betroffenheit von den Veränderungen der letzten Zeit, die mit konkreter Politik beantwortet werden muss. Das ist für eine "moderne Klassenpartei" notwendig.

Antrag L.1.109.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 109 - 113

- 109 Veränderungen der weltpolitischen Lage, die sich seit längerem vorbereitet haben, aber immer wieder verzögert wurden, vollziehen sich jetzt hart und schnell. Die USA unter Trump ziehen sich aus Europa zurück und konzentrieren sich auf die Auseinandersetzung mit China, die sie zunächst in Form eines Zoll- und Handelskrieges führen. Sie brechen aus der vertrags- und regelbasierten Weltordnung aus, zu der sie auch bisher ein oft halbherziges Verhältnis hatten. Nach dem Austritt aus der WHO und dem Pariser Klimaabkommen, dem Rückzug aus dem UN-Flüchtlingshilfswerk, der UNESCO und dem UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge, ignorieren die USA jetzt auch die Regeln der Welthandelsorganisation. Von der Ankündigung Trumps, den Krieg in der Ukraine binnen 24 Stunden zu beenden, ist wenig übriggeblieben. Die israelische Regierung kann sich von Trump ermutigt sehen, den Krieg in Gaza fortzuführen und auszuweiten. Konflikt, Krieg und globale Wirtschaftskrise begleiten den Kurs der US-Regierung. Auch die chinesische Führung weitet ihre autoritäre Kontrollpolitik nach innen und ihre Politik der militärischen Machtdemonstration nach außen aus. Ihre Haltung zu einer regelbasierten internationalen Ordnung ist gespalten: Menschenrechtliche Standards nein, handelspolitische Verlässlichkeit ja.
- 110 Die erneute Präsidentschaft Trumps ist kein normaler Regierungswechsel. Es geht um den Aufbau eines autoritären Staates: Die Angriffe auf Kultur, Wissenschaft, Opposition, Bürgerrechte sind gezielt und dramatisch. Die übliche bürgerliche Arbeitsteilung zwischen politischer Führung und wirtschaftlicher Macht wird aufgegeben. In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
- 111 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
- 112 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
- 113 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
- 114 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.
- Durch die Neuvermessung der Einflussphären ist offen, wie die Zukunft Europas aussieht. Die russische Führung zeigt wenig Interesse, den Ukrainekrieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Sie verfolgt weiterhin das Ziel, ihren Einflussbereich auszudehnen, die EU zu destabilisieren und zur dominierenden Vormacht in Europa zu werden. Dem steht eine wirtschaftlich und demografisch überlegene, aber politisch und militärisch zersplitterte EU gegenüber, die auf Sanktionen und Aufrüstung setzt. Es ist möglich, dass sich daraus ein langanhaltender, hybrider, asymmetrisch geführter Konflikt entwickelt, der weiterhin Menschenleben kostet, Ressourcen verschlingt und die Bewältigung der globalen Menschheitsfragen verunmöglicht.
- Die europäische Linke muss auf diese Herausforderungen eine Antwort finden, die einerseits die Bedrohungen von Frieden und Demokratie ernst nimmt und andererseits vermeidet, ihrerseits in die Logik von Konfrontation und bloßer Machtpolitik zu fallen. Völkerrecht, Kooperation zu den globalen Fragen, Aufwertung globaler Institutionen und der Rechte der kleineren Staaten sind

dabei zentrale Bezugspunkte.

Begründung

Die Einschätzung der weltpolitischen Lage kommt im Leitantrag bislang zu kurz. Hier handelt es sich auch um eine Aktualisierung: Die Maßnahmen der Trump-Administration oder der Zoll-Krieg usw. haben sich erst nach dem Beschluss des Entwurfs ereignet und sollten berücksichtigt und eingeschätzt werden.

Antrag L.1.109.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 109 - 110

109 In den USA sehen wir die ~~Rückkehr eines Monopolkapitalismus~~ Folgen des Kapitalismus, in dem
politische und
110 ökonomische Macht ~~unmittelbar verschmelzen~~ verschmilzt und die Demokratie sowie
Zivilgesellschaft zerstört. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Antrag L.1.109.3

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BAG Frieden und internationale Politik

Zeile 109

109 In den USA sehen wir die ~~Rückkehr eines~~ Zuspitzung des Monopolkapitalismus, in dem politische
und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Antrag L.1.110.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 110 - 111

109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump ~~beendet das amerikanische Zeitalter, den-~~
steigert den amerikanischen Imperialismus, den

- 111 Neoliberalismus und die ~~westliche Bündnisarchitektur~~ internationale Konkurrenz. Viele
Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Antrag L.1.110.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 110 - 111

- 109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. ~~Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den~~
111 ~~Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur~~. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Begründung

Das „amerikanische Zeitalter“ ist nichts Positives für uns als Linke. Das Gleiche gilt für den Neoliberalismus und die „westliche Bündnisarchitektur“. Eine Abschaffung jener Punkte wäre etwas positives. Einerseits ist es falsch, dass Trump das beendet. Andererseits sollten wir solche positiven Vorgänge nicht Trump zuschreiben. Weiterhin ist dieser Satz ein Ausdruck des Bedauerns durch Die Linke. Als Linke sollten wir außerdem weder „das amerikanische Zeitalter“, noch die „westliche Bündnisarchitektur“ als etwas für uns Positives bezeichnen, so wie es im medialen Diskurs und durch die Regierungsparteien getan wird.

Antrag L.1.111.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: AKL

Zeile 111

- 109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Wir erleben die Eröffnung einer neuen Phase im Konkurrenzkampf der großen imperialistischen Akteure um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt und die Neuaufteilung von Einflusszonen. Die „westliche Wertegemeinschaft“ zerbröckelt und die schlichte Konkurrenz der EU zu den USA kommt zum Vorschein. Die Feindschaft gegenüber den Rivalen in China und Russland bleibt erhalten, höchstens konjunkturell wechselnde politische Allianzen werden diskutiert. Der Aufschwung des Nationalismus und der rechten politischen Kräfte überall auf der Welt ist das gemeinsame Instrument, sich auf schärferen Konkurrenzkampf und wechselnde Allianzen im Rahmen des Kapitalismus vorzubereiten.
112 Viele Großkonzerne und bürgerliche
113 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik

113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Antrag L.1.111.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Flensburg, Jan Schlemmermeyer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)

Zeile 111

109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. In Russland hat Putin ein ultraautoritäres Regime errichtet. Es führt immer noch einen brutalen & völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dabei wird Russland von Regimen wie Nordkorea & dem Iran mit massiven Waffenlieferungen unterstützt. Trotz vieler Interessenkonflikte treffen sich Trump & Putin in ihrem Ziel eines autoritären Multipolarismus, einer von menschen-, klima- und völkerrechtlichen Normen völlig entfesselten Ordnung, in der nur noch das vermeintliche Recht des Stärkeren und die Einflussphären von fossilen Großmächten zählen sollen. Unterstützt werden sie dabei von Oligarchen, die im Schatten eines reaktionären Kulturkampfes gute Geschäfte machen. In der EU unterstützen Trump wie Putin systematisch die extreme Rechte und versuchen die Demokratie mit Fakenews und Hetze zu untergraben. Leider nicht ohne Erfolg. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten.

Begründung

Zur kurzen Betrachtungen weltpolitischer Verschiebungen gehört auch der Blick auf Putins Russland und auf Gemeinsamkeiten mit Trumps politischen Horizonten, die sich massiv gegen eine regelbasierte weltweite Ordnung und die Überwindung des fossilen Zeitalters richten bei gleichzeitiger Stärkung rechtsextremer Machtzentren und Ideologien.

Antrag L.1.113.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Flensburg, Jan Schlemmermeyer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)

Zeile 113

109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten. Dagegen braucht es auf allen Ebenen konsequenten Antifaschismus & klare Kante. Wir kämpfen daher für eine soziale, klimagerechte und demokratisch souveräne EU, die die extreme Rechte

im Innern zurück drängt, die überall für Menschen- und Völkerrechte einsteht, einen kooperativen, ökologischen und sozialen Standards verpflichteten internationalen Handel fördert, und somit nicht zum Spielball autoritärer Mächte wird.

Antrag L.1.113.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 113

109 In den USA sehen wir die Rückkehr eines Monopolkapitalismus, in dem politische und
110 ökonomische Macht unmittelbar verschmelzen. Trump beendet das amerikanische Zeitalter, den
111 Neoliberalismus und die westliche Bündnisarchitektur. Viele Großkonzerne und bürgerliche
112 Parteien machen deutlich, dass sie bereit sind, sich einer rechtsradikalisierten Politik
113 und gesellschaftlichen Ordnung anzupassen und mit ihr zum eigenen Vorteil zu arbeiten. Die größte Bedrohung für den Frieden und das internationale Zusammenleben geht vom US-Imperium aus, der seine im Niedergang befindliche globale Hegemonie gegen die progressiven Ansprüche aus dem ‚aufmüpfigen‘ globalen Süden und speziell gegen China verteidigen will. CIA und US-Militär, Aufrüstung der NATO-Staaten auf 5% des BIP und aggressive Außenhandelspolitik verursachen und verstärken internationale Spannungen und heizen die Hochrüstung an.

Antrag L.1.114.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BAG Frieden und internationale Politik

Zeile 114 - 117

114 In Deutschland verkörpert Merz den ~~Wandel vom~~ neoliberalen ~~Transatlantiker zum autoritären~~
autoritären
115 Rechtspopulisten, der die Kapitalbegünstigung als oberste Priorität setzt. Es ist zu erwarten,
116 dass eine Bundesregierung unter Führung von Merz
117 sich wenig um die Lösung realer Probleme bemühen wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer
118 autoritären Ökonomie gehen wird: Aufrüstung ~~um der Aufrüstung willen~~ zur militärischen
Absicherung und Vertiefung der globalen Ungleichheit sowie zur Stärkung des militärisch-
industriellen Komplexes, Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.

Antrag L.1.114.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 114

114 In Deutschland verkörpert Merz ~~den Wandel vom~~ nicht nur den neoliberalen Transatlantiker ~~zum~~

~~autoritären~~, sondern auch den autoritären

115 Rechtspopulisten. Es ist zu erwarten, dass eine Bundesregierung unter Führung von Merz
116 sich wenig um die Lösung realer Probleme bemühen wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer
117 autoritären Ökonomie gehen wird: Aufrüstung um der Aufrüstung willen, Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.

Begründung

Durch diese Formulierung nehmen wir Merz seinen Neoliberalismus und das Transatlantikertum ab. Merz bleibt als Blackrock Lobbyist natürlich auch weiterhin neoliberal und transatlantisch. Ein paar Sätze später wird in Z. 117 zu Merz bzw. seiner Politik ausgeführt „... Steuergeschenke an Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung, Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.“ Das sind klassische Mittel des Neoliberalismus.

Antrag L.1.115.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 115 - 119

114 In Deutschland verkörpert Merz den Wandel vom neoliberalen Transatlantiker zum autoritären
115 Rechtspopulisten. ~~Es ist zu erwarten, dass eine Bundesregierung~~Der Wahlkampf der CDU unter
Führung von Merz
116 war davon geprägt, sich wenig um die Lösung realer Probleme zu bemühen ~~wird~~, sondern
ebenfalls Schritte zu einer
117 autoritären Ökonomie ~~gehen wird~~: zu fordern: Aufrüstung um der Aufrüstung willen,
Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung. Die
Einschüchterungsversuche gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und die
Bereitschaft, parlamentarische Mehrheiten mit der AfD zu suchen, passen dazu.

Für eine Regierungsmehrheit unter Einschluss der AfD gibt es jedoch bislang in Deutschland keine Akzeptanz. Das ist die Basis für die schwarz-rote Koalition, die zudem für Verfassungsänderungen und für aktive Mehrheiten im Bundesrat auf Grüne und Linke angewiesen ist. Die Union hat zentrale Wahlversprechen abgeräumt (Festhalten an der Schuldenbremse, Steuersenkungen für hohe Einkommen), aber bei Migration und Bürgergeld einen Kurs der maximalen Härte durchgesetzt, der offen menschenrechtsverletzende Maßnahmen einschließt. Die SPD konnte eine Reihe von Unionsangriffen auf sozialpolitische Standards blockieren (Rentenniveau, Mindestlohn, doppelte Staatsbürgerschaft). Schwarz-Rot wird die Transformationspolitik der Ampel nicht komplett zurückdrehen, aber genau wie die Ampel keinen sozialen Ausgleich und keine Umverteilung nach unten betreiben (Klimageld oder Kindergrundsicherung sind endgültig beerdigt).

Begründung

Aktualisierung des Leitantrags um eine erste Einschätzung der rot-schwarzen Koalition und des Koalitionsvertrags, der ja zum Zeitpunkt des Entwurfs noch nicht vorlag.

Antrag L.1.117.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 117

114 In Deutschland verkörpert Merz den Wandel vom neoliberalen Transatlantiker zum autoritären
115 Rechtspopulisten. Es ist zu erwarten, dass eine Bundesregierung unter Führung von Merz
116 sich wenig um die Lösung realer Probleme bemühen wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer
117 autoritären Ökonomie gehen wird: Aufrüstung ~~um der Aufrüstung willen~~, Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.

Antrag L.1.117.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 117

114 In Deutschland verkörpert Merz den Wandel vom neoliberalen Transatlantiker zum autoritären
115 Rechtspopulisten. Es ist zu erwarten, dass eine Bundesregierung unter Führung von Merz
116 sich wenig um die Lösung realer Probleme bemühen wird, sondern ebenfalls Schritte zu einer
117 autoritären Ökonomie gehen wird: Aufrüstung ~~um der Aufrüstung willen~~ für Kriege,
Steuergeschenke an
118 Konzerne und Reiche, Verzicht auf politische Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung,
119 Schaffung eines Schattenarbeitsmarkts durch Illegalisierung von Zuwanderung.

Begründung

Erklärermaßen rüstet die Bundesregierung zu einem Krieg. Nichts anderes bedeuten die Aussagen zur Kriegstüchtigkeit von der Regierungsbank und dem Militär. Die Kriege, deren Vorbereitung stattfindet, werden dabei im Voraus als Verteidigungskriege deklariert. Historisch wissen wir mehr Rüstung führt nicht nur zu mehr Kriegsgefahr, sondern auch zu mehr Kriegen, das sollten wir klar benennen.

Antrag L.1.120.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik und BAG Ökologische Plattform

Zeile 120 - 123

120 ~~Die Verteidigung des Sozialstaats, eines handlungsfähigen, in die Wirtschaft eingreifenden~~

- 121 ~~Staates und die Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Verteidigung der Demokratie werden zu~~
122 ~~politischen~~ Politische Kernaufgaben ~~für die politische und gesellschaftliche Linke~~ der Partei und
der gesellschaftlichen Linken sind die Verteidigung und Ausbau der Demokratie, die
Weiterentwicklung des Sozialstaates, der sozialökologische Umbau der Gesellschaft und eine
Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und Solidarität in der Gesellschaft fördert. Es geht
um nichts
- 123 Geringeres als die Frage, wie wir in Frieden leben wollen.

Begründung

Die vorgeschlagene Fassung entspricht klar den Aussagen in den programmatischen Beschlüssen der Partei und im Wahlprogramm. Sie geht davon aus, dass Demokratisierung der Ausgangspunkt und die Voraussetzung für unsere politische Wirksamkeit und Erfolge sind. Andererseits verteidigen und stärken wir mit unseren politischen Erfolgen Demokratie. Die Nennung des sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft und eine ihm entsprechenden Wirtschaftspolitik sind uns als Kernaufgaben wichtig.

Antrag L.1.120.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: AKL

Zeile 120 - 123

- 120 ~~Die Verteidigung des Sozialstaats, eines handlungsfähigen, in die Wirtschaft eingreifenden~~
121 ~~Staates und die Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Verteidigung der Demokratie werden zu~~
122 ~~politischen Kernaufgaben für die politische und gesellschaftliche Linke. Es geht um nichts~~
123 ~~Geringeres als die Frage, wie wir leben wollen.~~

Antrag L.1.120.3

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 120

- 120 Die Verteidigung des Sozialstaats, die ökologische Transformation eines handlungsfähigen, in
die Wirtschaft eingreifenden
121 Staates und die Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Verteidigung der Demokratie werden zu
122 politischen Kernaufgaben für die politische und gesellschaftliche Linke. Es geht um nichts
123 Geringeres als die Frage, wie wir leben wollen.

Begründung

Das dürften die vielen gewonnenen ehemals grün Wählenden als Schwerpunkt erwarten.

Antrag L.1.120.4

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 120 - 122

- 120 ~~Die Verteidigung~~ Der Ausbau des Sozialstaats, eines ~~handlungsfähigen,~~ sozial, zivil und von oben nach unten umverteilend in die Wirtschaft eingreifenden
- 121 Staates und die Weiterentwicklung ~~bei gleichzeitiger Verteidigung~~ der Demokratie in allen Bereichen, auch der Wirtschaft, werden zu
- 122 politischen Kernaufgaben für die politische und gesellschaftliche Linke. Das heißt, die Schuldenbremse streichen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchsetzen, Resozialisierung aller Bereiche der Daseinsfürsorge sowie die Konversion aller Rüstungsproduktion. Es geht um nichts
- 123 Geringeres als die Frage, wie wir leben wollen.

Begründung

Der status quo ist hoch veränderungswürdig. Die radikalen Reformen konkret.

Antrag L.1.120.5

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 120 - 122

- 120 ~~Die Verteidigung des Sozialstaats,~~ Die Aufklärung und der Widerstand gegen die gewollte ideologische Radikalisierung Bundesregierung und eines ~~handlungsfähigen, in die Wirtschaft eingreifenden~~
- 121 ~~Staates und die Weiterentwicklung bei gleichzeitiger Verteidigung der Demokratie~~ Großteils der parlamentarischen und gesellschaftlichen Opposition - hin zu einer Politik, die Krieg und Aufrüstung als legitime Mittel ansieht - werden zu
- 122 ~~politischen~~ Kernaufgaben ~~für die politische und gesellschaftliche~~ der politischen Linken. Gleichzeitig ist es unerlässlich, unsere Gesellschaft radikal weiterzuentwickeln und zu demokratisieren sowie die vorherrschenden diskriminierenden, kapitalistischen und sozialdarwinistischen Tendenzen im herrschenden System zu bekämpfen. Dabei muss Die Linke unmissverständlich für ein sozialistisches Wirtschaftssystem eintreten, das die Bedürfnisse und Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Es geht dabei um nichts
- 123 Geringeres als die Frage, wie wir leben wollen.

Begründung

Ein Sozialstaat (wie z. B. Deutschland) ist ein kapitalistischer Staat, der durch Steuern und Umverteilung soziale Sicherheit gewähren soll: Renten, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld usw. Es ist nicht unsere Aufgabe das gegenwärtige kapitalistische System zu verteidigen. Ein Sozialstaat reformiert den Kapitalismus – ein sozialistischer Staat (z.B. nach Karl Marx oder Rosa Luxemburg) überwindet ihn. Der "Sozialstaat" ist ein Mittel der Kapitalist*innen den Kapitalismus zu stabilisieren. Der "Sozialstaat" verändert nicht die Eigentumsverhältnisse, im Gegenteil er kann den Widerstand gegen das herrschende System schwächen. Damit schwächen wir uns und die Bewegung mit dem Ziel

der "Verteidigung des Sozialstaats" im Endeffekt selbst. Ein moderner Sozialstaat vermittelt die Idee, man könne im Kapitalismus Gerechtigkeit schaffen. Wir wissen, dass das eine reine Illusion ist. Unsere Aufgabe ist es die Menschen von unserem Kampf zu überzeugen und ihnen kein falsches Bewusstsein und keine falsche Hoffnung über den Charakter des kapitalistischen (Sozial)Staats zu geben. Wir müssen uns unserer Aufgabe der Überwindung des Kapitalismus bewusst machen. Es geht um Vergesellschaftung, nicht um sozialstaatliche, fadenscheinige Reformen.

Antrag L.1.125.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Region Hannover

Zeile 125 - 127

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für

125 ~~"die Demokratie"~~ die Demokratie Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings

126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus allein den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. ~~Wer das~~

127 ~~soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert,~~ dennoch waren die Demonstrationen ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Gleichzeitig bereitet den fehlende soziale Sicherheit den

128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Begründung

Die Demonstrationen waren ein wichtiges Signal gegen rechts und für unsere Demokratie. Nach Infos der taz haben 1.931.000 Menschen bundesweit gegen rechts demonstriert (<https://taz.de/Schwerpunkt-Demos-gegen-rechts/!t5338539/>) und damit eine gesellschaftliche Stimmung und Öffentlichkeit erzeugt, von der wir als Partei bei den Wahlen profitiert haben.

Antrag L.1.125.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 125 - 134

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für

125 "die Demokratie" Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. ~~Allerdings~~

126 ~~wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das~~

127 ~~soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den~~

128 ~~Nährboden für die~~ Das ist ein ermutigendes Zeichen und ein starker Faktor, um die
Normalisierung der AfD- und die Bildung rechter Mehrheiten mit ihr zu verhindern. Der
antifaschistische Protest allein kann jedoch den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Das
Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Ebenso wichtig ist, die rechte Deutungshoheit zu brechen, die in zentralen Politikfeldern besteht: Migration/Einwanderungsgesellschaft, Sicherheitspolitik, Außenpolitik/Verteidigung. Das können wir als linke Partei nicht allein erreichen. Bei Finanzpolitik/Schuldenbremse, Klimapolitik und Umverteilung sind die Hegemonieverhältnisse umkämpft und offener. Das zeigt, wie es geht: Wir brauchen gesellschaftliche Bündnisse, Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aber auch eine kritische und fordernde Debatte gegenüber SPD und Grünen, eine Mischung aus einer anderen Vision und konkreten Lösungsangeboten. Was genau die neue Regierungskoalition wirklich umsetzen wird, wird stark davon abhängen, wofür es gesellschaftliche Akzeptanz gibt.

Begründung

Die Massendemonstrationen gegen rechts, an denen wir als Linke selbst teilgenommen haben, sollten wir nicht pauschal als "bürgerlichen Antifaschismus" diskreditieren, das würde ihnen nicht gerecht. Daher hier erstmal positive Würdigung als aktives Zeichen gegen die Normalisierung der AfD, das auch Wirkung hat, insbesondere um eine Zusammenarbeit mit ihr zu verhindern. Der Satz "Wer das soziale Sicherheitsbedürfnis nicht adressiert" passt auch nicht zu den Demonstrationen, das ist ein Vorwurf der sich gegen Regierungen richten muss. Im darauffolgenden Satz ist das daher richtig. Außerdem Ergänzung: Neben antifaschistischem Protest und antifaschistischer Wirtschaftspolitik ist nötig, die Hegemonie rechter Deutungen bei zentralen gesellschaftlichen Themen zu brechen.

Antrag L.1.125.3

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:

KV Wiesbaden

Zeile 125

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 ~~„die Demokratie“~~ Demokratie Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen.
Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.

133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Antrag L.1.125.4

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:

KV Wiesbaden

Zeile 125 - 131

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 “die Demokratie” Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. ~~Allerdings-~~
126 ~~wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das-~~
127 ~~soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den-~~
128 ~~Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch-~~
129 ~~ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene-~~
130 ~~Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte-~~
131 ~~massiv Auftrieb verliehen.~~ Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Begründung

Wenn „für Demokratie“ in Anführungsstriche gesetzt wird mit Bezug auf die großen Demonstrationen gegen rechts zu Beginn des Jahres, kommt darin eine gewisse Demokratieverachtung zum Ausdruck. Umso mehr, wenn im Weiteren die Rede davon ist, dass „dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern“ werde. (Zeilen 125, 126) Es ist unklar, was mit diesem, obendrein negativ dargestellten „bürgerliche(n) Antifaschismus“ – überhaupt gemeint ist. Wenn es weiter heißt: „Wer das soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert“, bereite den Nährboden für die AfD (Zeilen 126, 127, 128) könnte man herauslesen, der so genannte „bürgerliche Antifaschismus“ bereite den Nährboden für die AfD. Es handelt sich um eine politisch höchst problematische Abwertung der Demokratiebewegung. Gerade jetzt, angesichts der Bedrohung von rechts, kommt es darauf an, in Bündnissen die parlamentarische Demokratie, demokratische und soziale Errungenschaften zu verteidigen!

Antrag L.1.129.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in:

BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik und BAG Ökologische Plattform

Zeile 129 - 131

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 “die Demokratie” Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den

128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die ~~durch vergangene-~~
Wirtschafts- und Finanzpolitik der vorangegangenen
130 Regierungen ~~verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung~~ haben ~~rechten Kräfte~~
die sozialen Spaltungen befördert und antidemokratischen Kräften massiv Auftrieb verliehen.
Wir brauchen ~~daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und~~ eine Neuausrichtung der Wirtschafts-
und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Begründung

Der Vorschlag schließt die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit Krisen als Ursachen gesellschaftlicher Probleme ein. Regierungspolitik kann diese nicht außer Kraft setzen, aber anders als die bisherigen Regierungen auf Wirtschaftskrisen reagieren und auf Produktionsverhältnisse einwirken. "Rechts" ist u.E. zu unspezifisch, wenn es um faschistoide bzw. faschistische Kräfte geht.

Antrag L.1.131.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 131

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 "die Demokratie" Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine ~~Umkehr~~ zivile Zeitenwende in der
Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im Ergebnis eine antifaschistische
134 Wirtschaftspolitik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.133.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 133 - 134

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 “die Demokratie” Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.
133 Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, ~~es ist im Ergebnis eine antifaschistische-~~
antikapitalistische
134 Wirtschaftspolitik ist im Ergebnis antifaschistisch.

Antrag L.1.133.2

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: BAG Grundeinkommen

Zeile 133

124 Anfang des Jahres gingen deutschlandweit Menschen auf die Straße um gegen Rechts und für
125 “die Demokratie” Gesicht zu zeigen und dem Rechtsruck nicht tatenlos zuzusehen. Allerdings
126 wird dieser bürgerliche Antifaschismus den Aufstieg der Rechten nicht verhindern. Wer das
127 soziale Sicherheitsbedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung nicht adressiert, bereitet den
128 Nährboden für die AfD. Das Erstarken faschistischer Kräfte ist zwar nicht allein durch
129 ökonomische Fehlentwicklungen zu erklären, dennoch dürfte klar sein: Die durch vergangene
130 Regierungen verursachte ökonomische Misere und soziale Spaltung haben rechten Kräfte
131 massiv Auftrieb verliehen. Wir brauchen daher eine Umkehr in der Wirtschafts- und
132 Sozialpolitik, mit spürbaren Verbesserungen für die vielen Menschen im alltäglichen Leben.

133 Wer den Sozialstaat verteidigen will, muss eine neue soziale Idee entwickeln. Soziale Gleichheit
anstelle von sozialer Ungleichheit, soziale und finanzielle Sicherheit für alle Menschen
unabhängig von ihrer Stellung im Erwerbsleben, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft und die
gleichzeitige Möglichkeit sich durch lebenslangen kostenlosen Zugang zu Bildung und Kultur als
Person zu entwickeln, nehmen den Menschen Ängste, schaffen neue Lebensqualität und machen
resistent gegen rechte Hetze. Das wirkt dem Aufkommen rechter Kräfte entgegen, es ist im
Ergebnis eine antifaschistische

134 Wirtschaftspolitik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.139.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: AKL

Zeile 139

135 Wer Demokratie wirklich verteidigen will, muss sie ausbauen- Wir brauchen mehr
136 demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn:
137 Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Unser
138 Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des
139 Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem die Produktionsmittel in Gemeineigentum sind,
in dem Entscheidungen demokratisch getroffen
140 werden.

Antrag L.1.140.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 140

135 Wer Demokratie wirklich verteidigen will, muss sie ausbauen- Wir brauchen mehr
136 demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn:
137 Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Unser
138 Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des
139 Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem Entscheidungen demokratisch getroffen
140 ~~werden~~ werden. Seit den 1980ern wächst das Kapitaleinkommen immer schneller als der
gesellschaftliche Reichtum, weil immer weniger Umverteilung stattfindet. Dieser Trend muss
gebrochen werden. Über Steuerpolitik hinaus müssen wir aber auch die Einschränkung von
Kapitalmacht durch politische Regulierung und Veränderung von Eigentumsverhältnissen auf die
Tagesordnung setzen. Dabei stehen die neuen monopolistischen Strukturen der High-Tech-
Konzerne und ihr Einfluss auf Meinungsbildung und Öffentlichkeit in besonderer Weise im Fokus.

Begründung

Ergänzung und Einordnung. Besteuerung von Vermögen, hohen Einkommen und Unternehmensgewinnen ist wichtig, weil sie langfristig die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Arbeit und Kapital beeinflusst. (Dass das in den 1980ern gekippt ist, ist der Befund von Piketty.) Steuerpolitik bzw. ihre klassischen Instrumente allein werden aber nicht reichen. Gerade im Zusammenhang mit den in neuer Weise dominanten digitalen Monopolunternehmen muss es einerseits um innovative Elemente (Digitalsteuer, Blockierung ungehemmter Werbeeinnahmen etc.), andererseits um Regulierung und möglicherweise auch um Zerschlagung oder Vergesellschaftung gehen.

Antrag L.1.141.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Wiesbaden

Zeile 141 - 144

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die ~~breite Mehrheit von~~

142 ~~Menschen zusammenschließt~~Menschen zusammenschließen und politisch ~~organisiert. Sie~~
143 ~~müssen ihre Stärke nutzen – durch~~
144 ~~Masse (wir sind die Mehrheit) und ihre Macht (wir können Widerstand organisieren oder~~
~~sogar streiken).~~ Sie müssen ihre Stärke nutzen. In der Vergangenheit war die Linke immer dann
145 stark, wenn sie diejenigen
146 ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen
147 und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Wir wollen diese Menschen, die
148 tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb gegeneinander ausgespielt werden, wieder
149 miteinander verbinden. Denn kollektive Macht entsteht, wenn wir gemeinsam für
150 Verbesserungen kämpfen. Und daraus wächst auch der Mut, den wir brauchen, um die Welt zu
151 verändern. Dafür braucht es eine politische Akteurin, die diese Organisation unterstützt.
Diese Akteurin wollen wir als die Partei Die Linke sein.

Antrag L.1.142.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 142

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die breite Mehrheit von
142 Menschen zusammenschließt ~~und~~, politisch organisiert und solidarisiert. Sie müssen ihre Stärke
nutzen - durch
143 Masse (wir sind die Mehrheit) und ihre Macht (wir können Widerstand organisieren oder
144 sogar streiken). In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen
145 ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen
146 und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Wir wollen diese Menschen, die
147 tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb gegeneinander ausgespielt werden, wieder
148 miteinander verbinden. Denn kollektive Macht entsteht, wenn wir gemeinsam für
149 Verbesserungen kämpfen. Und daraus wächst auch der Mut, den wir brauchen, um die Welt zu
150 verändern. Dafür braucht es eine politische Akteurin, die diese Organisation unterstützt.
151 Diese Akteurin wollen wir als die Partei Die Linke sein.

Begründung

Präzisierung. Zusammenschließen und sich organisieren machen andere auch, auch Rechte. Uns geht es darum, dass dies mit Solidarisierung verbunden ist, mit nicht-gegeneinander-ausspielen-lassen und mit einer Organisation, die sich gegen "die da oben" richtet und nicht gegen Schwächere.

Antrag L.1.145.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 145

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die breite Mehrheit von
142 Menschen zusammenschließt und politisch organisiert. Sie müssen ihre Stärke nutzen - durch

143 Masse (wir sind die Mehrheit) und ihre Macht (wir können Widerstand organisieren oder
144 sogar streiken). In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen
145 ganz unten in der Gesellschaft mit denen in der Mittelschicht oder anderen Milieus verbunden
hat, die sich auch um ihre Zukunft sorgen
146 und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Wir wollen diese Menschen, die
147 tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb gegeneinander ausgespielt werden, wieder
148 miteinander verbinden. Denn kollektive Macht entsteht, wenn wir gemeinsam für
149 Verbesserungen kämpfen. Und daraus wächst auch der Mut, den wir brauchen, um die Welt zu
150 verändern. Dafür braucht es eine politische Akteurin, die diese Organisation unterstützt.
151 Diese Akteurin wollen wir als die Partei Die Linke sein.

Begründung

Eigentlich redaktionell, da die Verbindung verschiedener Schichten gemeint sein dürfte und alle sich Sorgen machen, was ja der verbindende Punkt ist.

Antrag L.1.151.1

Änderungsantrag zu L.1-02

Antragsteller*in: KV Region Hannover

Zeile 151

141 Wir als Linke glauben: Veränderung ist nur möglich, wenn sich die breite Mehrheit von
142 Menschen zusammenschließt und politisch organisiert. Sie müssen ihre Stärke nutzen - durch
143 Masse (wir sind die Mehrheit) und ihre Macht (wir können Widerstand organisieren oder
144 sogar streiken). In der Vergangenheit war die Linke immer dann stark, wenn sie diejenigen
145 ganz unten in der Gesellschaft mit denen verbunden hat, die sich um ihre Zukunft sorgen
146 und sich nach einer besseren und solidarischen Welt sehnen. Wir wollen diese Menschen, die
147 tagtäglich im kapitalistischen Wettbewerb gegeneinander ausgespielt werden, wieder
148 miteinander verbinden. Denn kollektive Macht entsteht, wenn wir gemeinsam für
149 Verbesserungen kämpfen. Und daraus wächst auch der Mut, den wir brauchen, um die Welt zu
150 verändern. Dafür braucht es eine politische Akteurin, die diese Organisation unterstützt.
151 Diese Akteurin wollen wir als die Partei Die Linke sein. Veränderung ist möglich, wenn wir in
Parlamenten Druck für mehr soziale Gerechtigkeit machen, Initiativen starten und öffentliche
Aufmerksamkeit schaffen. Veränderung geschieht dort, wo wir mitregieren und tatsächlich das
Leben der Menschen verbessern.

Begründung

Veränderung geschieht auch im Parlament und durch konkrete Reformen in Regierungen, das sollten wir klar benennen.

Antrag L.1.154.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 154

- 153 Unsere Richtung ist klar: Wir wollen eine Linke, die vor Ort verankert ist, hilft, kämpft
- 154 und organisiert, die im Dialog steht, Impulse setzt und in Bündnissen agiert - eine Linke, die einen echten Unterschied im Leben der Menschen macht.

Begründung

Wir sind als Partei nicht nur im Bewegungsmodus oder zum Organisieren, organizing, Helfen oder Beraten gefragt, sondern – auch im Selbstverständnis als Partei und somit spezifische Organisationsform des Parteiensystems – ebenso zum inhaltlichen und in der Breite der Themen konzeptionellen Arbeiten und aktiv in die Öffentlichkeit oder Parlamente Ideen einbringen. Zudem geht es nicht nur um uns und die Aktion für andere, sondern auch um Agieren gemeinsam mit Partnern – gerade wegen der gesellschaftlichen Hegemonie und der Mehrheitsfähigkeit.

Antrag L.1.154.2

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in:	BV Berlin Tempelhof-Schöneberg
-------------------	--------------------------------

Zeile 154

- 153 Unsere Richtung ist klar: Wir wollen eine Linke, die vor Ort verankert ist, hilft, kämpft
- 154 und organisiert. Eine Linke, die sich kritisch, mutig, lautstark, glaubwürdig und konsequent für die Belange der Menschen einsetzt - eine Linke, die mit ihren Ideen überzeugt und einen echten Unterschied im Leben der Menschen macht.

Begründung

So wird der Abschnitt ein wenig kämpferischer

Antrag L.1.154.3

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid]
-------------------	----------------------

Zeile 154

- 153 Unsere Richtung ist klar: Wir wollen eine Linke, die vor Ort verankert ist, hilft, kämpft
- 154 und organisiert - eine Linke, die einen echten Unterschied im Leben der Menschen macht. Unsere Geschichte beginnt nicht erst vor anderthalb oder 18 Jahren, sondern mit dem ersten Aufbegehren gegen die kapitalistische Ausbeutung. Denn wir stehen in langer Tradition der Arbeiterbewegung, die schon früh erkannt hat, dass der Kapitalismus vor allem den Interessen weniger dient. So entsteht unsere Praxis aus den Erfahrungen der Genoss*innen vor uns, wie zukünftige Kämpfer*innen sich auf uns beziehen werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.160.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 160

155 In den letzten Jahren fehlte es an einer ehrlichen Analyse der gesellschaftlichen
156 Entwicklung, die auch unsere Rolle und auch eigene Fehler mit einbezieht. Und es fehlte
157 ein gemeinsamer strategischer Plan, der zentrale Bereiche unserer Parteiarbeit sinnvoll
158 miteinander verbindet: unsere Kampagnen, die Aufbauarbeit und Organisierung vor Ort, die
159 Ausbildung und Befähigung unserer Mitglieder, unsere Kommunikation nach außen und unser
160 inhaltliches Profil, unsere Erfahrungen in der kommunalen Arbeit sowie die parlamentarische
Arbeit. Und es mangelte an einer
161 gemeinsamen Erzählung, auf die sich alle beziehen. So gab es zwar in vielen Bereichen
162 unserer Partei wertvolle Ansätze und Initiativen, aber ohne gemeinsamen Rahmen und
163 Bezugnahme aufeinander konnten diese oft kein sinnvolles Ganzes bilden.

Begründung

Ergänzung eines wichtigen in den vergangenen Jahren auf Bundesebene unterbelichteten Erfahrungs- und Arbeitsbereiches.

Antrag L.1.178.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 178

172 Mit der Vorwahlkampagne unter dem Motto „Alle reden, wir hören zu“ wurde ein wichtiger
173 Grundstein für den späteren Erfolg bei der Bundestagswahl gelegt. Im Wahlkampf ist es uns
174 unter dem Motto „Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.“ gelungen, vieles, was
175 bislang für sich stand, strategisch zusammenzuführen. In die Konzeption dieser Kampagne
176 flossen Erfahrungen aus jahrelanger Haustür- und organisierender Kampagnenarbeit sowie aus
177 verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsformaten, die auch aus der Mitte unserer eigenen
178 Partei hervorgingen. Nicht zuletzt der vorbildliche Wahlkampf vom Team Nam Duy Nguyen im
sächsischen Landtagswahlkampf im Spätsommer 2024.

Antrag L.1.186.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in: Cuba sí

Zeile 186

185 Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, welche Kraft wir entfalten können - lokal als auch
186 ~~auf Bundesebene~~ auf Bundesebene, wenn wir nach außen mit inhaltlich klaren Positionen

aufzutreten, wenn wir als Partei einen gemeinsamen Plan verfolgen und langfristig
187 strategisch handeln. Wenn wir unsere Aktiven gezielt und systematisch ausbilden. Wenn wir
188 uns in Form von Kampagnen auf wenige Themen und Forderungen fokussieren. Und wenn wir
uns
189 von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene auf die gleiche Erzählung sowie Sprache stützen
190 und verständlich kommunizieren. So waren wir in der Lage, auf die Neuwahlen schnell zu
191 reagieren und gestärkt sowie gut vorbereitet in den Wahlkampf zu ziehen. In diese Richtung
192 wollen wir nun weitergehen.

Begründung

Viel zu oft in der Vergangenheit wurde unsere Partei in der Öffentlichkeit als „zerstrittener Haufen“ wahrgenommen. Erinnern wir uns: Im gesamten Jahr 2024 lag Die Linke in den Umfragewerten quasi wie festgenagelt zwischen 3 – 4 Prozent.

Der Umschwung in den Umfragen begann erst, nachdem wir es geschafft hatten, nach außen diszipliniert Einigkeit zu demonstrieren sowie Meinungsunterschiede auf Parteitage sowie im Wahlkampf zurückzustellen.

Meinungsunterschiede – z.T. zu grundlegenden Fragen – existieren aber weiterhin. Diese Meinungsunterschiede müssen im Rahmen der Programmdebatte konsequent auf den Tisch und in gemeinsamer und solidarischer Diskussion gelöst werden. Nur so kann es gelingen, von allen Mitgliedern getragene Positionen zu formulieren. Gelingt diese inhaltliche Einigung nicht, kann es passieren, dass Die Linke spätestens zur Entscheidung über ein neues Parteiprogramm im Jahr 2027 wieder als „zerstrittener Haufen“ wahrgenommen wird und ihre gerade wiedergewonnene politische Bedeutung wieder verliert.

Antrag L.1.188.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 188 - 192

185 Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, welche Kraft wir entfalten können - lokal als auch
186 auf Bundesebene, wenn wir als Partei einen gemeinsamen Plan verfolgen und langfristig
187 strategisch handeln. Wenn wir unsere Aktiven gezielt und systematisch ausbilden. Wenn wir
188 uns in Form von Kampagnen auf wenige Themen und Forderungen fokussieren. ~~Und wenn wir
uns
189 von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene auf die gleiche Erzählung sowie Sprache stützen
190 und verständlich kommunizieren.~~ So waren wir in der Lage, auf die Neuwahlen schnell zu
191 reagieren und gestärkt sowie gut vorbereitet in den Wahlkampf zu ziehen. ~~In diese Richtung
192 wollen wir nun weitergehen~~ Unser Ziel ist jedoch, Verhältnisse zu verändern, nicht nur die
eigenen Stimmen und Mandate zu maximieren. Dafür müssen wir eine langfristige Strategie
entwickeln, die Parteaufbau, Kampagnenfähigkeit, aber auch Bündnispolitik, realpolitische
Einflussnahme und programmatische Weiterentwicklung verbindet.

Begründung

Die Erfahrungen mit dem Wahlkampf waren wichtig und ermutigend. Wir können aber Politik nicht auf Wahlkampf reduzieren. Maßstab ist die Veränderung der Verhältnisse und eine Strategie, die verschiedene Formen der Einflussnahme verbindet. Dafür muss es auch eine Auseinandersetzung mit den Verhältnissen vor Ort geben. Dass wir alle immer und überall stets dasselbe sagen sollen, ist überzogen und überzeugt auf Dauer nicht.

Antrag L.1.191.1

Änderungsantrag zu L.1-03

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 191 - 192

185 Diese Erfahrungen haben uns gezeigt, welche Kraft wir entfalten können - lokal als auch
186 auf Bundesebene, wenn wir als Partei einen gemeinsamen Plan verfolgen und langfristig
187 strategisch handeln. Wenn wir unsere Aktiven gezielt und systematisch ausbilden. Wenn wir
188 uns in Form von Kampagnen auf wenige Themen und Forderungen fokussieren. Und wenn wir
uns
189 von den Kreisverbänden bis zur Bundesebene auf die gleiche Erzählung sowie Sprache stützen
190 und verständlich kommunizieren. So waren wir in der Lage, auf die Neuwahlen schnell zu
191 reagieren und gestärkt sowie gut vorbereitet in den Wahlkampf zu ziehen. ~~In diese Richtung~~ Mit
den Erfahrungen aus den Fehlern der letzten Jahre, aus den für unsere Wahlkampfführung
günstigen Dynamiken zum Jahresbeginn und aus den Erfolgsgründen
192 wollen wir ~~nun~~ gemeinsam mit den vielen neuen Parteimitglieder voller neuer Ideen und mit
Blick auf die Erwartungen der erreichten neuen Wählerschichten einen erfolgreichen Weg finden
und weitergehen.

Begründung

Nicht nur die im Vortext genannten Gründe sollten den weiteren Weg definieren, sondern auch die Interessen, Wünsche, Ideen der so zahlreichen neuen Mitglieder, wie auch die Erwartungen der relevant und eigentlich überraschend hinzugewonnenen neuen Wählergruppen, insbesondere von Grünen und SPD.

Antrag L.1.194.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: KV Wiesbaden

Zeile 194 - 195

194 1) Die Linke muss eine organisierende Klassenpartei werden, die die ~~vielfältige Mehrheit~~
~~der~~ Menschen in ihrer Vielfalt anspricht und an ihrer Seite für ihre Interessen eintritt.

Antrag L.1.196.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 196 - 197

196 Die Linke versteht sich als ~~moderne~~ sozialistische Partei ~~für die arbeitende Klasse. Wir~~
197 der arbeitende Klasse. Wir haben den Anspruch, die Interessen ~~dies~~unserer Klasse zu vertreten.
198 Zu dieser Klasse gehören
199 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
200 Lebensunterhalt zu bestreiten - also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
201 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
202 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
203 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
204 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
205 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht
206 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
207 zusammenzuschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
allein, immer gemeinsam.

Begründung

Wir sind Teil der arbeitenden Klasse, und stehen nicht über oder neben ihr. Eine sozialistische Partei unterscheidet sich von anderen, bürgerlichen Parteien gerade durch ihre Ablehnung von Stellvertreterpolitik. In einer sozialistischen Partei schließt sich die arbeitende Klasse selbst zusammen und kämpft für die Durchsetzung ihrer Interessen.

Brecht, Bertholt: Einheitsfrontlied (1934)

*“Und weil der Prolet ein Prolet ist,
drum wird ihn kein anderer befreien,
es kann die Befreiung der Arbeiter
nur das Werk der Arbeiter sein.”*

Antrag L.1.198.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in:

Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik und weitere

Zeile 198 - 199

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören
198 ~~all jene, die dazu~~all jene, die - verursacht durch die Eigentumsverhältnisse - gezwungen sind,
199 ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
200 Lebensunterhalt zu bestreiten~~→~~, also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. ~~Die~~Wir
201 stellen nach wie vor die Eigentumsfrage. Die
202 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
203 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
204 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
205 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
206 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht

205 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
206 zusammenzuschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Kreis- Bezirks- oder Ortsverbände:

OV Berlin Marzahn-NOW

Bundesweite Zusammenschlüsse/Jugend- und Studierendenverband:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Delegierte:

Ellen Brombacher (BV Berlin Mitte), Margit Glasow (Partei Vorstand, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Naisan Raji (Partei Vorstand, Sozialistische Linke), Vera Baryshnikov (KV Magdeburg), Heidemarie Boulnois (Kommunistische Plattform), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rim Farha (Kommunistische Plattform), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform), Irina Hirseland (BV Berlin Marzahn-Hellersdorf), Stephan Jegielka (BV Berlin Mitte), Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rolf Kohn (Kreisvorsitzender, KV Recklinghausen), Rita Krüger (BAG Seniorenpolitik), Luisa Mayer (Partei rat, Linksjugend ['solid]), Saskia Mestern (BV Hamburg-Nord), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend ['solid]), Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí), Dr. Artur Pech (Mitglied des Ältestenrates, KV Oder-Spree), Thorben Peters (Landesvorsitzender Niedersachsen, Partei rat, KV Lüneburg), Erich Postler (KV Greiz), Melanie Rott (BV Berlin Mitte), Waltraud Tegge (KV Mecklenburgische Seenplatte), Thilo Urchs (BV Berlin Mitte), Olaf Walther (BV Hamburg-Nord), Domenica Winkler (BAG Frieden und internationale Politik), Elisabeth Wissel (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Rolf Zaspel (KV Vorpommern-Rügen), Sonja Kemnitz (Partei rat, BV Berlin Treptow-Köpenick)

Landesarbeitsgemeinschaften:

Auch wir sind die Linke – Treptow-Köpenick

Weitere:

Ulrike Eifler (Partei Vorstand, BAG Betrieb & Gewerkschaft, Teilnehmende mit beratender Stimme), Friedrich Rabe (Partei rat, KV Bördekreis, Teilnehmer mit beratender Stimme), Thorben Schulz (BV Hamburg-Nord), Reiner Hofmann (KV Stuttgart), Michael Schneider (BV Berlin Treptow-Köpenick), Carsten Schulz (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Petra Willemelis (Auch wir sind die Linke – BV Treptow-Köpenick), Ulrich Thoden (MdB, Stellv. Sprecher Landesverband NRW, Partei rat, Teilnehmender mit beratender Stimme)

Antrag L.1.201.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Altona

Zeile 201

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören
198 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
199 Lebensunterhalt zu bestreiten - also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
200 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
201 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro, in der Landwirtschaft oder im
Warenlager. An vielen
202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
204 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht
205 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
206 zusammenschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam.

Antrag L.1.204.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 204

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören
198 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
199 Lebensunterhalt zu bestreiten - also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
200 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
201 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
204 vor allem von überwiegend Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht
oder nicht
205 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
206 zusammenschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam.

Begründung

Redaktionell. Die Formulierung geht so nicht auf, wie sie dasteht.

Antrag L.1.205.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: KV Oberhavel

Zeile 205 - 206

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören

198 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
199 Lebensunterhalt zu bestreiten - also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
200 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
201 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
204 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht
205 mehr arbeiten können. ~~Die Stärke~~Das Veränderungspotenzial der arbeitenden Klasse besteht
206 darin, sich ~~zusammenzuschließen. Wir lassen uns nicht spalten~~schaffen und stärken Klassenbewusstsein.
Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam.

Begründung

An anderer Stelle des Leitantrages analysieren wir zurecht die Spaltung der Gesellschaft und der Arbeiter:innen. Wir sollten die Realität nicht leugnen. Wir - die arbeitende Klasse - sind derzeit gespalten. Als Linke arbeiten wir vehement auf mehr Klassenbewusstsein hin!

Antrag L.1.207.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 207

196 Die Linke versteht sich als moderne sozialistische Partei für die arbeitende Klasse. Wir
197 haben den Anspruch, die Interessen dieser Klasse zu vertreten. Zu dieser Klasse gehören
198 all jene, die dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren
199 Lebensunterhalt zu bestreiten - also die übergroße Mehrheit in unserer Gesellschaft. Die
200 arbeitende Klasse ist vielfältig: Zu ihr gehören Angestellte, Selbstständige wie
201 Arbeiterinnen, ob in der Industrie, in der Pflege, im Büro oder im Warenlager. An vielen
202 Orten in diesem Land ist diese Klasse stark durch die Migrationsgeschichte vieler ihrer
203 Mitglieder geprägt. Zu ihr gehören auch diejenigen, die unbezahlte Sorgearbeit verrichten,
204 allem von Frauen. Zu ihr gehören selbstverständlich auch all jene, die nicht oder nicht
205 mehr arbeiten können. Die Stärke der arbeitenden Klasse besteht darin, sich
206 zusammenschließen. Wir lassen uns nicht spalten. Für uns gilt der Grundsatz: niemals
207 allein, immer gemeinsam. Das können wir aber nur erreichen, wenn wir auch die großen
Unterschiede wahrnehmen und politische bearbeiten, die innerhalb derer existieren, die nicht
von Kapitalvermögen leben. Abtreibungsrecht, Betreuungsangebot und Schutz vor Gewalt
können eine größere Auswirkung auf die Lebenschancen und Abhängigkeiten von Frauen haben
als soziale Klassenfragen. Dasselbe gilt für Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftsrecht und
Diskriminierungsschutz für Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir lehnen eine auf nationale
Privilegien verengte Klassenperspektive ab, aber wir nehmen zur Kenntnis, dass besser
qualifizierte, mobile Beschäftigte oft von der Globalisierung profitiert haben, während
Beschäftigte mit Berufserfahrung, aber schwächerer formaler Qualifikation, häufig die Zeche
bezahlt haben. Solidarität heißt immer: Einheit trotz Unterschiedlichkeit, und Gemeinsamkeit
nicht nur bei dem, was alle betrifft.

Begründung

"Moderne Klassenpartei" kann nicht heißen, Geschlecht, Ethnie und Migrationserfahrung wieder zu Nebenwidersprüchen zu erklären. Dasselbe gilt für die "Arbeiter*innenklasse" im engeren Sinn, die - im Gegensatz zur Mittelschicht - in besonderer Weise benachteiligt und abgehängt wurde in den letzten Jahrzehnten. Auch ihre Lage und Unterdrückung ist kein Nebenwiderspruch, der sich auflöst, wenn übergreifende Forderungen für alle eingelöst werden.

Antrag L.1.218.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: AKL

Zeile 218

213 Betriebliche Praxis und Ausbildung: Wir möchten Konzepte entwickeln, wie unsere
214 Genoss*innen an ihrem Arbeitsplatz die Gewerkschaftsbewegung stärken können. Wir möchten
215 eine betriebliche Praxis der Linken entwickeln und betrieblich aktive Mitglieder dazu
216 ausbilden, ihre Gewerkschaftsstrukturen vor Ort zu unterstützen. Dafür wollen wir dort
217 anfangen, wo Kolleg*innen sich bereits organisieren und linker Politik gegenüber besonders
218 aufgeschlossen sind - beispielsweise im Gesundheitssektor.

Wir werden unter Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Bedingungen ein Mapping unserer Mitglieder vornehmen, um gezielt auch in anderen Sektoren unsere kollektiven Möglichkeiten als Linke in Betriebsgruppen zu erfassen.

Antrag L.1.218.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Leif Kern (Nordrhein-Westfalen · Nr. 250), Dr. jur. Onur Ocak (Nordrhein-Westfalen · Nr. 367), Jesper Herking (Sozialistische Linke · Nr. 206), und weitere

Zeile 218

213 Betriebliche Praxis und Ausbildung: Wir möchten Konzepte entwickeln, wie unsere
214 Genoss*innen an ihrem Arbeitsplatz die Gewerkschaftsbewegung stärken können. Wir möchten
215 eine betriebliche Praxis der Linken entwickeln und betrieblich aktive Mitglieder dazu
216 ausbilden, ihre Gewerkschaftsstrukturen vor Ort zu unterstützen. Dafür wollen wir dort
217 anfangen, wo Kolleg*innen sich bereits organisieren und linker Politik gegenüber besonders
218 aufgeschlossen sind - beispielsweise im Gesundheitssektor.

Wir richten unseren Blick in einem zweiten Schritt auch auf die Bereiche in denen wir besonders schwach sind und die AfD besonders stark. Unter Handwerkern und Produktionsarbeitern ist die AfD mit Abstand stärkste Kraft und nähert sich in diesen Kreisen einer absoluten Mehrheit. Wir werden der AfD diese Menschen nicht kampfflos überlassen. Wir entwickeln ein Programm, eine Strategie und eine Ansprache, die an die Sorgen und am Ungerechtigkeitsempfinden dieser Arbeiter anknüpft.

Begründung

Die AfD erreichte unter Arbeitern bei der letzten Bundestagswahl knapp 38%. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Sozialistische Linke NRW

Antrag L.1.219.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 219 - 220

219 Organisation von Mieter*innen: Der ~~Widerspruch~~Kampf zwischen Mietern und Vermietern ist ~~ein-~~
220 ~~zentraler Klassenwiderspruch~~eine zentrale Auseinandersetzung im Kapitalismus. Viele Mieter
wenden einen Großteil ihrer
221 Arbeitszeit dafür auf um ein Dach über dem Kopf zu haben und die Profitinteressen der
222 Vermieter zu befriedigen. Gleichzeitig ist der Organisationsgrad unter Mieter*innen sehr
223 schlecht. Wir unterstützen Mieter*innen dabei sich solidarisch und demokratisch zu
224 organisieren um eine Gegenmacht aufzubauen.

Begründung

Klassenwiderspruch passt in diesem Zusammenhang nicht, der orientiert sich an der Zugehörigkeit zur ökonomischen Klasse.

Antrag L.1.220.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: AKL

Zeile 220

219 Organisation von Mieter*innen: Der Widerspruch zwischen Mietern und Vermietern ist ein
220 zentraler Klassenwiderspruch im Kapitalismus. Mit Mieten dürfen keine Profite gemacht werden.
Deshalb fordern wir die Überführung aller Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000
Wohnungen sowie von spekulativem Leerstand in Gemeineigentum und demokratische
Verwaltung und Kontrolle.
221 Viele Mieter wenden einen Großteil ihrer
221 Arbeitszeit dafür auf um ein Dach über dem Kopf zu haben und die Profitinteressen der
222 Vermieter zu befriedigen. Gleichzeitig ist der Organisationsgrad unter Mieter*innen sehr
223 schlecht. Wir unterstützen Mieter*innen dabei sich solidarisch und demokratisch zu
224 organisieren um eine Gegenmacht aufzubauen.

Antrag L.1.225.1

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 225

225 Als moderne Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die es ~~arbeitend~~llen Menschen
226 ermöglicht, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie keine akademische
227 Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die in der Politik sonst unterrepräsentiert
228 sind. Das bedeutet, die Parteiarbeit so zu verändern, dass Gremien und Parteitage
229 zugänglicher werden. Wir arbeiten daran, die Realität der Arbeitswelt in unseren Gremien
230 und in den Parlamenten abzubilden. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns
231 haben, bis wir das erreicht haben.

Begründung

Es geht um eine Kultur, die für alle offen ist. Das Missverständnis, damit wären Erwerbslose nicht gemeint, sollte vermieden werden. Dass es uns um die arbeitende Bevölkerung im weiteren Sinne geht, wird im Folgenden bereits deutlich, wenn auf bestimmte Berufe verwiesen wird, die unterrepräsentiert sind.

Antrag L.1.225.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 225 - 229

225 Als ~~moderne~~Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die ~~es arbeitenden~~arbeitende
Menschen
226 ermöglichtermutigt, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie ~~keine~~
~~akademische~~
227 ~~Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die~~ in der Politik sonst unterrepräsentiert
228 sind. Das bedeutet, die Parteiarbeit so zu verändern, dass Gremien und Parteitage
229 ~~zugänglicher~~lebendiger, streitbarer, demokratischer werden. Wir arbeiten daran, die Realität der
Arbeitswelt in unseren Gremien
230 und in den Parlamenten abzubilden. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns
231 haben, bis wir das erreicht haben.

Begründung

Wir wollen die bürgerliche Spaltung zwischen „Arbeiter und Akademiker“, um gestufte Entlohnung und Lohndrückerei zu rechtfertigen, nicht reproduzieren, sondern voneinander streitbar lernen. Zu mehr Beteiligung können wir kommen, indem Parteitage lebendige Debatten enthalten, kontroversen ermöglichen und auf diesem Weg zum Eingreifen ermutigen. Zentral ist hierfür transparent und demokratisch zu verfahren: hohe Hürden für Wortmeldungen, schnelle Verfahren, intransparenter Umgang mit Anträgen und gesetzte Reden von Berufspoliker:innen schrecken dabei ab.

Antrag L.1.225.3

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 225

225 Als ~~moderne~~-Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die es arbeitenden Menschen
226 ermöglicht, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie keine akademische
227 Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die in der Politik sonst unterrepräsentiert
228 sind. Das bedeutet, die Parteiarbeit so zu verändern, dass Gremien und Parteitage
229 zugänglicher werden. Wir arbeiten daran, die Realität der Arbeitswelt in unseren Gremien
230 und in den Parlamenten abzubilden. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns
231 haben, bis wir das erreicht haben.

Begründung

Ale Klassenpartei gehen wir unweigerlich voran. Wir müssen uns nicht zusätzlich als "modern" labeln, sondern sollten Selbstbewusst vertreten: Es gibt nichts was mehr auf der höhe der Zeit ist als Klassenpartei zu sein.

Antrag L.1.228.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Cuba sí

Zeile 228

225 Als moderne Klassenpartei wollen wir eine Kultur schaffen, die es arbeitenden Menschen
226 ermöglicht, in unserer Partei mitzuwirken, vor allem auch dann, wenn sie keine akademische
227 Ausbildung haben und in Berufen arbeiten, die in der Politik sonst unterrepräsentiert
228 sind. Das bedeutet, die Parteiarbeit so zu verändern, dass Zusammenschlüsse, Gremien und
229 Parteitage
229 zugänglicher werden. Wir arbeiten daran, die Realität der Arbeitswelt in unseren Gremien
230 und in den Parlamenten abzubilden. Wir wissen, dass wir noch einen langen Weg vor uns
231 haben, bis wir das erreicht haben.

Antrag L.1.234.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 234

234 Die Partei, ihre Kreisverbände und Basisorganisationen bauen wir weiter auf. Dazu werden wir insbesondere unsere zahlreichen neuen Mitglieder in einem systematischen Prozess befragen, um deren inhaltliche Interessen und Wünsche zur Form der Mitarbeit und Kultur des Parteilebens vor Ort zu erfahren und im Veränderungsprozess mit ihnen einbauen zu können. Die großen Mitgliederzuwächse sind ein riesiger Gewinn, der die Partei wesentlich verändert und versändern muss, um nachhaltig zu sein. Mit den
235 Ergebnissen und Erfahrungen der Bundestagswahl im Rücken entwickeln wir Strategien mit dem

236 Ziel in alle Landtage einzuziehen und die kommunalpolitische Verankerung in der Fläche
237 auszubauen. Dazu gehört, die lokalen Strukturen für die Ansprache kommunalpolitisch
238 Interessierter und Gewinnung und Vorbereitung Kandidierender für kommunale Mandate zu
239 befähigen. Arbeit in der Kommune ist das Herzstück einer sozialistischen Mitgliederpartei.
240 Aber das ist nicht nur und auch nicht überwiegend Arbeit in den kommunalparlamentarischen
241 Strukturen. Es ist vor allem eine dauerhafte und geduldige Arbeit dort, wo unsere
242 Mitglieder leben und arbeiten, wo sie in Netzwerken und Vereinigungen mitwirken.

Begründung

selbsterklärend

Antrag L.1.239.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 239

234 Die Partei, ihre Kreisverbände und Basisorganisationen bauen wir weiter auf. Mit den
235 Ergebnissen und Erfahrungen der Bundestagswahl im Rücken entwickeln wir Strategien mit dem
236 Ziel in alle Landtage einzuziehen und die kommunalpolitische Verankerung in der Fläche
237 auszubauen. Dazu gehört, die lokalen Strukturen für die Ansprache kommunalpolitisch
238 Interessierter und Gewinnung und Vorbereitung Kandidierender für kommunale Mandate zu
239 befähigen. ~~Arbeit in der Kommune~~ Internationalismus ist das Herzstück einer sozialistischen
~~Mitgliederpartei~~ Partei. Unverbrüchliche Solidarität und das Engagement auch in der Kommune
für Frieden, Antifaschismus, Umverteilung und Völkerverständigung sind zentrale Elemente
konkreter gesellschaftlicher Veränderung.
240 Aber das ist nicht nur und auch nicht überwiegend Arbeit in den kommunalparlamentarischen
241 Strukturen. Es ist vor allem eine dauerhafte und geduldige Arbeit dort, wo unsere
242 Mitglieder leben und arbeiten, wo sie in Netzwerken und Vereinigungen mitwirken.

Antrag L.1.242.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Zeile 242

234 Die Partei, ihre Kreisverbände und Basisorganisationen bauen wir weiter auf. Mit den
235 Ergebnissen und Erfahrungen der Bundestagswahl im Rücken entwickeln wir Strategien mit dem
236 Ziel in alle Landtage einzuziehen und die kommunalpolitische Verankerung in der Fläche
237 auszubauen. Dazu gehört, die lokalen Strukturen für die Ansprache kommunalpolitisch
238 Interessierter und Gewinnung und Vorbereitung Kandidierender für kommunale Mandate zu
239 befähigen. Arbeit in der Kommune ist das Herzstück einer sozialistischen Mitgliederpartei.
240 Aber das ist nicht nur und auch nicht überwiegend Arbeit in den kommunalparlamentarischen
241 Strukturen. Es ist vor allem eine dauerhafte und geduldige Arbeit dort, wo unsere
242 Mitglieder leben und arbeiten, wo sie in Netzwerken und Vereinigungen mitwirken. Um

diejenigen Mitglieder mitzunehmen, die aus verschiedenen Gründen (z.B. zeitliche, organisatorische oder gesundheitliche) nicht oder nur begrenzt in physischer Präsenz vor Ort mitarbeiten können, wollen wir auch in den Kreis- und Ortsverbänden unsere digitalen Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen, so dass auch diese Mitglieder ein Angebot haben um aktiv von zu Hause aus am Parteileben teilhaben zu können. Dazu zählen beispielsweise Online-Treffen, die Möglichkeit über das Internet an Mitgliederversammlungen teilzunehmen, die Online-Mitarbeit an Texten und Dokumenten im parteilichen und parlamentarischen Kontext und die Einbindung in Social Media Kampagnen. Für diese Online-Mitwirkungsmöglichkeiten wollen wir auf Open Source Werkzeuge setzen.

Begründung

Eine moderne sozialistische Mitgliederpartei ist auch eine digitale Partei. Wir wollen an die erfolgreichen digitalen Ansätze aus dem letzten Wahlkampf anknüpfen und sie weiterentwickeln. Durch niedrigschwellige, digitale Beteiligungsformate wollen wir insbesondere den Mitgliedern eine aktive Teilhabe ermöglichen, die aus zeitlichen, gesundheitlichen oder organisatorischen Gründen nicht regelmäßig vor Ort präsent sein können. So stärken wir die Mitwirkung, fördern demokratische Prozesse und machen die Parteilarbeit insgesamt zugänglicher und attraktiver – für neue ebenso wie für langjährige Mitglieder.

Antrag L.1.242.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in:

Cuba sí

Zeile 242

234 Die Partei, ihre Kreisverbände und Basisorganisationen bauen wir weiter auf. Mit den
235 Ergebnissen und Erfahrungen der Bundestagswahl im Rücken entwickeln wir Strategien mit dem
236 Ziel in alle Landtage einzuziehen und die kommunalpolitische Verankerung in der Fläche
237 auszubauen. Dazu gehört, die lokalen Strukturen für die Ansprache kommunalpolitisch
238 Interessierter und Gewinnung und Vorbereitung Kandidierender für kommunale Mandate zu
239 befähigen. Arbeit in der Kommune ist das Herzstück einer sozialistischen Mitgliederpartei.
240 Aber das ist nicht nur und auch nicht überwiegend Arbeit in den kommunalparlamentarischen
241 Strukturen. Es ist vor allem eine dauerhafte und geduldige Arbeit dort, wo unsere
242 Mitglieder leben und arbeiten, wo sie in Netzwerken und Vereinigungen mitwirken.

Die Zusammenschlüsse in unserer Partei Die Linke werden wir stärken. In den Zusammenschlüssen besteht die Möglichkeit, sich über die entsprechenden Politikfelder für die Ziele und Projekte der Partei zu engagieren - auch für die vielen neuen (und alten) Mitglieder, aber auch für Sympathisant*innen, die (noch) nicht Mitglied der Partei sind, sowie für ehemalige Mitglieder, die Die Linke z.B. wegen der öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten verlassen haben und sich nun unserer Partei wieder annähern möchten.

Begründung

In den Zusammenschlüssen der Partei Die Linke engagieren sich Mitglieder unserer Partei, Sympathisant*innen sowie Bürger*innen, die für die politischen Ziele und Projekte unserer Partei eintreten und an jenen Politikfeldern Interesse haben, mit denen sich die jeweiligen

Zusammenschlüsse beschäftigen. Die Zusammenschlüsse binden linksorientierte Menschen an unsere Partei, sie vermitteln die politischen Positionen unserer Partei in die Gesellschaft, sie sind eine Brücke zu den Menschen. Die Zusammenschlüsse tragen dazu bei, unsere Partei in der Bevölkerung wieder sichtbarer werden zu lassen, wieder stärker zu verankern.

Deshalb muss unsere Partei die Zusammenschlüsse stärken und in ihrer Arbeit weiter unterstützen. Mehr noch: Unsere Parteivorsitzenden, der Parteivorstand, die Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die Landes- und Kreisverbände müssen die Expertise der Zusammenschlüsse auf den verschiedenen Politikfeldern stärker nutzen für Analysen, Einschätzungen, Zuarbeiten sowie für gemeinsame Aktionen.

Antrag L.1.243.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: AKL

Zeile 243 - 248

243 ~~Im ersten Schritt wollen wir durch diese Maßnahmen zum erfolgreichen Abschneiden bei den~~
244 ~~Kommunalwahlen in NRW, Bayern und Hessen sowie bei den Landtagswahlen in Baden-~~
~~Württemberg-~~
245 ~~und in Rheinland-Pfalz beitragen. Es braucht dazu eine enge Koordination zwischen allen~~
246 ~~Ebenen, um Ressourcen und Erfahrungen optimal einzusetzen~~Die Linke ist und bleibt die
Antikriegspartei und Partei für den Frieden. Insbesondere wollen wir in den heutigen Zeiten der
zunehmenden Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche werden wir uns gemeinsam mit
247 ~~Unterstützung der Bundesebene in großen Städten kommunalpolitische Leuchttürme aufbauen,~~
248 ~~die auch in die Fläche wirken.~~den Kräften der Antikriegs- und Friedensbewegung allen konkreten
Maßnahmen zur Gewöhnung an den Krieg widersetzen. Wir sind gegen Rüstungsproduktion,
Rüstungsexporte, Ausbau der Bundeswehrstrukturen, Militarisierung von Bildungs- und
Gesundheitswesen. Wir unterstützen Streiks, Boykotte und Blockaden, die sich gegen diese
Kriegspolitik widersetzen.

Die Linke verteidigt konsequent und ungeteilt die Menschenrechte. Sie bleibt die Partei des
Völkerrechts und des friedlichen, diplomatischen Austragens aller Konflikte.

Antrag L.1.245.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: LV Sachsen-Anhalt

Zeile 245

243 Im ersten Schritt wollen wir durch diese Maßnahmen zum erfolgreichen Abschneiden bei den
244 Kommunalwahlen in NRW, Bayern und Hessen sowie bei den Landtagswahlen in Baden-
Württemberg
245 und in Rheinland-Pfalz beitragen. In den ostdeutschen Bundesländern wollen wir unsere
parlamentarische Verankerung erhalten und ausbauen und dem Rechtsruck klar entgegenzutreten.
Dafür haben wir die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin
fest im Blick. Es braucht dazu eine enge Koordination zwischen allen

246 Ebenen, um Ressourcen und Erfahrungen optimal einzusetzen. Insbesondere wollen wir mit
247 Unterstützung der Bundesebene in großen Städten kommunalpolitische Leuchttürme aufbauen,
248 die auch in die Fläche wirken.

Begründung

Auch wenn vor den Wahlen in Niedersachsen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt in 2026 voraussichtlich noch ein Bundesparteitag stattfinden wird, werden die Weichen für die Wahlkämpfe bereits auf diesem Parteitag und in den Wahlbüros von Bund und Ländern in den nächsten Monaten getroffen. Gerade mit Blick auf eine extrem starke AfD in den ostdeutschen Flächenländern, ist es wichtig die Bedeutung dieser Wahlen deutlich zu machen. Vor allem bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt wird es nicht nur darum gehen den Wiedereinzug der Linken in die Landtage zu sichern, sondern eine Regierungsbeteiligung der Faschisten zu verhindern.

Antrag L.1.265.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Zeile 265

259 Eine Partei, die praktisch gebraucht wird und konkret hilft: Die Linke war immer dann
260 stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an
261 diese Tradition an und machen in Sozialsprechstunden individuelle Unterstützung im Alltag
262 und bei Rechtsfragen wieder zum Zentrum unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben
263 Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir feiern Feste, wir
264 organisieren Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück. Wir organisieren dort
265 Gesellschaft, wo die Regierenden versuchen, sie aufzulösen. Digitale Angebote, die den Menschen wirksam helfen, wie z.B. unsere Mietwucher-App und Heizkosten-Check, wollen wir ausbauen.

Begründung

Unsere Mietwucher-App und der Heizkosten-Check zeigen, wie erfolgreich digitale Angebote ganz konkret und spürbar im Alltag der Menschen helfen können. Solche Werkzeuge schaffen unmittelbare Unterstützung, machen politische Inhalte erlebbar und stärken unsere Glaubwürdigkeit. Damit heben wir uns von anderen Parteien ab und schaffen zugleich neue Anknüpfungspunkte, um potenzielle Wähler*innen und Mitglieder zu mobilisieren.

Antrag L.1.265.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 265

259 Eine Partei, die praktisch gebraucht wird und konkret hilft: Die Linke war immer dann
260 stark, wenn sie im Leben der Menschen einen Unterschied machen konnte. Wir knüpfen an

261 diese Tradition an und machen in Sozialsprechstunden individuelle Unterstützung im Alltag
262 und bei Rechtsfragen wieder zum Zentrum unserer täglichen Arbeit. Wir betreiben
263 Nachbarschaftsarbeit, unsere Büros sind soziale Anlaufpunkte, wir feiern Feste, wir
264 organisieren Fußballturniere oder ein kostenloses Frühstück. Wir organisieren dort
265 die solidarische Gesellschaft, wo die Regierenden versuchen, sie aufzulösen.

Begründung

Gesellschaft ist immer, man kann sie nicht auflösen.

Antrag L.1.268.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 268 - 273

266 Politische Bildung: Wir wollen ein politisches Bildungsprogramm aufbauen. Mit
267 umfangreichen Bildungsangeboten und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen wollen
wir
268 unsere Genoss*innen ausbilden. Wir wollen unsere Mitglieder - auch Mandatsträger*innen -
organisatorisch wie inhaltlich fit machen und bilden sie sowohl im Organizing, Campaigning als
auch in politischer Theorie aus**bilden**, um sie eng
270 mit unserer politischen Praxis zu verschränken. **Besonderer**
Unser Fokus soll dabei auf den
liegt dabei auf den Politikbereichen, die uns alle betreffen. Wir fokussieren auf die linken
Klassiker: Ausbeutung und Klassenkampf, Internationalismus, Frieden, Ökologie, Antifaschismus
und eine verbindende Klassenpolitik. Ziel ist, eine gemeinsame, theoretische Basis zu entwickeln
und in zentralen politischen Bereichen gesellschaftlich sprechfähig zu sein. Wir beziehen dabei
aktiv und in praktischer Solidarität die Gruppen **liegen**(und deren Themen) ein, die in unserer
Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,
272 Arbeiter*innen, von Rassismus oder Antisemitismus **betroffene, sowie**Betroffene, Menschen mit
273 Behinderungen und andere.

Begründung

Im vorgelegten Entwurf war nicht ausreichend klargestellt, dass der Fokus der Bildung auf den linken Kernthemen liegen muss. Gerade jetzt, wo viele neue Genoss*innen zu uns gekommen sind, ist es wichtig, diesen auch näher zu bringen, wie ihre "schon lange dabei"-Genossis ticken; das ganz abgesehen davon, dass diese Kernthemen zeitlos wichtig sind. Insbesondere die Aussage, dass der Fokus auf den Gruppen liegt, die in der Gesellschaft den Kürzeren ziehen, ließ den Eindruck aufkommen, die Bildungsarbeit würde ihren Schwerpunkt hierauf legen und nicht auf die Schulung der gemeinsamen Grundlagen. Wir halten es für notwendig, dass sich die Bildungsarbeit vor allem auf die inhaltlichen Kernthemen einer linken fokussiert (aka „Hauptwiderspruch“), die die einende Gemeinsamkeit sind, ohne dabei andere Politikbereiche als Nebenwidersprüche auszublenden.

Antrag L.1.270.1

Antragsteller*in: Leif Kern (Nordrhein-Westfalen · Nr. 250), Dr. jur. Onur Ocak (Nordrhein-Westfalen · Nr. 367), Jesper Herking (Sozialistische Linke · Nr. 206), und weitere

Zeile 270 - 273

266 Politische Bildung: Wir wollen ein politisches Bildungsprogramm aufbauen. Mit
267 umfangreichen Bildungsangeboten und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen wollen wir
268 unsere Genoss*innen ausbilden. Wir wollen unsere Mitglieder - auch Mandatsträger*innen -
269 sowohl im Organizing, Campaigning als auch in politischer Theorie ausbilden, um sie eng
270 mit unserer politischen Praxis zu verschränken. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen ist nicht zuletzt eine Zeitfrage. Besonderer Fokus soll dabei eswegen auf ~~den-~~
271 ~~Gruppen~~Beschäftigten liegen, die ~~in unserer Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,~~
272 ~~Arbeiter*innen, von Rassismus oder Antisemitismus betroffene, sowie Menschen mit~~
273 ~~Behinderungen~~bislang noch nicht die Zeit hatten, sich mit diesen Themen intensiv auseinandersetzen.

Begründung

Die Auseinandersetzung mit theoretischen Grundlagen unserer partei und konkreten Organisationsfragen ist nicht zuletzt eine Zeitfrage. Das ist an dieser Stelle die entscheidende Frage. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Sozialistische Linke NRW

Antrag L.1.272.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 272

266 Politische Bildung: Wir wollen ein politisches Bildungsprogramm aufbauen. Mit
267 umfangreichen Bildungsangeboten und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen wollen wir
268 unsere Genoss*innen ausbilden. Wir wollen unsere Mitglieder - auch Mandatsträger*innen -
269 sowohl im Organizing, Campaigning als auch in politischer Theorie ausbilden, um sie eng
270 mit unserer politischen Praxis zu verschränken. Besonderer Fokus soll dabei auf den
271 Gruppen liegen, die in unserer Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,
272 Arbeiter*innen, von Rassismus oder Antisemitismus betroffene, Rentner*innen, Erwerbslose
sowie Menschen mit
273 Behinderungen.

Begründung

Wenn wir "Arbeiter*innen" nennen, sollten wir auch ausdrücklich Erwerbslose und Rentner*innen

nennen, damit nicht der Eindruck aufkommen kann, diese wären nicht gemeint.

Antrag L.1.273.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 273

266 Politische Bildung: Wir wollen ein politisches Bildungsprogramm aufbauen. Mit
267 umfangreichen Bildungsangeboten und Patenschaften zwischen Neuen und Erfahrenen wollen wir
268 unsere Genoss*innen ausbilden. Wir wollen unsere Mitglieder - auch Mandatsträger*innen -
269 sowohl im Organizing, Campaigning als auch in politischer Theorie ausbilden, um sie eng
270 mit unserer politischen Praxis zu verschränken. Besonderer Fokus soll dabei auf den
271 Gruppen liegen, die in unserer Gesellschaft den Kürzeren ziehen: Frauen, Queere,
272 Arbeiter*innen, von Rassismus oder Antisemitismus betroffene, sowie Menschen mit
273 Behinderungen.

Wir werden im Gespräch mit unseren neuen Mitgliedern zu Formen des Parteilebens, der Arbeit und der strukturierten inhaltlichen Diskussion die Formate der LAG oder Fachkommissionen nutzen bzw. weiter entwickeln, um hier Orte des konzeptionellen Austausches und der inhaltlichen Arbeit zu entwickeln. Gerade zu zentralen Fachthemen wie Gesundheits- oder Bildungspolitik, zu konkreten oder grundsätzlichen Fragen der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch Verkehrspolitik, Kommunal Finanzen, Medienpolitik, Daseinsvorsorge etc. müssen wir geeignete Debattenstrukturen auf den verschiedenen Ebenen finden, die Menschen zusammenbringt, den Austausch befördert und politische Wirksamkeit in verschiedenen Richtungen erzeugt.

Begründung

Es geht nicht nur um Organizing und Bildung zum Organizing und für Haustürgespräche. Es geht in den Parteistrukturen auch um politische Inhalte und den partizipativen Diskurs wie Positionsfindung dazu.

Antrag L.1.274.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 274 - 276

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und ~~der~~
275 ~~Fehlertoleranz~~ des Diskutierens sowie solidarisch Streitens fördern. Wir wollen ein Umfeld
276 schaffen, in dem wir offen über ~~Misserfolge~~ Positionen und Konflikte
277 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern entwickeln. Mit den Workshops zur
278 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
279 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,

Begründung

Wir setzen auf emanzipatorisches Lernen und gemeinsames Entwickeln in der Partei. Es braucht eine streitbare Partei-Kultur, die es allen Mitgliedern ermöglicht, in der Gesellschaft oppositionell einzugreifen und Standpunkte unserer Partei zu vertreten und sich persönlich weiterzuentwickeln. Anders als Unternehmen brauchen wir keine Kultur der Fehlertoleranz und der Evaluation von Zielvereinbarungen. Wir müssen Aktivitäten auswerten, als lernende Partei muss uns aber dabei in erster Linie darum gehen zu verstehen, welche Positionen und Konflikte sich dahinter verbergen. Eine Diskussion mit Fokus auf einen Misserfolg wäre verkürzt, wenn sie sich nicht darüber bewusst ist, welche Maßstäbe für Erfolg und Misserfolg angesetzt werden. Indem wir Positionen und Konflikte in den Mittelpunkt rücken, können wir unseren Blick weiten und statt nur auf uns zu schauen, unsere Strategie vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verhältnisse diskutieren und entwickeln.

Antrag L.1.278.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 278

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir ~~alle unsere~~ Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

Begründung

Das Ziel alle Aktivitäten an messbaren Zielen auszurichten ist etwas zu hoch gegriffen. So gut es ist, sich immer auch die Frage der Effizienz der eigenen Tätigkeit zu stellen, so sehr kann eine betriebswirtschaftliche Organisation der Partei auch ein Killer für das in einer sozialistischen Partei notwendige, ehrenamtliche Engagement sein*. Die Meßbarkeit führt in die Irre, wenn für den Erfolg einer Aktivität (erste Mai Fest, Wahlkampf) mehr als zwei bis drei meßbare Kriterien eine Rolle spielen.

* Kulturtip: empfohlen sei hier der Film "la cosa" von Nanni Moretti und "il fare politica" von Huges Le Paige

Antrag L.1.280.1

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 280

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der

275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

Wir wollen - auch in Auswertung der kritischen Erfahrungen mit dem losen und Profilschmälernden Nebeneinander verschiedener Positionen - mit Blick auf die Vielfalt linker Positionen weiter und besser versuchen, in produktiver und transparenter profilierender Weise eine Mosaiklinke als Teil in einer größeren bunten gesellschaftlichen Linken zu sein.

Begründung

selbsterklärend

Antrag L.1.280.2

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Zeile 280

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

Die ersten Wochen der Koalition um CDU und SPD stehen im Zeichen der Aufrüstung bei gleichzeitigem Sozialabbau. Statt die Schuldenbremse abzuschaffen oder grundsätzlich zu reformieren, wird sie nur sehr einseitig ausgehebelt. Als Partei haben wir uns breit gegen diesen politischen Kurs gestellt.

Leider ist es aber nicht gelungen, dies in ein entsprechendes Abstimmungsverhalten im Bundesrat zu übersetzen. Das haben wir deutlich kritisiert, wollen dabei aber nicht stehenbleiben. Die Linke ist eine lernende Partei mit dem Anspruch, zu verändern - egal ob in einer Regierung oder in der Opposition. Wir brauchen Prozesse in der Partei, die bei zentralen Fragen unserer Zeit und bei Entscheidungen, die die Grundfesten des Parteiprogramms betreffen, auch gemeinsame Entscheidungen zwischen verschiedenen Ebenen möglich machen. Diese Prozesse müssen insbesondere dann greifen, wenn Widersprüche zwischen Zielen und Handlungen auf verschiedenen Ebenen gesehen werden.

Wir werden bis Herbst Vorschläge für verbindliche, gemeinsame Entscheidungsprozesse zwischen unseren Akteur*innen entwickeln. So können wir an der guten und erfolgreichen Zusammenarbeit, wie vor der Wahl erlebt, anknüpfen.

Dabei gelten unterschiedliche Anforderungen an verschiedene Akteur*innen. Sie alle müssen unsere gemeinsamen Werte, Haltungen, die Aufgabe und das Programm unserer sozialistischen

Partei berücksichtigen.

Antrag L.1.280.3

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 280

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

Wir finden es gut, dass es Städte, Landkreise und Bundesländer gibt, wo Die Linke an der Regierung beteiligt ist. Das gibt uns die Möglichkeit, praktisch zu zeigen, dass Die Linke einen Unterschied macht. Das muss sie dann aber auch - nicht in jeder einzelnen Frage, aber in der Gesamtheit der Politik und mit wahrnehmbaren Projekten. Wir wollen den Austausch darüber fördern und dafür sorgen, dass wir die Perspektive derjenigen in der Linken, die exekutive Verantwortung übernehmen, hören, diskutieren und einbeziehen.

Begründung

Irgendwo sollte auch mal auftauchen, dass uns die konkrete Arbeit unserer Bürgermeister*innen, Landrät*innen und Minister*innen was wert ist und sie einen wichtigen Teil unserer Strategie der Veränderung darstellt. Auch wenn sie ihre eigenen Schwierigkeiten hat und immer vor der Anforderung steht, sich auf die konkreten Bedingungen einzulassen und gleichzeitig deutlich zu machen, dass Die Linke dabei einen wahrnehmbaren Unterschied macht. Der gegenseitige Austausch über diesen Teil des "strategischen Dreiecks" sollte daher auch stärker organisiert werden.

Antrag L.1.280.4

Änderungsantrag zu L.1-04

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 280

274 Auswerten und Lernen: Wir wollen in unserer Partei eine Kultur des Lernens und der
275 Fehlertoleranz fördern. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem wir offen über Misserfolge
276 sprechen, aus ihnen lernen und uns kontinuierlich verbessern. Mit den Workshops zur
277 feministischen Parteipraxis haben wir versucht, eine neue Fehlerkultur zu etablieren.
278 Diese wollen wir fortführen und ausbauen. Hierfür wollen wir alle unsere Aktivitäten an
279 messbaren Zielen orientiert auswerten. Außerdem schaffen wir neue Räume für Austausch,
280 Debatten und Reflektion.

Die neue Koalition aus Union und SPD hat als Teil ihrer Koalitionsvereinbarungen noch im alten

Bundestag eine partielle Lockerung der Schuldenbremse eingebracht und nach Verhandlungen mit den Grünen beschlossen. Sie besteht aus einer Sonderregelung für Rüstungsausgaben (die ab einer Höhe von 1 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt nicht mehr auf die Schuldenbremse angerechnet werden), einem kreditfinanzierten 500-Milliarden-Sondervermögen für Infrastruktur (von dem 100 Milliarden an die Länder gehen und 100 Milliarden in den Klima- und Transformationsfonds), sowie einem zusätzlichen Verschuldungsspielraum für die Bundesländer (künftig sind 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt als Nettoneuverschuldung erlaubt).

Als Linke haben wir die einseitige Aufhebung der Schuldenbremse für Militärausgaben ebenso kritisiert wie die Weigerung, die Schuldenbremse grundsätzlich zu reformieren. Auch das Verfahren, die Grundgesetzänderung noch im alten Bundestag zu beschließen, um nicht mit der Linken verhandeln zu müssen, haben wir abgelehnt. Im Bundestag wurde alles dennoch mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen beschlossen.

Dass die links mitregierten Bundesländer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat dem Paket zugestimmt haben, hat nachvollziehbar Unverständnis ausgelöst. Auch wenn es nicht möglich ist, dass Abstimmungen im Bundesrat immer genauso ausfallen wie im Bundestag, ist es wichtig, dass wir bei Entscheidungen von besonderer Bedeutung frühzeitig beraten, wie wir vorgehen, Abwägungsprozesse transparent machen und uns auf gemeinsame inhaltliche Positionen beziehen. Bestehende Formate sind dafür nicht ausreichend und im Zweifelsfall zu spät. Wir werden daher gemeinsam Vorschläge erarbeiten, wie wir bei Fragen von herausgehobener Bedeutung schneller gemeinsam beraten, unsere Kommunikation und möglichst auch das Abstimmungsverhalten zwischen den verschiedenen Ebenen abstimmen.

Begründung

Der Änderungsantrag versteht sich auch als Alternativantrag zum Änderungsantrag, den der Parteivorstand an seinen eigenen Leitantrag eingereicht hat.

Die Grundintention des Parteivorstands-Änderungsantrags, sich besser und früher abzustimmen, ist richtig. Der Text des Parteivorstands-Änderungsantrags ist aber aus mehreren Gründen sehr problematisch. Er legt nahe, dass es der Normalfall wäre, dass im Bundesrat immer so abgestimmt wird wie im Bundestag (was aber nicht generell möglich ist). Er beansprucht für den Parteivorstand die Entscheidung, wann es sich um Fragen handelt, die „die Grundfesten des Parteiprogramms betreffen“ (was dem Parteivorstand nicht zusteht). Er formuliert den Anspruch, dass der Parteivorstand zentrale, bindende Entscheidungen für das Verhalten auf anderen Ebenen (Bundesländer, Kommunen) treffen kann (was nicht möglich ist und unserem Demokratieverständnis widerspricht). Und er übersieht, dass „verbindliche, gemeinsame Entscheidungsprozesse“ in der Praxis einfach heißen würde, dass die Länder nachvollziehen, was die Bundestagsfraktion macht – denn dass die Bundestagsfraktion in ihrer Rolle als Oppositionsfraktion ihr Abstimmungsverhalten zur Disposition stellt, ist unrealistisch und würde auch den unterschiedlichen Rollen nicht gerecht.

Der vorliegende Änderungsantrag stellt den Sachverhalt und die Notwendigkeit einer besseren und früheren Abstimmung dar, ohne diese problematischen Formulierungen.

Antrag L.1.292.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Würzburg Mainfranken

Zeile 292

282 Kampagnenfähigkeit aufbauen: Unter einer Kampagne verstehen wir einen zeitlich
283 befristeten, mit konkreter Zielsetzung unterfütterten öffentlichen Kampf um die politische
284 Deutung eines Problems oder Themas, in dem wir einen konkreten Weg der Veränderung von
285 links aufzeigen. Wir müssen uns in die Lage versetzen, gesellschaftliche
286 Auseinandersetzungen strategisch führen zu können. Wir haben das klare Ziel, Kämpfe zu
287 gewinnen. Dafür ist Kampagnenfähigkeit der Schlüssel. Wir sind dann am stärksten, wenn wir
288 alle das Gleiche fordern und dies gebündelt in die breite Öffentlichkeit tragen. Unter
289 anderem wollen wir stärker daran arbeiten, erfolgreiche lokale Initiativen zu
290 verallgemeinern und auf politische Gelegenheiten schnell zu reagieren. Das ist uns etwa
291 mit der Heizkostenaktion schon gelungen. Für die Zukunft wollen wir die Kampagnenarbeit
292 auf Bundesebene weiter ausbauen ~~und professionalisieren~~.

Begründung

Es bleibt unklar, was "Professionalisierung" bedeuten soll - Agenturen o.ä. sollten damit nicht gemeint sein, sie verfolgen nicht unsere Interessen.

Antrag L.1.294.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Wiesbaden

Zeile 294 - 297

293 Kampagnenfähige Abgeordnete: Unseren Abgeordneten kommt neben der parlamentarischen
Arbeit
294 in unserer Kampagnenführung eine wichtige Rolle zu. ~~Sie haben einen privilegierten Zugang~~
295 ~~zu Öffentlichkeit und Informationen. Unsere Abgeordneten organisieren ihre Arbeit und~~
296 ~~stellen ihre Büros so auf, dass sie in der Lage sind, Kampagnen zu unterstützen und~~
297 ~~möglichst viel Öffentlichkeit zu generieren.~~ Es ist entscheidend, dass sie ihre
298 politischen Themen auf allen Ebenen mit der Erzählung der Partei nach außen kommunizieren.
299 Dafür definieren wir, was wir von unseren Abgeordneten erwarten. Wir werden ein Konzept
300 erstellen, wie unsere Abgeordneten unterstützt werden, gute Kampagnenarbeit zu machen.

Begründung

Dazu ist zu sagen, dass diese „Informationen“ in der Regel öffentlich und somit sowieso allen daran Interessierten prinzipiell zugänglich sind. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass Abgeordnete Aufgabe haben, diese Informationen im Interesse ihrer Wähler*innen und in Umsetzung der Wahlprogramme anzunehmen und zu nutzen. Sie machen sich jedoch rechtlich angreifbar, wenn sie ausdrücklich nicht öffentliche Informationen öffentlich machen. Auch die Abgeordneten der Linken sind in erster Linie ihren Wählerinnen verpflichtet. Öffentliche Mittel, die sie für Büros und Mitarbeiter*innen erhalten, sind allein für die parlamentarische Arbeit zu nutzen. Zu verlangen, dass sie „ihre Büros so aufstellen, dass sie in der Lage sind, (Partei)Kampagnen zu unterstützen“, (Zeile 296) ist mit unserer Rechtsordnung nicht zu vereinbaren. (Das gilt nebenbei gesagt in Deutschland wie in Frankreich, wo Marie Le Pen wegen der Nutzung öffentlicher Mittel zu Parteizwecken, das

passive Wahlrecht entzogen wurde.)

Antrag L.1.299.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 299 - 300

293 Kampagnenfähige Abgeordnete: Unseren Abgeordneten kommt neben der parlamentarischen
Arbeit
294 in unserer Kampagnenführung eine wichtige Rolle zu. Sie haben einen privilegierten Zugang
295 zu Öffentlichkeit und Informationen. Unsere Abgeordneten organisieren ihre Arbeit und
296 stellen ihre Büros so auf, dass sie in der Lage sind, Kampagnen zu unterstützen und
297 möglichst viel Öffentlichkeit zu generieren. Es ist entscheidend, dass sie ihre
298 politischen Themen auf allen Ebenen mit der Erzählung der Partei nach außen kommunizieren.
299 ~~Dafür definieren wir, was wir von unseren Abgeordneten erwarten.~~ Wir werden ein Konzept
300 erstellen, wie unsere Abgeordneten unterstützt werden, gute Kampagnenarbeit zu machen. Gleichzeitig sind unsere Abgeordneten sehr viel stärker mit der Gesamtheit der politischen Realität und der gesellschaftlichen Interessen konfrontiert als andere in der Partei. Diese Erfahrungen sollen sie innerparteilich einbringen, damit das, was wir propagieren, nicht nur in unserem engen Umfeld funktioniert. Wir wollen gemeinsam Formate entwickeln, wie wir den gegenseitigen Austausch verbessern und die gegenseitigen Ansprüche konkretisieren können.

Begründung

Das Verhältnis zwischen Partei und Abgeordneten ist keine Einbahnstraße, wo nur die Partei klärt, was sie von Abgeordneten erwartet. Sie sind auch nicht nur ein Sprachrohr der Partei. Genauso wichtig ist, dass sie ihre spezifische Erfahrung aus der politischen Arbeit in die Diskussion und Entwicklung der Partei einbringen. Deshalb sollte das Verhältnis als ein gegenseitiges dargestellt werden, das gerade dadurch zur Weiterentwicklung der Partei beiträgt.

Antrag L.1.300.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 300

293 Kampagnenfähige Abgeordnete: Unseren Abgeordneten kommt neben der parlamentarischen
Arbeit
294 in unserer Kampagnenführung eine wichtige Rolle zu. Sie haben einen privilegierten Zugang
295 zu Öffentlichkeit und Informationen. Unsere Abgeordneten organisieren ihre Arbeit und
296 stellen ihre Büros so auf, dass sie in der Lage sind, Kampagnen zu unterstützen und
297 möglichst viel Öffentlichkeit zu generieren. Es ist entscheidend, dass sie ihre
298 politischen Themen auf allen Ebenen mit der Erzählung der Partei nach außen kommunizieren.
299 Dafür definieren wir, was wir von unseren Abgeordneten erwarten. Wir werden ein Konzept
300 erstellen, wie unsere Abgeordneten unterstützt werden, gute Kampagnenarbeit zu machen. Ihre

Büros sollen zu Räumen der solidarischen Abgeordneten- und Nachbarschaftsarbeit werden. Stadtteulfeste, Arbeiter*innenhöre und Hausaufgabenhilfe drücken unsere Wahlkreisarbeit genauso aus wie Bündnistreffen und Sozialberatungen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.309.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 309

309 Solche Kampagnen sollen die Regierung ~~vor uns hertreiben~~ unter Druck setzen. Und sie sollen
der Linken einen
310 praktischen Nutzen und eine konkrete Praxis geben. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder
311 öffentlich sichtbar zu werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Fokussierung auf das
312 Thema Miete im Bundestagswahlkampf 2025, kombiniert mit Haustürarbeit und der konkreten
313 Hilfe bei falschen Nebenkostenabrechnungen. So konnten wir den konkreten Nutzen unserer
314 Partei deutlich machen.

Begründung

keine erneute Verwendung von AFD-Vokabular, das wir zu Recht selbst hart kritisiert haben seinerzeit.

Antrag L.1.309.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

BV Berlin Tempelhof-Schöneberg

Zeile 309

309 ~~Solche~~ Mit solchen Kampagnen ~~sollen~~ wollen wir die Regierung ~~vor uns hertreiben~~ zwingen, sich
mit unseren Themen zu beschäftigen. Und sie sollen der Linken einen
310 praktischen Nutzen und eine konkrete Praxis geben. Diese Fokuskampagnen helfen uns, wieder
311 öffentlich sichtbar zu werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Fokussierung auf das
312 Thema Miete im Bundestagswahlkampf 2025, kombiniert mit Haustürarbeit und der konkreten
313 Hilfe bei falschen Nebenkostenabrechnungen. So konnten wir den konkreten Nutzen unserer
314 Partei deutlich machen.

Begründung

Sprachanpassung erster Satz: "Hertreiben" ist entwertend wie das Gauland'sche "wir werden sie jagen". Wir müssen uns solcher Sprache enthalten.

Antrag L.1.316.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid']

Zeile 316

315 Eine der drängendsten Fragen unserer Zeit ist die Wohnungsfrage. Wir beantworten sie mit
316 der Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen, einem bundesweiten Mietendeckel, der
317 sofort den Druck für Millionen Mieterinnen und
318 Mietern nehmen würde. Die Mietenfrage eignet sich besonders für eine zentrale Kampagne
319 unserer Partei, da sie bundesweit von keiner anderen Partei als zentrales Thema bespielt
320 wird. Wir als Linke konnten mit dieser Fokussierung im Bundestagswahlkampf punkten. In den
321 nächsten vier Jahren werden wir ein bis zwei bundesweit organisierte Kampagnen führen, mit
denen wir tatsächlich etwas für Mieterinnen und Mieter oder Wohnungssuchende erreichen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.322.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid']

Zeile 322

322 Nicht minder wichtig ist die VerteidigungErhöhung der Einkommen der lohnabhängig
Arbeitenden, der
323 Renten und Transferzahlungen. Wir respektieren und verteidigen die Tarifautonomie der
324 Gewerkschaften, aber wir müssen seit Jahren feststellen, dass die Einkommen nicht nur
325 durch Tarifverhandlungen und betriebliche Kämpfe verteidigt werden können. Die Politik ist
326 immer mehr gefordert: Regelung von Arbeitszeiten, Begrenzung von Leih- und Teilzeitarbeit,
327 Rentenerhöhungen, Preisdeckelung und Preiskontrollen, Erhöhung von Mindestlohn.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L.1.327.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 327

322 Nicht minder wichtig ist die Verteidigung der Einkommen der lohnabhängig Arbeitenden, der
323 Renten und Transferzahlungen. Wir respektieren und verteidigen die Tarifautonomie der
324 Gewerkschaften, aber wir müssen seit Jahren feststellen, dass die Einkommen nicht nur

325 durch Tarifverhandlungen und betriebliche Kämpfe verteidigt werden können. Die Politik ist
326 immer mehr gefordert: Regelung von Arbeitszeiten, Begrenzung von Leih- und Teilzeitarbeit,
327 Rentenerhöhungen, Preisdeckelung und Preiskontrollen, Erhöhung von Mindestlohn.

So wichtig die Themen Mieten und Wohnen waren und bleiben, und die Gewerkschaftsthemen ebenso, so klar ist auch, dass die Fokussierung sich auf Zeiträume beziehen wird und neben den inhaltlichen oder kommunikativen Schwerpunkten auch weitere Themen bearbeitet werden, wie Gesundheit und Pflege, Klima, ökologische Transformation, Steuern, Medien und Bildung sowie nicht zuletzt auch linke Wirtschaftspolitik oder die europapolitische Einbettung vieler Bereiche.

Begründung

Der Leitantrag beschreibt zwar in Auswertung der im Ergebnis erfolgreichen Wahlkampagne die Themen unter dem Blickwinkel der Fokussierung. Dabei geraten aber zentrale Themen unserer Zeit aus dem Blick und erscheinen gar nicht auf der Agenda des eng auf Kampagnen und Bewegungsstrukturen orientierten Ansatzes im Leitantrag.

Antrag L.1.327.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

Steffen Kühne (Berlin · Nr. 283), Inva Halili (Berlin · Nr. 185),
Thomas Goes (Niedersachsen · Nr. 164), und weitere

Zeile 327

322 Nicht minder wichtig ist die Verteidigung der Einkommen der lohnabhängig Arbeitenden, der
323 Renten und Transferzahlungen. Wir respektieren und verteidigen die Tarifautonomie der
324 Gewerkschaften, aber wir müssen seit Jahren feststellen, dass die Einkommen nicht nur
325 durch Tarifverhandlungen und betriebliche Kämpfe verteidigt werden können. Die Politik ist
326 immer mehr gefordert: Regelung von Arbeitszeiten, Begrenzung von Leih- und Teilzeitarbeit,
327 Rentenerhöhungen, Preisdeckelung und Preiskontrollen, Erhöhung von Mindestlohn. Ebenso zentral ist es, welche Antworten wir auf die fortschreitende Klimakatastrophe geben. Wir setzen uns für ein gutes Leben in Sicherheit für die abhängig Beschäftigten ein. Darum kämpfen wir für Schutz vor Umweltkatastrophen und vor den Folgen der Klimakrise. Die neue schwarz-rote Regierung wird beim Klimaschutz noch dramatischer versagen als die Ampel. Weltweit droht durch den Aufstieg der politischen Rechten ein fossiler Rollback. Wir sind die Kraft, die Soziales nicht gegen Ökologisches ausspielt, sondern jene zur Kasse bittet, die dem Klima am stärksten schaden. Wir wollen soziale und ökologische Sicherheit für die abhängig Beschäftigten. Darum werden wir auch klimapolitisch mit Kampagnen aktiv sein. Sozialer Ausgleich durch ein Klimageld oder bezahlbares und klimaneutrales Heizen dürfen nicht länger nur leere Worthülsen bleiben.

Begründung

Bei der Bundestagswahl war das Thema "Umwelt und Klima" nach dem Thema "soziale Sicherheit" das zweitwichtigste Thema bei der Wahlentscheidung für unsere Partei. Wir müssen dieses Thema deshalb sichtbarer nach vorn stellen - sowohl im Leitantrag, als auch in unserer politischen Schwerpunktsetzung.

weitere Antragstellende

Delegierte:

Maximilian Becker (KV Jena), Johannes Schmidt (KV Karlsruhe), Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg), Lena Bödeker (KV Göttingen/Osterode), Martina Hamich (KV Hannover), Sven Olaf Fennen (BV Harburg, Hamburg), Klaus-Wilhelm Depker (KV Northeim), Antonia Ivankovic (BV Hamburg Mitte), Ella Grove (BV Harburg, Hamburg), Silvio Lang (KV Bautzen), Florian Demmler (KV Jena), Marek Lipp (Linksjugend), Marcus Otto (BV Berlin-Steglitz Zehlendorf), Lena Saniye Güngör (KV Jena), Marco Böhme (KV Leipzig), Jule Heike Michel (KV Kassel-Stadt), Thomas Iwan (BV Hamburg-Wandsbek), Andrea Kubank (KV Bautzen), Paul Naujoks (KV Oldenburg), Iris Burdinski (KV Potsdam), Ruby Cichon (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Magdalena Depta-Wollenhaupt (SKK), Claudia Scholz (KV Leipzig), Anne Zerr (KV Reutlingen), Norbert Müller (KV Potsdam), Andrei Yagoubov (KV München)

Weitere:

Violetta Bock (Teilnehmende mit beratender Stimme, KV Kassel-Stadt), Fabian Fahl (Teilnehmender mit beratender Stimme, KV Aachen), Lisa Zumbrock (KV Göttingen/Osterode), Raik Ohlmeyer (KV Altmarkkreis Salzwedel), Katrin Schulz (KV Altmarkkreis Salzwedel), Gökay Akbulut (Teilnehmende mit beratender Stimme, KV Mannheim)

Antrag L.1.332.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 332

330 Als Linke wollen wir Orientierung bieten, Perspektiven entwickeln und aufzeigen,
331 überzeugen und konkrete politische Konzepte vorschlagen. Außerdem streben wir ein
332 produktives Verhältnis zum intellektuellen und bewegungsnahen Umfeld unserer Partei und zu politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern, Organisationen, Gewerkschaften oder Verbänden an, um
333 Konflikte von links aufzugreifen und zu begleiten.

Begründung

Es geht in gesellschaftlichen Diskursen nicht nur um nahestehende Partner, sondern auch je nach Themenfeld und mit unterschiedlichen Zielstellungen um vielfältigen Dialog einer in den gesellschaftlichen Diskursen verankerten und sich bewegenden Partei.

Antrag L.1.333.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 333

330 Als Linke wollen wir Orientierung bieten, Perspektiven entwickeln und aufzeigen,
331 überzeugen und konkrete politische Konzepte vorschlagen. Außerdem streben wir ein

332 produktives Verhältnis zum intellektuellen und bewegungsnahen Umfeld unserer Partei an, um
333 Konflikte von links aufzugreifen und zu begleiten. Ein wichtiger Faktor ist dabei die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es gehört zu den positiven Effekten unseres Wahlergebnisses, dass der befürchtete Mitteleinbruch bei der Stiftung nun sehr viel geringer ausfallen wird. Wir gehen davon aus, dass nun insbesondere der Erhalt aller bisherigen Regionalbüros in den Bundesländern wieder möglich ist und zeitnah umgesetzt wird.

Begründung

Wenn wir über die Arbeit in und mit dem intellektuellen und bewegungsnahen Umfeld der Partei reden, sollten wir auch die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung erwähnen. Für diese ist das Wahlergebnis ein wichtiger Faktor, was die zukünftige Mittelausstattung betrifft. Die befürchteten Kürzungen sind dadurch nicht mehr in vollem Umfang nötig.

Die Landesverbände haben immer wieder unterstrichen, dass für die Arbeit im linken gesellschaftlichen Umfeld vor allem die Tätigkeit der Regionalbüros existenziell ist. Die Regionalbüros leisten einen wichtigen Beitrag, linke Inhalte vor Ort zu verankern, fortschrittliche Umfeldler einzubinden und gesellschaftliche Debatten von links aufzugreifen. Die Rücknahme der Schließung von Regionalbüros sollte jetzt sowohl möglich als auch dringend geboten sein.

Eine Korrektur der Kürzungen ist auch vom politischen Signal her notwendig. Die ursprüngliche Prognose, einen Mitteleinbruch um 40 Prozent verkraften zu müssen, beruhte auf der Annahme, dass 2025 und 2029 Wahlergebnisse von 5 Prozent einkalkuliert werden müssen. Nach 8,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2025 weiter an dieser Personalabbauquote festzuhalten, würde bedeuten, ein Wahlergebnis 2029 von 2,2 Prozent anzunehmen. Das könnte man niemand erklären.

Antrag L.1.335.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

Cuba sí

Zeile 335 - 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.

335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. ~~Dabei~~

336 ~~binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so~~
337 ~~weit wie möglich ein. Wir müssen~~Hierfür ist zuerst eine ~~neue analytische Klarheit erlangen und~~
~~sprechfähig~~

338 ~~sein.~~ tiefgründige Analyse des bisherigen Grundsatzprogramms von 2011 wichtig, bei der die
Parteibasis in den Basis- und Ortsgruppen, darunter die vielen neuen sowie die erfahrenen
Genossinnen und Genossen, einbezogen werden müssen. Wir müssen analysieren, welche
inhaltlichen Positionen im bisherigen Wahlprogramm geändert werden sollen: Welche Positionen
bedürfen einer Korrektur, einer Erweiterung oder sollten gestrichen werden? Vor allem aber
muss geklärt werden, welche Positionen des Wahlprogramms unbedingt erhalten bleiben
müssen. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.

339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

Im Entwurf des Leitantrages wird bereits richtig eingeschätzt (Zeilen 155 - 160), dass es in den letzten Jahren „an einer ehrlichen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, die auch unsere Rolle und auch eigene Fehler mit einbezieht. Und es fehlte ein gemeinsamer strategischer Plan, der zentrale Bereiche unserer Parteiarbeit sinnvoll miteinander verbindet: unsere Kampagnen, die Aufbauarbeit und Organisierung vor Ort, die Ausbildung und Befähigung unserer Mitglieder, unsere Kommunikation nach außen und unser inhaltliches Profil sowie die parlamentarische Arbeit.“

Vor der Neuformulierung unseres Parteiprogramms – der Grundlage für unser politisches Handeln in den nächsten 10 bis 15 Jahren – muss nach unserer Überzeugung genau diese gründliche Analyse des bisherigen Programms stehen, in die unsere Parteibasis zwingend mit einbezogen werden muss. Nur so kann es gelingen, unterschiedliche Positionen im gemeinsamen und solidarischen Austausch auszudiskutieren und darauf aufbauend von allen Mitgliedern nachhaltig getragene Positionen zu formulieren.

Antrag L.1.336.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Sachsen

Zeile 336 - 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir ~~sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen~~alle Genossinnen und Genossen
so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm ~~an einigen Punkten~~ im Heute zu verankern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

1. Neu und Erfahrung schließen sich nicht aus. Wir nehmen alle Mitglieder im Programmprozess mit.
2. Wir schauen uns das komplette Programm an und nicht nur einige Punkte. Ob wir dann nur einige Punkte ändern, entscheidet der Prozess.

Antrag L.1.337.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik und weitere

Zeile 337 - 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei

336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir ~~müssen~~wollen - bei Bewahrung der friedenspolitischen Grundsätze des
Erfurter Programms - eine ~~neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig~~
338 ~~sein. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.~~Analyse
erarbeiten, die ausgehend vom weltweiten geopolitischen Zustand die entscheidenden Ursachen
für die Weltkriegsgefahr aufzeigt und Schlussfolgerungen für unseren friedenspolitischen Kampf
enthält.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Kreis- Bezirks- oder Ortsverbände:

OV Berlin Marzahn-NOW

Bundesweite Zusammenschlüsse/Jugend- und Studierendenverband:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Delegierte:

Ellen Brombacher (BV Berlin Mitte), Margit Glasow (Partei Vorstand, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Naisan Raji (Partei Vorstand, Sozialistische Linke), Vera Baryshnikov (KV Magdeburg), Heidemarie Boulnois (Kommunistische Plattform), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rim Farha (Kommunistische Plattform), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform), Irina Hirseland (BV Berlin Marzahn-Hellersdorf), Stephan Jegielka (BV Berlin Mitte), Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rolf Kohn (Kreisvorsitzender, KV Recklinghausen), Rita Krüger (BAG Seniorenpolitik), Luisa Mayer (Parteirat, Linksjugend ['solid]), Saskia Mestern (BV Hamburg-Nord), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend ['solid]), Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí), Dr. Artur Pech (Mitglied des Ältestenrates, KV Oder-Spree), Thorben Peters (Landesvorsitzender Niedersachsen, Parteirat, KV Lüneburg), Erich Postler (KV Greiz), Melanie Rott (BV Berlin Mitte), Waltraud Tegge (KV Mecklenburgische Seenplatte), Thilo Urchs (BV Berlin Mitte), Olaf Walther (BV Hamburg-Nord), Domenica Winkler (BAG Frieden und internationale Politik), Elisabeth Wissel (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Rolf Zaspel (KV Vorpommern-Rügen), Sonja Kemnitz (Parteirat, BV Berlin Treptow-Köpenick)

Landesarbeitsgemeinschaften:

Auch wir sind die Linke – Treptow-Köpenick

Weitere:

Ulrike Eifler (Partei Vorstand, BAG Betrieb & Gewerkschaft, Teilnehmende mit beratender Stimme), Friedrich Rabe (Parteirat, KV Bördekreis, Teilnehmer mit beratender Stimme), Thorben Schulz (BV Hamburg-Nord), Reiner Hofmann (KV Stuttgart), Michael Schneider (BV Berlin Treptow-Köpenick), Carsten Schulz (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Petra Willemelis (Auch wir sind die Linke – BV Treptow-Köpenick), Ulrich Thoden (MdB, Stellv. Sprecher Landesverband NRW, Parteirat,

Teilnehmender mit beratender Stimme)

Antrag L.1.338.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm ~~an einigen Punkten im Heute~~ mit Blick auf die
Erfahrungen in der Gegenwart und die Herausforderungen für die Zukunft zu verankern-
erneuern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

Die jetzige Formulierung setzt die sehr einengende Botschaft, dass es nur wenig Änderungsbedarf gibt. Dies sollte jedoch Gegenstand der Debatte in der – letztlich auch sehr neuen Partei – zu den fundamentalen Veränderungen weltweit sein.

Antrag L.1.338.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Flensburg, Jan Schlemmermeyer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)

Zeile 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm ~~an einigen Punkten~~ im Heute zu verankern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

Unser Programm sollte grundsätzlich im Heute (und Morgen) verankert sein. Und nicht nur in einigen Punkten. Die Ebene Europäischer Politik wurde (auch) hier vergessen, dabei ist sie einerseits oft

hilfreich, um die Bundesrepublik sachgerecht zu kritisieren, wenn sie positive europäische Entwicklungen ausbremst, andererseits ist die Europäische Politik selbst kritikwürdig und damit ein entscheidender Fokus linker Politikentwicklung und auch politischer Handlungsebenen von Parteien und linken Bewegungen.

Antrag L.1.338.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Köln

Zeile 338

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. ~~Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.~~
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Begründung

Völlig undefiniert, Nichtssagend

Antrag L.1.342.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 342

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden. Der Parteivorstand beruft daher umgehend - in Abstimmung mit den Landesverbänden und dem Parteirat - eine Programmkommission. Diese legt dem Parteivorstand bis Herbst 2025 ein Konzept zur inhaltlichen und strukturellen Organisation des Programmprozesses vor. Dabei sollen insbesondere die Themen in den Fokus genommen werden, von denen wir wissen, dass sie zentrale gesellschaftliche Auseinandersetzungen betreffen und dass wir eigenen Diskussionsbedarf haben. Der Programmprozess muss die unterschiedlichen Positionen in der Partei verständnis- und ergebnisorientiert miteinander in

die Debatte bringen, eine breite Beteiligung der Mitgliedschaft vorsehen und externe Expertise mit einbeziehen. Die Programmkommission übernimmt auch den redaktionellen Prozess der Erstellung eines ersten Entwurfs für einen Leitantrag zur Programmänderung, der vom Parteivorstand bis Ende 2026 beschlossen wird und noch alternative Formulierungen enthalten kann. Hierzu findet nochmals ein Diskussions- und Beteiligungsprozess statt, der in einen endgültigen Leitantrag des PV für einen Parteitag 2027 mündet. Zu diesem gilt das normale Antragsverfahren.

Begründung

Wir haben auf den Parteitagen in Augsburg (November 2023) und in Halle (Oktober 2024) bereits Beschlüsse zum Programmprozess gefasst. Der Leitantrag muss daher jetzt konkrete Schritte festlegen und angehen, und den Prozess beschreiben wie wir bis 2027 zu einem erneuerten Programm kommen.

Antrag L.1.342.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Köln

Zeile 342

334 Programmprozess: Eine sozialistische Mitgliederpartei muss auf der Höhe der Zeit agieren.
335 Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen Programmprozess abzuschließen. Dabei
336 binden wir sowohl unsere vielen neuen als auch die erfahrenen Genossinnen und Genossen so
337 weit wie möglich ein. Wir müssen eine neue analytische Klarheit erlangen und sprechfähig
338 sein. Dabei geht es darum, unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern.
339 Gesellschaftliche Veränderungen bringen auch inhaltliche Konflikte mit sich, die wir nicht
340 scheuen. Wir werden in einem Prozess der programmatischen Erneuerung gemeinsam mit den
341 Menschen in diesem Land Antworten jenseits von Entsolidarisierung, Abschottung und
342 Autoritarismus suchen und finden.

Soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedenspolitik gehören zusammen. Sie müssen zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedensbewegung müssen daher gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.

Soziale Gerechtigkeit:

Die Linke steht für eine Wirtschaftspolitik, die von den Bedürfnissen der Menschen aus denkt. Wir wollen einen planbaren und demokratischen Industrieumbau. Gleichzeitig braucht es konkrete Verbesserungen für die ganz große Mehrheit, statt der wirtschaftlichen Eliten. Für uns ist aber klar: Im Zentrum steht die zukunftsfähige und wohlfahrtsstaatliche Gestaltung der Wirtschaft zugunsten von Belegschaften, Kommunen, Familien und Regionen. Wir wollen, dass alle Menschen profitieren.

Wir brauchen Initiativen für mehr demokratische Kontrolle. Auch deshalb ist die Besteuerung großer Vermögen wichtig. Denn: Viel Geld bedeutet viel Einfluss. Sowohl im Sinne von Investitionsentscheidungen als auch durch Lobbyismus bei Entscheidungsträgern. Das widerspricht der Grundidee einer Demokratie. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften in Aufsichtsräten, Betriebsräten sowie in öffentlich verwalteten Fonds muss ausgebaut werden. Der Staat muss im Zuge öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie zur Stützung von

Industrien Anteile an und Mitsprachemöglichkeiten in Unternehmen erwerben. Unser Ziel ist ein Wirtschaftssystem, in dem nicht eine Handvoll Familien die Hälfte des Vermögens besitzt, sondern ein System, in dem Entscheidungen demokratisch getroffen werden. Indem Investitionsentscheidungen in klimafreundliche Technologien nicht nach der erwarteten Rendite für den Investor, sondern nach dem Nutzen für die Gesellschaft getroffen werden.

Wenn Märkte und Politik von wenigen Milliardärsfamilien und Großkonzernen dominiert werden, schadet diese große Ungleichheit Demokratie und Wirtschaft. Eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen bzw. Vermögen ist auch gut für die Konjunktur, da niedrigere Einkommen mehr konsumieren und damit die Wirtschaft ankurbeln. Nur so können Schritte zur sozialen Gerechtigkeit eingeleitet werden.

Begründung

Die Klammer für die Themen Soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedenspolitik muss aufgezeigt werden. Die zentrale Aufgabe unserer Zeit ist die Aufklärung über den realen Zusammenhang von Aufrüstung, Sozialabbau und drohender Klimakatastrophe. Diesen Zusammenhang müssen wir als Partei herausarbeiten und in die Bewegungen tragen.

Antrag L.1.343.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: AKL

Zeile 343 - 348

343 ~~Gemeinsame Haltung für den Frieden:~~ Die Linke ist und bleibt ~~eine Friedenspartei,~~
344 ~~insbesondere in~~ die Antikriegspartei und Partei für den Frieden. Insbesondere in den heutigen
Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten der zunehmenden Militarisierung aller
gesellschaftlichen Bereiche werden wir bedingungslos
345 ~~für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt~~
346 ~~leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für~~
347 ~~diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.~~
348 ~~Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.~~ gemeinsam mit den
Kräften der Antikriegs- und Friedensbewegung allen konkreten Maßnahmen zur Gewöhnung an
den Krieg widersetzen. Wir sind gegen Rüstungsproduktion, Rüstungsexporte, Ausbau der
Bundeswehrstrukturen, Militarisierung von Bildungs- und Gesundheitswesen. Wir unterstützen
Streiks, Boykotte und Blockaden, die sich dieser Kriegspolitik widersetzen.
Die Linke verteidigt konsequent und ungeteilt die Menschenrechte. Sie bleibt die Partei des
Völkerrechts und des friedlichen, diplomatischen Austragens aller Konflikte.

Antrag L.1.343.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BV Hamburg-Altona

Zeile 343 - 345

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist ~~und bleibt eine Friedenspartei,~~
die antikapitalistische und antifaschistische Stimme innerhalb der Friedensbewegung,
insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht ~~und,~~ den Respekt und die Anerkennung der internationalen Organisationen
(Z.B. in Fragen der Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs) sowie den Schutz
derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Antrag L.1.344.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Region Hannover

Zeile 344

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Mehr globale Gerechtigkeit ist
Voraussetzung für Frieden und Stabilität. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für Frieden und Stabilität, überall auf der Welt. Wir stehen für fairen Handel, ein faires Lieferkettengesetz, die Entschuldung ärmster Länder.

Antrag L.1.346.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 346 - 347

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir ~~wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für~~
347 ~~diplomatische und andere nicht-militärische~~ treten allen Versuchen entgegen, Krieg als Mittel,
um Kriege nationaler Interessenpolitik zu beenden, durchzudringen, normalisieren. Angesichts
der ungebrochen fortgesetzten Kriege in der Ukraine und in Israel/Palästina und weiteren, zum
Teil bereits lange andauernden Kriegen (Sudan, Kongo), einer aggressiver werdenden Rivalität
USA-China und einer beschleunigten Aufrüstung EU-Russland, treten wir weiterhin für
diplomatische Initiativen zur Eindämmung und Beendigung von Kriegen an. Wir stellen uns aber
auch den Fragen, was Verteidigungsfähigkeit konkret bedeutet und wie wir uns positionieren,

wenn das Völkerrecht von den stärksten Mächten offen negiert wird und die internationale Gemeinschaft die Angegriffenen nicht schützen kann.

348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Es geht ja nicht um uns und wie wir mit unseren Vorschlägen global durchdringen, sondern darum, wie eine Entwicklung durchbrochen werden kann, die offensichtlich immer stärker auf eine Normalisierung von militärischer Interessenpolitik orientiert. Dazu müssen wir die begonnene Debatte fortführen, was Verteidigungsfähigkeit bedeutet und was nicht, und wie wir auf Angriffskriege und Bruch des Völkerrechts reagieren wollen.

Antrag L.1.347.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	KV Flensburg, Jan Schlemmer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)
--------------------------	--

Zeile 347

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen- und
zugleich glaubwürdigere Antworten auf die Bedrohungen durch autoritäre Regime wie Putin
entwickeln.

348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Wir stehen ja tatsächlich in der Verantwortung - „unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern“ und gerade zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen Antworten zu liefern. Das muss aber auch heißen alle wesentlichen Probleme und Herausforderungen klar zu benennen und zu programmatischen Veränderungen bereit zu sein, was bedeutet, konkrete Wege zu einer friedlichen Entwicklung durch europäische Abrüstungsstrategien, die einen umfassenden Sicherheitsbegriff verlangen, aufzuzeigen. In der zunehmend erodierenden Weltordnung sollten wir zudem die für uns wichtigen und potentiell handlungsfähigen Akteure, wie eine zu reformierende EU, dringend benennen und gemeinsam ausdiskutieren, wie Europa souverän und weltoffen zu einer friedlichen, regelbasierten und Menschenrechte achtenden, demokratischen Entwicklung beitragen kann.

Antrag L.1.347.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	BAG Frieden und internationale Politik
--------------------------	--

Zeile 347 - 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,

344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische ~~und andere nicht-militärische~~ Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen. Wir
lehnen das Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegführungskategorien
ab und treten für radikale Abrüstung, Entspannungspolitik und Völkerverständigung ein. Wir
fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Antrag L.1.348.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik und weitere
--------------------------	--

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 ~~Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen~~Dabei sind wir uns
einig, dass der Ruf nach irrsinnigen Ausgaben für die Aufrüstung der Bundeswehr nicht dazu
beiträgt, eine Atmosphäre zu schaffen, die nicht Kriegs- sondern Friedenstüchtigkeit befördert.
Gerade in Anbetracht der deutschen Geschichten wenden wir uns gegen die forcierte
Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und gegen alle Versuche, die Wehrpflicht wieder
einzuführen. Wir sind uns einig in unserer Position, die geplante Stationierung US-
amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden abzulehnen. Nicht zuletzt mit diesen
Forderungen werden wir in der Friedensbewegung aktiv sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Kreis- Bezirks- oder Ortsverbände:

OV Berlin Marzahn-NOW

Bundesweite Zusammenschlüsse/Jugend- und Studierendenverband:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Delegierte:

Ellen Brombacher (BV Berlin Mitte), Margit Glasow (Partei Vorstand, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Naisan Raji (Partei Vorstand, Sozialistische Linke), Vera Baryshnikov (KV Magdeburg), Heidemarie Boulnois (Kommunistische Plattform), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rim Farha (Kommunistische Plattform), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform), Irina

Hirseland (BV Berlin Marzahn-Hellersdorf), Stephan Jegielka (BV Berlin Mitte), Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rolf Kohn (Kreisvorsitzender, KV Recklinghausen), Rita Krüger (BAG Seniorenpolitik), Luisa Mayer (Parteirats, Linksjugend ['solid]), Saskia Mestern (BV Hamburg-Nord), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend ['solid]), Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí), Dr. Artur Pech (Mitglied des Ältestenrates, KV Oder-Spree), Thorben Peters (Landesvorsitzender Niedersachsen, Parteirats, KV Lüneburg), Erich Postler (KV Greiz), Melanie Rott (BV Berlin Mitte), Waltraud Tegge (KV Mecklenburgische Seenplatte), Thilo Urchs (BV Berlin Mitte), Olaf Walther (BV Hamburg-Nord), Domenica Winkler (BAG Frieden und internationale Politik), Elisabeth Wissel (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Rolf Zaspel (KV Vorpommern-Rügen), Sonja Kemnitz (Parteirats, BV Berlin Treptow-Köpenick)

Landesarbeitsgemeinschaften:

Auch wir sind die Linke – Treptow-Köpenick

Weitere:

Ulrike Eifler (Parteivorstand, BAG Betrieb & Gewerkschaft, Teilnehmende mit beratender Stimme), Friedrich Rabe (Parteirats, KV Bördekreis, Teilnehmer mit beratender Stimme), Thorben Schulz (BV Hamburg-Nord), Reiner Hofmann (KV Stuttgart), Michael Schneider (BV Berlin Treptow-Köpenick), Carsten Schulz (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Petra Willemelis (Auch wir sind die Linke – BV Treptow-Köpenick), Ulrich Thoden (MdB, Stellv. Sprecher Landesverband NRW, Parteirats, Teilnehmender mit beratender Stimme)

Antrag L.1.348.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	KV Flensburg, Jan Schlemmermeyer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)
--------------------------	---

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen und zugleich notwendige Entscheidungen treffen. Wir wollen aus der EU eine Friedensunion machen, die in Zeiten von globalen Krisen für Völkerrecht, Entspannung und Menschenrechte eintritt und gemeinsam unsere Demokratie gegen Bedrohungen von Innen und Außen verteidigt. Unser Konzept von Sicherheit schließt somit eine konsequente europäische Klimapolitik und den kooperativen Handel als zivile Politiken der internationalen Konfliktlösungen ein, um den Ressourcen vernichtenden Wettbewerb um militärische Abschreckung wieder zu beenden.

Begründung

Wir stehen ja tatsächlich in der Verantwortung - „unser Programm an einigen Punkten im Heute zu verankern“ und gerade zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen Antworten zu liefern. Das muss aber auch heißen alle wesentlichen Probleme und Herausforderungen klar zu benennen und zu programmatischen Veränderungen bereit zu sein, was bedeutet, konkrete Wege zu einer friedlichen

Entwicklung durch europäische Abrüstungsstrategien, die einen umfassenden Sicherheitsbegriff verlangen, aufzuzeigen. In der zunehmend erodierenden Weltordnung sollten wir zudem die für uns wichtigen und potentiell handlungsfähigen Akteure, wie eine zu reformierende EU, dringend benennen und gemeinsam ausdiskutieren, wie Europa souverän und weltoffen zu einer friedlichen, regelbasierten und Menschenrechte achtenden, demokratischen Entwicklung beitragen kann.

Antrag L.1.348.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	KV Flensburg, Jan Schlemmer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)
--------------------------	--

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen. Dazu gehört die Unterstützung von Abrüstungsinitiativen weltweit und die Entwicklung einer europäischen Verteidigungspolitik auf der Basis eines zivil orientierten Sicherheitsbegriffs, der die drängende planetare Frage, die dringende ökonomische Kooperation mit dem globalen Süden und soziale Sicherheit einbezieht.

Begründung

Unser Programm sollte grundsätzlich im Heute (und Morgen) verankert sein. Und nicht nur in einigen Punkten. Die Ebene Europäischer Politik wurde (auch) hier vergessen, dabei ist sie einerseits oft hilfreich, um die Bundesrepublik sachgerecht zu kritisieren, wenn sie positive europäische Entwicklungen ausbremst, andererseits ist die Europäische Politik selbst kritikwürdig und damit ein entscheidender Fokus linker Politikentwicklung und auch politischer Handlungsebenen von Parteien und linken Bewegungen.

Antrag L.1.348.4

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Altona
--------------------------	-------------------

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen. Friedensarbeit ist präventive Arbeit. Wir setzen uns aktiv für internationale Austauschprogramme (Sport,

Wissenschaft, Schule und Jugend, Kultur und weitere) auf Kommunalen, Landes- und Bundesebene ein. Für uns ist selbstverständliche Richtschnur einer aktiven Friedenspolitik die Anerkennung, Stärkung und stete Weiterentwicklung internationaler Abkommen, Verträge und Organisationen. Wir streben einen deutlich stärkeren und breiter aufgestellten Austausch mit Schwesterparteien - vor allem aus dem globalen Süden an. Auch die Möglichkeit eines Beobachterstatus in weiteren internationalen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen gehört für uns zu einer präventiven Friedensarbeit.

Antrag L.1.348.5

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Köln

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.
348 ~~Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen~~Die Linke lehnt das von CDU/CSU, SPD und Grünen mit der Aufhebung der Schuldenbremse für den Rüstungshaushalt und einem 500-Milliarden-Investitionsprogramm in Infrastruktur und Klimaschutz im Bundestag und Bundesrat beschlossene Finanzpaket mit der Möglichkeit der unbegrenzten Hochrüstung der Bundeswehr ab. In der Folge wird die neue Bundesregierung die Axt an den Sozialstaat anlegen und Kürzungen vor allem im sozialen, kulturellen oder Bildungs- und Demokratiebereich durchsetzen, um ihre Wahlversprechen zu finanzieren. Die Linke wendet sich stattdessen gegen jede weitere Militarisierung der Gesellschaft, wie sie in vielen Bereichen deutlich spürbar ist. Denn mit verstärkter Hochrüstung, Wiedereinführung der Wehrpflicht, zusätzlicher Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und einer weiteren Eskalation der Kriegsspirale ist weder ein Frieden in Europa noch Hilfe für die bedrohten Menschen in den Kriegsgebieten zu erreichen. Der 8. Mai 1945 markierte das Ende des zweiten Weltkriegs und wurde für Deutschland zum Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Dieses Datum sollte für die Deutschen zugleich Mahnung und Verpflichtung sein, keine weitere kriegsfördernde Eskalation mehr zuzulassen.

Begründung

Streichung: Völlig undefiniert, Nichtssagend

Der erste Absatz stammt in Teilen aus dem Beschluss des Bundesvorstands vom 25.03.2025. Im zweiten Absatz wird die Position des Parteivorstands mit Inhalt gefüllt und beschreibt dann im dritten Absatz seine besondere deutsche Verantwortung für dieses Thema.

Antrag L.1.348.6

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

OV Schwerin-Süd

Zeile 348

343 Gemeinsame Haltung für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei,
344 insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als Partei treten wir bedingungslos
345 für das Völkerrecht und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt
346 leiden. Wir wollen es in Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für
347 diplomatische und andere nicht-militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen.

348 Wir sagen klar und unmissverständlich: Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr hat an Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf Ausbildungsmessen nichts zu suchen. Während andere Parteien Aufrüstung und Kriegstauglichkeit predigen, halten wir dagegen. Wir wollen Abrüstung statt Aufrüstung, Diplomatie statt Drohnen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht? Nicht mit uns! Zwangsdienste passen nicht in eine freie und demokratische Gesellschaft, für die wir uns als Linke einsetzen. Wir wollen hier die Positionen, die uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, ob durch Werbekampagnen der Bundeswehr, steigende Rüstungsausgaben oder die Debatte um eine Rückkehr zur Wehrpflicht, widerspricht unseren Grundsätzen als Friedenspartei. Wir wollen diesen Entwicklungen eine klare, unmissverständliche Haltung entgegensetzen. Gerade in Zeiten, in denen Militarismus wieder salonfähig gemacht werden soll, braucht es eine Partei, die konsequent für Abrüstung, zivile Konfliktlösungen und gegen jede Form der Rekrutierung an Schulen oder Jobmessen steht. Diese Einfügung schärft unser Profil und macht deutlich: Die Linke bleibt die Stimme gegen Krieg und Aufrüstung, unmissverständlich und laut.

Antrag L.1.349.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

LV Bremen

Zeile 349 - 356

349 Glaubwürdigkeit und ~~Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt~~
350 ~~zu verändern und nicht, um Karriere zu machen~~Erneuerung: Unsere Parlamentsfraktionen
351 müssen Erfahrung und Erneuerung verbinden. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
352 eine Mandatszeitbegrenzung ~~von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, die in der Regel~~
nicht länger als drei Wahlperioden dauern soll. Unsere Abgeordneten leisten erhöhte
Mitgliedsbeiträge und finanzieren vielerorts Abgeordnetengemeinschaften, unterstützen
kommunalpolitische Vereinigungen und spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen. Als
zusätzliches Element streben wir an, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds ~~der Partei spenden, um~~
spenden, um Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir
dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. ~~Ein Mandat der Linken~~
355 ~~verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu~~
356 ~~stellen.~~

Begründung

Wir sollten nicht mit der Unterstellung anfangen, dass Abgeordnete normalerweise nur an Karriere interessiert seien. - Ebenso sollte das Ziel der Mandatszeitbegrenzung als "in der Regel" gefasst werden, ansonsten würde das heißen, dass wir Abgeordnete wie Gregor gar nicht mehr dabei haben wollen. - Unsere Abgeordneten machen bereits sehr viel in Sachen Beiträge, Spenden etc., das sollte positiv genannt werden, bevor es um das zusätzliche Element von Sozialfonds geht. Ob diese bei der Partei oder den Fraktionen angesiedelt sind, sollte offen bleiben. - Der Satz mit der Verpflichtung zum Dienst an der Partei ist in der Formulierung nicht zeitgemäß und klingt zu sehr nach Parteikonzepten, die wir historisch ablehnen.

Antrag L.1.349.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Köln

Zeile 349

349 Bedingungsloses Entstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde. Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisierungen in unserer Partei. So wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

350 **Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment:** Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds der Partei spenden, um
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. Ein Mandat der Linken
355 verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu
356 stellen.

Begründung

Zeilenverschiebung (Z.364-391) vor Zeile 349-355

Wurde in eine nach den Abschnitten sinnvollere Abfolge getauscht. Die Einfügung nach Zeile 342, Zeilen 357, 343, 364, 379, 384 und 349 werden zu Unterüberschriften:

(nach 342) Soziale Gerechtigkeit, Klima- und Friedenspolitik gehören zusammen. Sie müssen zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Klima-

und Friedensbewegung müssen daher gestärkt und ihre Vernetzung gefördert werden.

Soziale Gerechtigkeit:

(357) Soziale Klimapolitik:

(343) Gemeinsame Haltung für den Frieden:

(364) Bedingungsloses Eintreten für eine antirassistische und antifaschistische Haltung:

(379) Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf allen Ebenen:

(384) Parlamentarische Arbeit:

(349) Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment:

Antrag L.1.351.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

AKL

Zeile 351

349 Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal ~~d~~zwei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds der Partei spenden, um
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. Ein Mandat der Linken
355 verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu
356 stellen.

Antrag L.1.352.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

Linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS

Zeile 352

349 Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken ~~einen~~ihr Gehalt auf das Durchschnittsgehalt in Deutschland begrenzen.
Ein Teil ~~Ihrer Diäten~~soll an Sozialfonds der Partei ~~spenden, um~~gespendet werden, um
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. Ein Mandat der Linken
355 verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu
356 stellen.

Begründung

Die Linke kämpft für soziale Gerechtigkeit, Umverteilung und bessere Lebensverhältnisse für alle.

Doch viele Menschen misstrauen Politiker*innen, die hohe Gehälter beziehen, während sie selbst kaum über die Runden kommen. Wir sind nicht in der Politik, um Karriere zu machen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und nah an der Arbeiter*innenklasse zu bleiben, setzen wir uns dafür ein, dass unsere Bundestagsabgeordneten nur ein durchschnittliches Einkommen erhalten. So stärken wir unsere Glaubwürdigkeit als Anti-Establishment-Partei und zeigen: Die Linke handelt anders – nicht für persönliche Bereicherung, sondern für das Gemeinwohl.

Ein Teil der abgegebenen Gehälter fließt in Solidaritätsfonds, die Menschen in Not direkt unterstützen. Dieses Vorhaben haben wir bereits am 20. Oktober 2024 auf dem Halleschen Bundesparteitag beschlossen. Einige Abgeordnete sowie unsere Parteivorsitzenden, Ines und Jan, gehen bereits mit gutem Beispiel voran – lasst uns gemeinsam daraus eine feste Regel machen!

Antrag L.1.354.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Wiesbaden

Zeile 354 - 356

349 Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds der Partei spenden, um
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,
354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. ~~Ein Mandat der Linken~~
355 ~~verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu~~
356 ~~stellen.~~

Begründung

Es ist problematisch, wenn postuliert wird, „ein Mandat der Linken verpflichtet dazu ... sich in den Dienst der Partei zu stellen.“ Mandatsträger*innen sind verpflichtet, das von der Partei beschlossene Wahlprogramm zu vertreten und umzusetzen. Das Mandat erhalten sie jedoch von ihren Wähler*innen. Nach unserer Rechtsordnung sind sie allein diesen und ihrem Gewissen verantwortlich. Sie stehen nicht im „Dienst der Partei“. Ein „imperatives Mandat“ gibt es nach unserem Grundgesetz nicht.

Antrag L.1.356.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

AKL

Zeile 356

349 Glaubwürdigkeit und Anti-Establishment: Wir sind hier, um mit Herzblut etwas in der Welt
350 zu verändern und nicht, um Karriere zu machen. Wir setzen uns im Bundestag deshalb für
351 eine Mandatszeitbegrenzung von maximal drei Perioden ein. Und wir wollen, dass alle
352 Abgeordneten der Linken einen Teil Ihrer Diäten an Sozialfonds der Partei spenden, um
353 Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Unsere Mandatsträger:innen halten wir dazu an,

354 Transparenz über ihre Einnahmen und Spenden herzustellen. Ein Mandat der Linken
355 verpflichtet dazu, sich am Parteaufbau zu beteiligen und sich in den Dienst der Partei zu
356 stellen.

Gerade jüngste Erfahrungen in der Linken veranlassen uns, nachdrücklich festzustellen, dass parlamentarische Mandatsträger*innen und Mitglieder von regierenden oder verwaltenden Exekutivorganen sich an die Beschlüsse der Partei und ihrer Gremien und die programmatischen Grundlagen zu halten haben.

Antrag L.1.357.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Sachsen

Zeile 357 - 362

357 Entwicklung ~~von sozialer~~ einer sozialen Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Vor uns liegen ~~große~~ immense Herausforderungen, wenn wir den
359 ~~notwendigen~~ lange verschleppten Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung ~~schaffen wollen.~~
noch schaffen wollen. Die dringend notwendigen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels müssen dabei sozial gerecht auf alle Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden. Die soziale und die Klimafrage dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Klimagerechtigkeit bedeutet für uns schlussendlich den Bruch mit der kapitalistischen Wachstumslogik. Wir brauchen einen Plan- und. Wir müssen im Rahmen der Grenzen unseres Planeten wirtschaften. Wir brauchen eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen in-
361 ~~prekären~~ aller Generationen, insbesondere aber prekäre Milieus und die ~~mittlere und untere~~
Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen
362 ~~wir sowohl an die notwendige~~ wir in der notwendigen Radikalität denken, ~~als auch schaffen, an den und es gleichzeitig schaffen, an die~~ Anliegen der
363 breiten Mehrheit anzuknüpfen.

Antrag L.1.357.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Köln

Zeile 357 - 363

357 ~~Entwicklung von sozialer~~ Soziale Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Vor uns liegen große Herausforderungen, wenn wir den
359 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung schaffen wollen.
360 ~~Wir brauchen einen Plan und eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen~~ Es ist ein Klima- und Transformationsfonds für das nächsten Jahrzehnt zu bilden für Investitionen in
361 ~~prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen~~
362 ~~wir sowohl an die~~ Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und die Förderung von klimafreundlichen

Technologien. Ebenso besteht ein erheblicher Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Investitionen für Bahn und ÖPNV, Bildung, sozialem Wohnungsbau/-sanierung und Digitalisierung, für die Gelder zur Verfügung gestellt werden müssen. Nur so können notwendige ~~Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der~~

363 ~~breiten Mehrheit anzuknüpfen~~ Schritte zu einer sozialen Klimaschutzpolitik erreicht werden.

Begründung

Der Text zum Klimaschutz kommt im Antrag viel zu kurz. Forderung ab Zeile 360 angelehnt aus der Schrift „Wirtschaft für die Mehrheit“ von Ines Schwerdtner, 12.01.2025

Antrag L.1.357.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

BAG Ökologische Plattform; LAG Ökologie ADELE

Zeile 357 - 363

357 ~~Entwicklung von sozialer~~ Entwicklung einer sozialen Klimapolitik: Der Kampf gegen die ~~Klimakatastrophe ist die große~~

358 ~~Menschheitsfrage~~ Klima- und Umweltkatastrophe sind neben dem Friedenserhalt die großen Menschheitsfragen unserer Zeit. Vor uns liegen ~~große~~ immense Herausforderungen, wenn wir den

359 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung ~~schaffen wollen.~~

360 ~~Wir brauchen einen~~ noch schaffen wollen.

Die dringend notwendigen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels müssen dabei sozial gerecht auf alle Mitglieder der Gesellschaft verteilt werden. Die soziale und die Klimafrage dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Klimagerechtigkeit bedeutet für uns schlussendlich den Bruch mit der kapitalistischen Wachstumslogik.

Mit dem Aktionsplan Klimagerechtigkeit, dem Plan und B und umfangreichen Konzepten haben wir gute Pläne zur Lösung der Probleme. Diese arbeiten wir weiter aus und entwickeln eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen ~~in~~

aller Generationen, insbesondere Menschen in prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen

362 wir sowohl an die ~~notwendige~~ in der notwendigen Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der

363 ~~breiten Mehrheit anzuknüpfen~~ anknüpfen. Zur Entwicklung dieser Ansprache und Konzepte binden wir die gesamte Partei über einen kollektiven Kommunikationsprozess mit ein und entwickeln eine entsprechende Kampagne.

Begründung

Die Welt befindet sich derzeit vor drei Katastrophen, die in der Lage sind bisherige Konzepte menschlicher Gesellschaft grundsätzlich in Frage zu stellen. An dieser Stelle sollten wir klar stellen, dass wir hier auch die Gleichwertigkeit der Gefährdung dieser drei apokalyptischen Bedrohungen sehen.

Im Leitantrag einer Partei unseres Anspruchs darf bei aller Fokussierung auf soziale Themen die

Bedeutung des Kampfes gegen den Klimawandel nicht nur in 6 mageren Zeilen abgehandelt werden. Soziales, Ökologie und Ökonomie müssen immer im Zusammenhang gedacht werden. Ohne Klimaschutz wird es keine soziale Gerechtigkeit geben, denn die Folgen des Klimawandels treffen diejenigen am härtesten, die finanziell schlechter gestellt sind. Wirtschafts- und Klimapolitik unserer Partei müssen sich gegen soziale Spaltung und ökologischen Kahlschlag richten. Wir verlangen zu Recht Anerkennung und Respekt für alle diejenigen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Das bedeutet aber auch, neben den Investitionen in den Umbau der Wirtschaft gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Kosten dafür nicht nur den Beschäftigten und der großen Mehrheit aufgebürdet werden.

Mit Plan B und dem Klimaaktionsplan hat die Linke bereits ein gutes Fundament dafür, was zu tun ist. Wir müssen unsere Pläne weiter entwickeln und bekannt machen. Wir können umgehend anfangen, als gesamte Partei an der Umsetzung zu arbeiten. Die Zeit, um bei bloßer Planung zu bleiben ist abgelaufen. Natürlich müssen wir trotzdem den Prozess weiter spezifizieren. Hierzu sollte im Rahmen eines kollektiven Prozesses auf eine Kampagne hingearbeitet werden, die aufzeigt, dass die Linke die Umwelt- und Klimapartei mit Plan und für ihre Klasse ist.

Antrag L.1.358.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 358

357 Entwicklung von sozialer Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Sie trifft die Menschen in Casekow, Dortmund, vor allem aber im
Globalen Süden. Vor uns liegen große Herausforderungen, wenn wir den
359 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung schaffen wollen.
360 Wir brauchen einen Plan und eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen in
361 prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen
362 wir sowohl an die notwendige Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der
363 breiten Mehrheit anzuknüpfen.

Begründung

Die ökologische Katastrophe trifft nicht alle gleich. Sie betrifft vor allem die weltweit ärmsten Menschen, die vor Dürre, Hitze und Überschwemmungen fliehen müssen und damit vor allem Menschen im Globalen Süden ([230525_oxfam-kis23_factsheet_rz_online.pdf](#)). Dies muss von einer internationalistischen Partei klar benannt werden. Eine alleinige Nennung des Globalen Südens würde aber die Auswirkungen in Deutschland relativieren, daher ist die Aufzählung einer ländlichen ostdeutschen Gemeinde und einer westdeutschen Großstadt angebracht.

Antrag L.1.358.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 358

357 Entwicklung von sozialer Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Die Tierindustrie, in der Tier und Mensch ausgebeutet werden
359 verschärft diese Katastrophe weiter. Vor uns liegen große Herausforderungen, wenn wir den
360 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs und der Energieversorgung schaffen wollen.
361 Wir brauchen einen Plan und eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen in
362 prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen
363 wir sowohl an die notwendige Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der
breiten Mehrheit anzuknüpfen.

Begründung

Der Zusammenhang zwischen industrialisierter Tierhaltung und ökologischer Missstände ist hinlänglich belegt (z.B. Gerber, P.J., Steinfeld, H., Henderson, B., Mottet, A., Opio, C., Dijkman, J., Falcucci, A. & Tempio, G. 2013. Tackling climate change through livestock – A global assessment of emissions and mitigation opportunities. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), Rome) und gehört zu einer Erörterung des Problems dazu. Die industrialisierte Tierhaltung führt nicht nur zu Tierquälerei, Wasserverschmutzung und belasteten Böden. Für die Futtermittelproduktion werden Wälder abgeholzt, was die Klimakatastrophe befeuert und dem effizienten Kampf von Hunger in der Welt entgegensteht ([positionspapier_welternaehrung_2030_0.pdf](#), S. 11). Die industrielle Tierhaltung geht hierbei oftmals mit ausbeuterischen und traumatisierenden Arbeitsverhältnissen einher. Beispiele in Deutschland sind die Abzocke von Saisonarbeiter:innen und Akkordlöhne in Schlachthöfen ([24_02_29_DJGT_StN_Ref_E_TierSchG_Verbaendeanh_2_2024_FINAL.pdf](#), S. 21).

Antrag L.1.359.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	BAG Ökologische Plattform
-------------------	---------------------------

Zeile 359

357 Entwicklung von sozialer Klimapolitik: Der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist die große
358 Menschheitsfrage unserer Zeit. Vor uns liegen große Herausforderungen, wenn wir den
359 notwendigen Umbau der Industrie, des Verkehrs, der Landwirtschaft und der Energieversorgung
360 schaffen wollen.
361 Wir brauchen einen Plan und eine wirksame Ansprache, die insbesondere auch Menschen in
362 prekären Milieus und die mittlere und untere Arbeiter*innenklasse anspricht. Dabei wollen
363 wir sowohl an die notwendige Radikalität denken, als auch schaffen, an den Anliegen der
breiten Mehrheit anzuknüpfen.

Begründung

Der Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Produktionsweise und ökologischer Missstände ist hinlänglich belegt (z.B. Gerber, P.J., Steinfeld, H., Henderson, B., Mottet, A., Opio, C., Dijkman, J., Falcucci, A. & Tempio, G. 2013. Tackling climate change through livestock – A global assessment of emissions and mitigation opportunities. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), Rome) und gehört zu einer Erörterung des Problems dazu. Die industrialisierte Tierhaltung beispielsweise führt nicht nur zu Tierquälerei, Wasserverschmutzung und belasteten Böden. Für die

Futtermittelproduktion werden Wälder abgeholzt, was die Klimakatastrophe befeuert und dem effizienten Kampf von Hunger in der Welt entgegensteht (positionspapier_welternaehrung_2030_0.pdf, S. 11).

Antrag L.1.364.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Köln

Zeile 364 - 378

364 ~~Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir~~
365 ~~stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen~~
366 ~~menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und~~
367 ~~immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete~~
368 ~~Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in~~
369 ~~erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.~~
370 ~~Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen~~
371 ~~Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische~~
372 ~~Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige~~
373 ~~Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem~~
374 ~~wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere~~
375 ~~Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Gemeinsame Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben~~
376 ~~und offen~~
377 ~~zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer~~
378 ~~Partei. So~~
für den Frieden: Die Linke ist und bleibt eine Friedenspartei, insbesondere in Zeiten zunehmender Militarisierung. Als
wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen. treten wir bedingungslos für das Völkerrecht
und den Schutz derjenigen ein, die unter den Kriegen dieser Welt leiden. Wir wollen es in
Zukunft besser schaffen, mit unseren Vorschlägen für diplomatische und andere nicht-
militärische Mittel, um Kriege zu beenden, durchzudringen. Wir wollen hier die Positionen, die
uns vereinen, in den Mittelpunkt stellen.

Begründung

Zeilenverschiebung (Z.343-347) an diese Stelle

Antrag L.1.368.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

KV Oberhavel

Zeile 368

364 Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und

367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind ~~für uns~~ kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

Begründung

'Für uns' suggeriert eine Trennung zwischen 'uns' und 'geflüchteten Menschen'. Die Linke sind Menschen mit und ohne Fluchterfahrung.

Antrag L.1.368.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	Linksjugend ['solid']
-------------------	-----------------------

Zeile 368 - 369

364 Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und
367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern ~~in-~~
369 erster Linie Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn, Kolleginnen und Kollegen,
Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L.1.370.1

Antragsteller*in: Leif Kern (Nordrhein-Westfalen · Nr. 250), Dr. jur. Onur Ocak (Nordrhein-Westfalen · Nr. 367), Jesper Herking (Sozialistische Linke · Nr. 206), und weitere

Zeile 370

364 Bedingungsloses Entstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und
367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.

370 Migration und Flucht bringen aber auch reale Probleme in den aufnehmenden Gesellschaften mit sich. Dass sich Verteilungskonflikte am Wohnungs- und Arbeitsmarkt verschärfen, verschulden jedoch nicht die Migrant*innen und Geflüchteten. Die Verantwortung liegt vielmehr bei jenen, die die öffentliche Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Gesundheitsversorgung vernachlässigt und unterfinanziert haben. Wir leugnen reale Probleme nicht und entwickeln vor Ort und auf Bundesebene solidarische Lösungsansätze. Nur dann können wir Mehrheiten für eine humane Asylpolitik gewinnen.

371 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

weitere Antragstellende

Landesarbeitsgemeinschaften:

Sozialistische Linke NRW

Antrag L.1.378.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik und weitere

Zeile 378

364 Bedingungsloses Entstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und

367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen. Gerade im 80. Jahr der Befreiung vom
Hitlerfaschismus dulden wir besonders in Anbetracht der sechs Millionen ermordeten jüdischen
Menschen und eines, vom deutschen Faschismus zu verantwortenden, in seinen Dimensionen
unvorstellbaren Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion weder Antisemitismus noch
Russophobie.

Begründung

Am 8. Mai 2025 jährt sich zum 80. Mal die Befreiung Europas von der Barbarei des Hitlerfaschismus. 11 Millionen in den Konzentrations- und Vernichtungslagern inhaftierte Häftlinge erlebten die Freiheit nicht, darunter allein sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden. Deutschland wird immer in der Schuld der Holocaustüberlebenden und ihrer Nachkommen stehen. Der Kampf gegen Antisemitismus ist gerade hierzulande ein Gebot der Menschlichkeit. Antisemitismus darf nie verharmlost werden. Auch deshalb wehren wir uns dagegen, jede Kritik an der Kriegspolitik Israels als Antisemitismus abzustempeln, wissend, dass so manche Judenhasser ihren antijüdischen Rassismus unter der Flagge der Israelkritik ausleben wollen. Das wiederum entschuldigt kein einziges Verbrechen in Gaza. Unsere Solidarität gehört den Friedenskräften in Israel und Palästina. Der Holocaust ist Thema in Deutschland. Und das ist richtig.

Über den Krieg der deutschen Faschisten in der Sowjetunion wissen viele in der DDR sozialisierte Menschen Bescheid. Wir wagen es, zu behaupten: Das trifft für die große Bevölkerungsmehrheit der BRD nicht zu. In der alten BRD war die Russophobie immer Teil des gewollten gesellschaftlichen Klimas. Zum Zwecke der Kriegsertüchtigung wird der Russenhass nunmehr ins Maßlose gesteigert. Wesentliche Voraussetzung dafür ist Unkenntnis über unerhörte deutsche Schuld, die Deutsche in der Sowjetunion auf sich luden. Nur wenige Fakten seien aufgeführt.

Mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf das Land am 22. Juni 1941 begann der ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte bis dahin kannte. 27 Millionen sowjetische Kriegstote waren zu beklagen. Allein im Ergebnis der Leningrader Blockade verhungerten 1,1 Millionen Zivilisten. Über drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene wurden ermordet. Beim Rückzug der deutsch-faschistischen Truppen nach 1943 wurde die »Taktik der verbrannten Erde« angewandt. Allein in Belarus wurden 209 Städte und 9.200 Dörfer zerstört. In 628 der zerstörten Dörfer wurden alle Einwohner massakriert. 628 mal Lidice. 628 mal Oradour.

In Anbetracht all dessen wäre hierzulande Demut angebracht. Wir, die Mitglieder der Partei Die Linke, müssen uns gegen die Russophobie zur Wehr setzen. Das schulden wir den unermesslichen sowjetischen Opfern, und das ist unsere Pflicht im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, die mit der Pseudobegründung erfolgen, Russland wolle uns angreifen. Angegriffen hat im vergangenen

Jahrhundert zweimal Deutschland. Daran müssen wir erinnern.

weitere Antragstellende

Kreis- Bezirks- oder Ortsverbände:

OV Berlin Marzahn-NOW

Bundesweite Zusammenschlüsse/Jugend- und Studierendenverband:

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Delegierte:

Ellen Brombacher (BV Berlin Mitte), Margit Glasow (Parteivorstand, BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik), Naisan Raji (Parteivorstand, Sozialistische Linke), Vera Baryshnikov (KV Magdeburg), Heidemarie Boulnois (Kommunistische Plattform), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rim Farha (Kommunistische Plattform), Bodo Hinkel (Kommunistische Plattform), Irina Hirseland (BV Berlin Marzahn-Hellersdorf), Stephan Jegielka (BV Berlin Mitte), Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Rolf Kohn (Kreisvorsitzender, KV Recklinghausen), Rita Krüger (BAG Seniorenpolitik), Luisa Mayer (Parteirat, Linksjugend ['solid']), Saskia Mestern (BV Hamburg-Nord), Marie-Jacqueline Panten (Linksjugend ['solid']), Nick Papak Amoozegar (Cuba Sí), Dr. Artur Pech (Mitglied des Ältestenrates, KV Oder-Spree), Thorben Peters (Landesvorsitzender Niedersachsen, Parteirat, KV Lüneburg), Erich Postler (KV Greiz), Melanie Rott (BV Berlin Mitte), Waltraud Tegge (KV Mecklenburgische Seenplatte), Thilo Urchs (BV Berlin Mitte), Olaf Walther (BV Hamburg-Nord), Domenica Winkler (BAG Frieden und internationale Politik), Elisabeth Wissel (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Sonja Kemnitz (Parteirat, BV Berlin Treptow-Köpenick)

Landesarbeitsgemeinschaften:

Auch wir sind die Linke – Treptow-Köpenick

Weitere:

Ulrike Eifler (Parteivorstand, BAG Betrieb & Gewerkschaft, Teilnehmende mit beratender Stimme), Friedrich Rabe (Parteirat, KV Bördekreis, Teilnehmer mit beratender Stimme), Thorben Schulz (BV Hamburg-Nord), Reiner Hofmann (KV Stuttgart), Michael Schneider (BV Berlin Treptow-Köpenick), Carsten Schulz (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Petra Willemelis (Auch wir sind die Linke – BV Treptow-Köpenick)

Antrag L.1.378.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	BAG Bildungspolitik
--------------------------	---------------------

Zeile 378

364 Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und
367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen

371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.

Bildungswege aller Kinder und Jugendlichen sichern: Der Kampf gegen die soziale Schere in KiTa und Schule bleibt unsere ständige Aufgabe. Die Linke wird auf allen Ebenen gemeinsam immer wieder Konzepte propagieren, wie sogenannte Bildungsarmut in Perspektiven umgedreht werden kann. Gute Beispiele gibt es dafür zuhauf. Dabei stellen wir uns gegen die immer stärkere Segregation im Bildungssystem und stellen dem vermeintlichen Kooperationsverbot von Bund und Ländern ein Bildungsrahmengesetz entgegen.

Begründung

Trotz der vielen Missstände im Bildungswesen bleibt die Linke dabei: Eine stärkere Kooperation von Bund und Ländern zum Abbau der Bildungsungerechtigkeit ist möglich. Ein Bundes-Bildungsrahmengesetz, das nicht nur Ziele vorgibt und Rahmen setzt, sondern auch finanziell unterfüttert ist, kann die Verbesserungen im Bildungsbereich von der KiTa bis zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung vorantreiben.

Antrag L.1.378.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Stuttgart, KV Calw Freudenstadt, KV Freiburg und weitere

Zeile 378

364 Bedingungsloses Einstehen für eine antirassistische und antifaschistische Haltung: Wir
365 stehen für ein humanes Asylrecht für jeden und jede Einzelne ebenso wie für einen
366 menschlichen Umgang bei der Einwanderung und mit all jenen, die bereits hier sind und
367 immer stärker unter dem Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung leiden. Geflüchtete
368 Menschen sind für uns kein "Problem", keine "Flut" und keine "Bedrohung", sondern in
369 erster Linie Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde.
370 Unsere Solidarität soll praktisch werden: Wir reden nicht nur, sondern setzen uns gegen
371 Abschiebungen ein und unterstützen Geflüchtete, z.B. Umtauschaktionen für die rassistische
372 Bezahlkarte. Bei allen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche wird die Linke eine wichtige
373 Rolle spielen. Wir wollen Wege finden, wie wir der Spaltungen entgegenwirken können, indem
374 wir die Gemeinsamkeiten der Klasse in den Vordergrund stellen. Wir wollen unsere
375 Mitglieder ermutigen und befähigen, diese Haltung in ihrem Lebensumfeld zu leben und offen
376 zu zeigen. Wir stärken die migrantischen Selbstorganisationen in unserer Partei. So
377 wollen wir auch Kolleginnen, Freundinnen und Angehörige stärken, sich mit uns gemeinsam
378 gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung einzusetzen.Wir fordern anstelle von „Härteleistungen“ ein angemessenes Angehörigenentschädigungsgesetz, das Überlebende und Angehörige rechter Gewalt finanziell unterstützt und von behördlicher Schikane entlastet - wie es die Initiative 19.

Februar Hanau seit Jahren kämpferisch einfordert.

Begründung

Die Linke ist bei der Bundestagswahl 2025 unter anderem deshalb erfolgreich gewesen, weil sie insbesondere bei Frauen*/FLINTA*, jungen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat. Dieses Vertrauen ist eine politische Verpflichtung: Wer gewählt wird, weil er Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit verkörpert, darf die Kämpfe derjenigen nicht ignorieren, die unter strukturellem Rassismus, patriarchaler Gewalt und intersektionaler Ausgrenzung leiden – auch innerhalb der Partei.

Unsere Änderungsanträge machen diese Perspektive sichtbar und stärken die Erzählung des Leittrags, ohne sie zu verwässern. Es geht nicht um „Nebenwidersprüche“, sondern um zentrale politische Realitäten in diesem Land – für viele unserer aktivsten Mitglieder und engagiertesten Wähler*innen.

Zusatz Angehörigenentschädigungsgesetz:

Die Linke muss solidarisch an der Seite der Überlebenden rechter Gewalt stehen – nicht nur mit Worten, sondern mit politischen Initiativen. Die Forderung der Initiative 19. Februar Hanau nach einem Angehörigenentschädigungsgesetz ist längst überfällig. Sie zielt darauf, staatliches Versagen anzuerkennen, statt es bürokratisch zu vertuschen. Die Forderung ist konkret, gerecht und notwendig – und sie verbindet soziale Gerechtigkeit mit einer klaren Haltung gegen rassistische Gewalt.

weitere Antragstellende

Kreis- bzw. Bezirksverbände:

KV Heidelberg/Bad. Bergstraße

Delegierte:

Mersedeh Ghazaei (KV Stuttgart), Anıl Beşli (KV Esslingen), Mirko Boysen (KV Freiburg), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße), Aynur Karlıklı (KV Stuttgart), Johannes Schmidt (KV Karlsruhe), Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Patrick Schorer (KV Calw Freudenstadt), Renate Angstmann-Koch (KV Tübingen), Eliseo Maugeri (KV Essen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), David Rizzotto, (KV Ulm, Alb Donau), Dagmar Uhlig (KV Stuttgart), Utz Mörbe (KV Stuttgart), Anne Zerr (KV Tübingen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Thomas Haschke (KV Stuttgart), Sander Frank (KV Bodenseekreis)

weitere:

Avra Emîn (Kreisvorstand, KV Rems-Murr), Faisal Osman (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Andre Dörr (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Isabell Fuhrmann (Frauenbeauftragte BW, KV Mannheim), Annika Nykamp (KV Freiburg), Melissa Muhr (Mitglied im Kreisvorstand, KV Freiburg), Almut Roeskens (KV Freiburg), Jana Kühl (Mitglied im KV, KV Emmendingen), Lea Mery (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Johanna Reimer (KV Freiburg)

Antrag L.1.383.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 383

379 Bündnisse mit Gewerkschaften, progressiven Kräften, Initiativen und Organisationen auf
380 allen Ebenen: Unser Ziel muss sein, auch als Partei zentral in Bündnissen wahr- und
381 ernstgenommen zu werden, im Bemühen, eine gemeinsame, weltverändernde Perspektive zu
382 erarbeiten. Wir bündeln die gesellschaftlichen Fäden und sind Teil beim Aufbau einer
383 starken Bewegung.

Ob Klimapolitik, Sicherung und Ausbau demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, Zurückdrängen rechter, rechtspopulistischer und extremistischer Entwicklungen oder autoritärer Politik, ob moderne Gesellschafts- und Gleichstellungspolitik, internationale Solidarität, Migration und Integration, fairer Handel, und völkerrechtliche Ordnungsrahmen sowie Sicherheit und Krisen- und Pandemievorsorge - alle genannten Themen und noch mehr sind besser und wirksamer gemeinsam im europäischen Rahmen und insbesondere in der Europäischen Union zu bearbeiten. Gerade weil auch in den Mitgliedstaaten der EU die Demokratie zunehmend herausgefordert ist, Partizipation stärker werden oder neu gesetzt werden muss, bleibt es eine wichtige Aufgabe linker Parteien, in diesem Rahmen auf verschiedenen Ebenen von der Kommune bis zum Europäischen Parlament mit unserer Linksfraktion fortschrittliche Politik zu formulieren, zu debattieren und mit Partnern durchzusetzen. Die von den Bürgerinnen und Bürgern im Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas vorgelegten Wünsche und Forderungen geben uns gute Argumente für eine Politik der europäischen Zusammenarbeit zur Lösung vieler Probleme der Gegenwart.

Begründung

Der Leitantrag hat eine Logik entwickelt, die auf die Parteientwicklung und auf den Rahmen um die Bundestagswahl fokussiert. Viele Themen der sozialökologischen Transformation, des Ringens um Demokratie gegen autoritäre Politiken oder nationalistische Denkweisen sind jedoch schon jetzt europäische Herausforderungen, die es auch auf dieser Ebene zu bearbeiten gilt. Unsere Europawahlkampf hat solche Akzente bereits gesetzt und die Delegation arbeitet in diesem Sinne. Diese europäische Perspektive muss angemessen im Leitantrag aufgenommen werden.

Antrag L.1.384.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	LV Bremen
-------------------	-----------

Zeile 384 - 387

384 Parlamentarische Arbeit: ~~Unsere Aufgabe besteht darin, in Parlamenten die Stimme der~~
385 ~~arbeitenden, armen und benachteiligten Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die~~
386 ~~sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären auf~~Wir
behalten auch in den Parlamenten die Perspektive derjenigen bei, die nicht von
Kapitaleinkommen leben, die lohnabhängig, prekär beschäftigt oder erwerbslos sind, die
unterdrückt, benachteiligt, ausgegrenzt werden. Die soziale Frage ist für uns der Dreh- und
Angelpunkt unserer Politik
387 . Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und
388 regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und
389 benachteiligter Minderheiten. Wir streben Reformen an, die die Lage der Menschen

390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

Begründung

Man kann die Arbeit in Parlamenten nicht darauf verkürzen, "die Stimme" für jemanden zu sein. Es geht darum, Öffentlichkeit zu nutzen, aber auch konkret Dinge zu verändern. Auch aus der Opposition heraus können wir mit einzelnen Initiativen durchdringen. Wichtig ist dagegen, welche (und wessen) Perspektive wir dabei einnehmen.

Antrag L.1.384.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 384 - 391

384 Parlamentarische Arbeit: ~~Unsere~~ Wir sehen unsere Aufgabe ~~besteht darin, in Parlamenten die~~
~~Stimme der~~
im Parlament als Kampf für die Interessen aller arbeitenden, ~~armen und benachteiligten~~
~~Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die~~
386 ~~sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären~~
387 ~~auf. Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und~~
388 ~~regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und~~
389 ~~benachteiligter Minderheiten~~ und/oder unterdrückten und diskriminierten Menschen in der
Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass die strukturellen Ungerechtigkeiten des
kapitalistischen Systems sichtbar gemacht und entschlossen bekämpft werden. Wir verstehen
unsere parlamentarische Arbeit als Teil eines historischen Prozesses, in dem der Klassenkampf
und der Aufbruch zu einer gerechteren Gesellschaft zentrale Elemente sind. Wir streben
~~Reformen an~~ danach, die Macht des Privateigentums zu hinterfragen und die sozialen Grundlagen
und politischen Voraussetzungen des Gemeinwohls und eines solidarischen Miteinanders zu
stärken. Wir fordern eine Politik, die das Wohlergehen der Mehrheit statt die Interessen einer
wirtschaftlichen Elite in den Vordergrund stellt. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen
Fragen und klären auf. Wir nutzen das Parlament als Plattform, um unsere Ideen zu verbeiten
und um notwendige Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung herbeizuführen, die die
Lage der Menschen
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. Wer sich permanent Sorgen um die Miete und den Einkauf machen muss, wer zwischen
mehreren Jobs und der Erziehung und Pflege von Kindern oder Angehörigen jonglieren muss, hat
weniger Ressourcen sich politischen einzubringen. Deswegen wollen wir konkrete
Verbesserungen im Hier und Jetzt ermöglichen, damit Menschen Kapazitäten haben, sich
politisch zu informieren, zu bilden und zu organisieren. Dabei ist es zentral, dass die
Abgeordneten Ressourcen schaffen (eigene Büros und finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung
stellen) und parlamentarisch erkämpfen (Erhalt. von sozialen Strukturen, um Orte und
Möglichkeiten, in denen sich Menschen begegnen und unterstützen, debattieren und politisieren
aufbauen und erhalten. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine
Einheit. Wir waren und sind immer dann stark, wenn wir uns als linke Opposition positionieren,
wenn wir die Leerstelle ausfüllen, die durch die neoliberale Ausrichtung von SPD und Grünen

und allen anderen entsteht.

Begründung

Wir müssen uns als Partei verstehen, die den Kampf für den Sozialismus auch im Parlament führt. Dabei müssen wir die Regierung und Herrschenden "vor uns hertreiben" und nicht mit ihnen "Kompromisse" erarbeiten, die unserem Kampf langfristig schaden. Selbstverständlich müssen wir, um Relevanz zu bekommen, auch schon Forderungen aufstellen, die das Leben im Hier und Jetzt verbessern. Dabei haben wir aber mehr Erfolg, wenn wir uns nicht auf Reformen ausruhen, sondern das Parlament dazu nutzen, um den sozialistischen Kampf zu unterstützen und diesen Kampf zu vereinfachen. Es ist grundsätzlich eine Illusion gemeinsam mit einer Regierung unter Friedrich Merz zusammenzuarbeiten. Wir dürfen weder uns noch den Menschen, die an uns glauben, diese falsche Hoffnung vermitteln.

Antrag L.1.384.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 384 - 391

384 Parlamentarische Arbeit: ~~Unsere~~Wir sehen unsere Aufgabe ~~besteht darin, in Parlamenten die~~
~~Stimme der~~
im Parlament als Kampf für die Interessen aller arbeitenden, ~~armen und benachteiligten~~
~~Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die~~
386 ~~sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären~~
387 ~~auf. Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und~~
388 ~~regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und~~
389 ~~benachteiligter Minderheiten.~~ und/oder unterdrückten und diskriminierten Menschen in der
Gesellschaft.
Wir setzen uns dafür ein, dass die strukturellen Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems
sichtbar gemacht und entschlossen bekämpft werden.
Wir verstehen unsere parlamentarische Arbeit als Teil eines historischen Prozesses, in dem der
Klassenkampf und der Aufbruch zu einer gerechteren Gesellschaft zentrale Elemente sind.
Wir streben ~~Reformen an~~ danach, die Macht des Privateigentums zu hinterfragen und die sozialen
Grundlagen und politischen Voraussetzungen des Gemeinwohls und eines solidarischen
Miteinanders zu stärken.
Wir fordern eine Politik, die das Wohlergehen der Mehrheit statt die Interessen einer
wirtschaftlichen Elite in den Vordergrund stellt. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen
Fragen und klären auf.
Wir nutzen das Parlament als Plattform, um unsere Ideen zu verbreiten und um notwendige
Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung herbeizuführen, die die Lage der Menschen
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. ~~Wer sich permanent Sorgen um die Miete und den Einkauf machen muss, wer zwischen~~
mehreren Jobs und der Erziehung und Pflege von Kindern oder Angehörigen jonglieren muss, hat
weniger Ressourcen sich politisch einzubringen. Deswegen wollen wir konkrete Verbesserungen
im Hier und Jetzt ermöglichen, damit Menschen Kapazitäten haben, sich politisch zu informieren,
zu bilden und zu organisieren.

Dabei ist es zentral, dass die Abgeordneten Ressourcen schaffen (eigene Büros und finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung stellen) und parlamentarisch erkämpfen (Erhalt und Ausbau von sozialen Strukturen und Orten, in denen sich Menschen begegnen und unterstützen, debattieren und politisieren)

Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

Wir waren und sind immer dann stark, wenn wir uns als linke Opposition positionieren, wenn wir die Leerstelle ausfüllen, die durch die neoliberale Ausrichtung von SPD und Grünen und allen anderen entsteht.

Begründung

Wir müssen uns als Partei verstehen, die den Kampf für den Sozialismus auch im Parlament führt. Dabei müssen wir die Regierung und Herrschenden politisch unter Druck setzen und nicht mit ihnen "Kompromisse" erarbeiten, die unserem Kampf langfristig schaden. Selbstverständlich müssen wir, um Relevanz zu bekommen, auch schon Forderungen aufstellen, die das Leben im Hier und Jetzt verbessern. Dabei haben wir aber mehr Erfolg, wenn wir uns nicht auf Reformen ausruhen, sondern das Parlament dazu nutzen, den sozialistischen Kampf zu unterstützen und diesen Kampf konkret im Hier und Jetzt zu ermöglichen und zu vereinfachen.

Es ist grundsätzlich eine Illusion gemeinsam mit einer Regierung (unter Friedrich Merz) zusammenzuarbeiten. Wir dürfen weder uns noch den Menschen, die an uns glauben, diese falsche Hoffnung vermitteln.

Antrag L.1.387.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	KV Flensburg, Jan Schlemmermeyer (Berlin) und Konstanze Kriese (Berlin)
--------------------------	---

Zeile 387

384 Parlamentarische Arbeit: Unsere Aufgabe besteht darin, in Parlamenten die Stimme der
385 arbeitenden, armen und benachteiligten Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die
386 sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären
387 auf. Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene, sowie in der EU in Parlamenten
sitzen und
388 regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und
389 benachteiligter Minderheiten. Wir streben Reformen an, die die Lage der Menschen
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

Begründung

Unser Programm sollte grundsätzlich im Heute (und Morgen) verankert sein. Und nicht nur in einigen Punkten. Die Ebene Europäischer Politik wurde (auch) hier vergessen, dabei ist sie einerseits oft hilfreich, um die Bundesrepublik sachgerecht zu kritisieren, wenn sie positive europäische Entwicklungen ausbremst, andererseits ist die Europäische Politik selbst kritikwürdig und damit ein entscheidender Fokus linker Politikentwicklung und auch politischer Handlungsebenen von Parteien

und linken Bewegungen.

Antrag L.1.391.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: AKL

Zeile 391

384 Parlamentarische Arbeit: Unsere Aufgabe besteht darin, in Parlamenten die Stimme der
385 arbeitenden, armen und benachteiligten Menschen zu sein. Eine Lobby für diejenigen, die
386 sonst keine haben. Wir schauen der Regierung auf die Finger, stellen Fragen und klären
387 auf. Dort, wo wir kommunal, auf Landes- oder Bundesebene in Parlamenten sitzen und
388 regieren, arbeiten wir für die Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Mehrheit und
389 benachteiligter Minderheiten. Wir streben Reformen an, die die Lage der Menschen
390 systematisch verbessern und auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft und Politik
391 abzielt. Unsere Arbeit in den Parlamenten und vor Ort bilden für uns eine Einheit.

Die Linke ist eine Minderheit. Ihre Wahlergebnisse sind zwischen fünf und zwanzig Prozent. Wir sind gleichzeitig in allen politischen Fragen im klaren Gegensatz zu den bisherigen Regierungsparteien. Mit anderen Worten: Die Linke ist Opposition und nur in wenigen Ausnahmefällen mehr. Als Opposition kann viel erreicht und geändert werden - es muss nur entschlossen gewollt und angepackt werden.

Antrag L.1.392.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 392 - 393

392 5) Die Linke muss die ~~Utopi~~Perspektive einer ~~bessers~~sozialistischen Gesellschaft ~~ausdrücken-~~
~~können~~entwickeln und ~~die-~~
~~Sehnsucht danach beflügeln~~den Kampfesmut dafür entfachen.

Zeile 394 - 396

394 Wir ~~bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz berühren, realistisch und-~~
395 ~~anschlussfähig sind und~~verstehen uns als demokratische Sozialist*innen und stellen diese
Vorstellung zunehmend in den Wunsch nach einer besseren Gesellschaft verstärken. Denn wir
396 ~~brauchen~~Fokus. Das bedeutet für uns ein solidarisches Miteinander statt konkurrenzhaftes
Gegeneinander - kollektive Selbstbestimmung statt bestimmt zu werden. Sozialismus ist für uns
eine bessere Form des Zusammenlebens und ZusammenarbeitensBewegung hin zu einer
menschenwürdigen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die
freie Entwicklung aller ist.

Begründung

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt

eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, MEW 4, S. 482.)

Antrag L.1.392.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:

BV Berlin Tempelhof-Schöneberg, LAG Betrieb und
Gewerkschaft Berlin und weitere

Zeile 392 - 393

~~392 5) Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können und die Sehnsucht danach beflügeln.~~

5) Die Linke muss gesellschaftlich strittige Themen mutig angehen und an den innerparteilichen sowie außerparteilichen Diskussionen aktiv mitwirken.

Die außen-, innen- und wirtschaftspolitische Situation ist geprägt von sich dynamisch zuspitzenden multiplen Problemen und Angriffen gegen eine fortschrittliche Politik im Zuge eines zunehmenden Autoritarismus unter den Labeln „Zeitenwende“ und “Staatsräson”. Diese geht einher mit galoppierender Aufrüstung und Militarisierung, Angriffen auf die Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit, die Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften und die demokratische Zivilgesellschaft, zunehmendem Rassismus und Intoleranz sowie einem Rollback in der Klimapolitik. Um dagegen Widerstand leisten zu können, ist eine von der Basis aus organisierte Debatte in der Partei über die Ursachen und Triebkräfte für diese "Zeitenwende" und die daraus abzuleitenden Gegenkonzepte, kommunikativen Botschaften und konkreten Handlungsschritte der Partei notwendig. Diese soll Orientierung geben für die eigenen Aktivitäten und solche in Bündnissen. Ein solcher Prozess ist aufgrund der Dringlichkeit der Situation notwendig. Der Parteivorstand erarbeitet zeitnah ein Konzept zur Organisierung des Diskussionsprozesses in den Gliederungen der Partei. Ziel ist es, zu einer gemeinsamen Diskussion und Beschlussfassung für eine entsprechende Analyse und Strategie auf der nächsten Tagung des Bundesparteitags zu kommen.

Weiterhin wird der Widerstand gegen die “Zeitenwende” und die damit verbundene Verschärfung der außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Situation in die bundesweite Kampagnenplanung einbezogen. Die Billionenaufrüstung, die Militarisierung der Gesellschaft und die zunehmenden repressiven Eingriffe durch den Staat dringen in alle Lebensbereiche ein. Es trifft die Menschen in Armut, die Pflegekräfte, die Menschen mit Migrationsgeschichte, die Azubis und die Rentner*innen durch Kürzungen und Sozialabbau; es trifft die Infrastruktur, die Brücken, die Schwimmbäder, die Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Nahverkehr und die Gesundheitsversorgung durch fehlende Investitionen; es trifft den politischen Kampf gegen den Klimawandel durch die Ressourcenverschwendung in totes und tötendes Material mit immensem CO-2 Ausstoß; es trifft die Schulen und Hochschulen durch die Bundeswehr in Klassenzimmern, die Aufhebung der Zivilklausel und den politisch motivierten Entzug von Fördermitteln; es trifft die jungen Menschen durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht und durch Zwangsmaßnahmen hin zu stumpfen Gehorsam; es trifft die aktive Zivilgesellschaft durch immer stärkere Repressionen durch den Staat bei der Meinungs- und Versammlungsfreiheit; und es stärkt die rechten Kräfte durch die Rückkehr einer autoritären, nationalistischen, militaristischen, auch rassistischen Politik im Namen der Verteidigung des Liberalismus, durch

einen Militärapparat historischen Ausmaßes, die Ehrung des Soldatentums und die Zunahme an Staatsgewalt.

Der "Zeitenwende" und dem autoritären Vorgehen durch den Staat stellen wir uns als Die Linke klar entgegen und führen eine bundesweite Kampagne gegen die Militarisierung der Gesellschaft und für Aufklärung durch: Gegen Sozialkürzungen, gegen falsche Investitionen, gegen das Abwälzen staatlichen Versagens auf geflüchtete und migrantische Mitbürger*innen, gegen die Ressourcenverschwendung, gegen die Normalisierung der Bundeswehr, gegen Kriegsforschung, gegen die Wehrpflicht, gegen die Grundrechtsangriffe und gegen die Rückkehr zu einer rechtsautoritären Politik.

Die Linke stellt sich mutig den Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und wirkt an den Meinungsbildungsprozessen innerhalb und außerhalb der Partei aktiv mit.

6) Die Linke muss die Utopie einer besseren Gesellschaft ausdrücken können und die Sehnsucht danach beflügeln.

Begründung

Nach Zeile 76 wird ein neuer Punkt 5. eingesetzt (der ursprüngliche Punkt 5. wird zu Punkt 6.) - separater ÄA zum Auflistungspunkt 5. in Zeile 76 bereits eingereicht ([L.1.076.2](#)).

Die Anträge zur Änderung des neuen Auflistungspunkts 5. und der Ausführung von Punkt 5) hängen zusammen!!!

Einer der strategischen Punkte unserer Partei muss sein, strittige Themen mutiger anzugehen. Das Parteiengesetz besagt: „Parteien nehmen Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung.“ Wir müssen deutlich machen, dass das immer autoritärere Vorgehen der Bundesregierung unter Olaf Scholz und mit absoluter Sicherheit in weit stärkerem Ausmaß unter Friedrich Merz mit der „Zeitenwende“ und der „Staatsräson“ zusammenhängt. Wenn Deutschland „mehr Verantwortung“ übernehmen soll, dann bedeutet es, geopolitische und imperialistische Bestrebungen der BRD und der EU auszuweiten. Mit dieser Politik der „Zeitwende“ und der Aufrüstung in Billionenhöhe verschiebt sich das Vorgehen der Bundesregierung in der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik. Wir sehen bereits, dass die Palästina-solidarischen Proteste zu Einschränkungen in der Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit führen. Das lässt sich nicht mehr mit der deutschen Geschichte erklären, sondern folgt immer mehr einer geopolitischen Ausrichtung im Konfliktfeld des Nahen Ostens. Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar werden ohne Rücksicht auf die dortige Menschenrechtssituation als Handelspartner unterstützt und deren Krieg im Jemen mit Rüstungsgütern aus Deutschland befeuert. Im Vordergrund stehen aber die Wirtschaftsinteressen und die Sicherung der Handelsrouten. Auch die „Staatsräson“ dient der Unterstützung Israels als Vorwand, um einerseits die Partnerschaft zur USA aufrechtzuerhalten und den Einfluss des „Westens“ im Nahen Osten zu gewährleisten. Andererseits, um innenpolitische Angriffe auf Meinungs-, Versammlungs- und Wissenschaftsfreiheit zu rechtfertigen.

Auch die „Zeitenwende“-Politik im Kontext des Ukraine-Krieges dient dem Kapital in Form von nie dagewesenen staatlichen Aufträgen an die Rüstungskonzerne seit 1945, militärischer Durchsetzungsfähigkeit von Interessen und der Einschränkung von Freiheiten und Rechten. Eine solche „Zeitenwende“-Politik wird in alle Bereiche unseres Lebens eindringen. Seien es die Zwangsmaßnahmen bei der Wehrpflicht, die Kürzungen beim Sozialstaat, die Angriffe auf eine kritische Zivilgesellschaft, das Rollback in der Klimapolitik oder das Wiedererstarben eines

nationalistischen Freund-Feind-Schemas.

Die Linke darf nicht als Beobachterin am Rand stehen. Wir müssen strittige Themen mutig angehen und an den innerparteilichen sowie außerparteilichen Diskussionen aktiv mitwirken. Das heißt: kämpferisch in die öffentlichen Auseinandersetzungen gehen, die Zusammenhänge aufzeigen und darüber aufklären, und unsere Mitglieder für diese Auseinandersetzungen durch Angebote befähigen. Die Stimme der Linken muss im Widerstand gegen die „Zeitenwende“-Politik hörbar sein. Durch diese Maßnahmen nehmen wir Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung gegen die „Zeitenwende“-Politik.

weitere Antragstellende

Delegierte:

Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Armin Duttine (BV Berlin Treptow-Köpenick), Regina Preysing (Sozialistische Linke), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik)

Weitere:

Anke Aubin (KV Ravensburg)

Antrag L.1.396.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: KV Kassel-Land

Zeile 396

394 Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz berühren, realistisch und
395 anschlussfähig sind und den Wunsch nach einer besseren Gesellschaft verstärken. Denn wir
396 brauchen eine bessere Form des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens.

Als SozialistInnen verstehen wir uns als feministische Partei. Die Lebensverhältnisse von Frauen*, die oft in prekären Verhältnissen leben, werden von uns immer mitgedacht. Wir setzen uns für die Sichtbarkeit queerer Lebensentwürfe und für intersektionellen Feminismus ein.

Begründung

Wir wissen, dass Sprache Bewusstsein prägt. Wenn wir die Problemlage von Frauen nicht benennen und unseren Feminismus nicht sichtbar machen, werden wir die Lebensverhältnisse von Frauen nicht entscheidend verbessern. Zur Kommunikation nach innen und außen ist es daher wichtig, diesen wichtigen Teil unseres Selbstverständnisses auch zu benennen.

Antrag L.1.396.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 396

394 Wir bieten visionäre Ideen und Lösungen an, die das Herz berühren, realistisch und
395 anschlussfähig sind und den Wunsch nach einer besseren Gesellschaft verstärken. Denn wir

396 brauchen eine bessere Form des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, untereinander aber auch in unserer Interaktion mit anderen Spezies.

Begründung

Die Mensch-Tier Beziehung ist dank ihrer kapitalistischen Industrialisierung von Entfremdung geprägt. Schon früh haben Menschen einen eigentlich positiven Bezug zu Tieren, ob im Streichelzoo, auf der Wiese oder mit dem Haustier. Stets wird ein empathischer Umgang mit Tieren vermittelt, sind wir doch auch alle tierlieb.

Dies steht im perversen Kontrast zu den Wirklichkeiten der Tierindustrie, wo Lämmer aufgehängt, Ferkeln der Schwanz abgeschnitten und Puten von ihrem hochgezüchteten Riesenbrustbein erdrückt werden.

Dabei geht die Ausbeutung von Tieren mit der Ausbeutung des Menschen einher. So werden bspw. in Schlachthöfen Arbeiter:innen entrechtet und durch Akkordlöhne zu Fehlbetäubungen gedrängt ([24_02_29_DJGT_StN_Ref_E_TierSchG_Verbaendeanh_2_2024_FINAL.pdf](#), S. 21).

Dieses entfremdete Mensch-Tier Verhältnis ist ein gewichtiger Faktor bei der Klima- und Umweltkatastrophe. Der Futtermittelanbau, den die nach Expansion strebende Tierindustrie benötigt, zerstört Regenwälder und verschärft aufgrund der Ineffizienz in der Umwandlung von Pflanzen in Tierprotein den globalen Hunger (positionspapier_welternahrung_2030_0.pdf, S. 11).

Wir wollen diesem für alle Seiten schädlichen, profitorientierten und gewaltvollen Verhältnis eine empathische Mensch-Tier Beziehung entgegenstellen.

Antrag L.1.397.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in:	BAG Wirtschafts- und Finanzpolitik und BAG Ökologische Plattform
-------------------	--

Zeile 397 - 400

397 Das Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsordnung vor. ~~Freiheitlich, die EU-demokratisch bedeutet~~

398 ~~für~~ Verträge allerdings doch. Die Linke hat diese auch insbesondere wegen ihrer neoliberalen Ausrichtung abgelehnt. Die Linke hat diese auch insbesondere wegen ihrer neoliberalen Ausrichtung abgelehnt. Die Vertragsgrundlagen können nur verändert werden, wenn die Linken in der EU wesentlich erstarren. Dafür wollen wir uns mehr stärker als bisher engagieren. Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der die Wirtschaft die Voraussetzungen dafür schafft, dass jeder Mensch in Würde, solidarischem Miteinander und Füreinander. Um intakter Natur leben kann. Das verlangt ein neues Zusammenleben zu ermöglichen,

399 ~~braucht es jedoch einen grundsätzlichen Wandel, der die Macht der~~ grundsätzliches Umsteuern: Umverteilung von Vermögen und Einkommen von oben nach unten, Regelung bzw. Neuregelung von Verantwortlichkeiten sowie Umverteilung von Ressourcen zwischen den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, den Wirtschaftsbranchen und Regionen. Wir wollen das gesellschaftliche Leben und daher insbesondere das gesellschaftliche Wirtschaftsleben

demokratisieren. Das ist nicht zuletzt eine Kampfansage an die Milliardäre~~-begrenzt,-~~

400 ~~bricht und schließlich abschafft.~~

Begründung

Der Vorschlag berücksichtigt nicht nur das EU-Recht, sondern bringt mehr linke EU-Politik in den Text. Er konkretisiert Aussagen zum erforderlichen Umsteuern und nimmt den vereinfachenden Wahlkampfton zurück: Milliardäre sind Ausdruck von gesellschaftlichen Verhältnissen, nicht die Ursachen dieser Verhältnisse. Wir wollen die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern. Damit werden dann auch die Milliardäre verschwinden. Unser Vorschlag sagt grundsätzlich, welche Wirtschaftsordnung wir wollen und ist damit kapitalismuskritisch.

Antrag L.1.400.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Linksjugend ['solid]

Zeile 400

397 Das Grundgesetz schreibt keine Wirtschaftsordnung vor. Freiheitlich-demokratisch bedeutet

398 für uns mehr Miteinander und Füreinander. Um ein neues Zusammenleben zu ermöglichen,

399 braucht es jedoch einen grundsätzlichen Wandel, der die Macht der Milliardäre begrenzt,

400 ~~bricht und schließlich abschafft.~~ Wir wollen demokratisch über den Reichtum entscheiden, den wir erarbeitet haben.

Begründung

Milliardäre abschaffen zu wollen arbeitet sich am Symptom eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ab und trifft den Kern der Frage nicht. Kapitalistische Herrschaft zeichnet sich im Kern durch das Privateigentum an Produktionsmittel und der daraus resultierenden Verfügung über den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum aus. Die Herrschaft ist aber nicht bloß eine Zahl auf einem Konto oder ein Aktienportfolio, welches in Geldwert gemessen wird. Spätestens in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge verstrickt sich die Fokussierung auf Milliardäre in Widersprüche. Dort ist es nämlich nicht in erster Linie, die macht von Einzelpersonen, die eine Befreiung aller verhindert, sondern die Profitlogik des Gesamtsystems an sich, welches sich Arbeitsbeziehungen und alle gesellschaftliche Beziehung unterwerfen muss. Diese Logik zu begrenzen, zu brechen und abzuschaffen muss die Logik des Profits durch Interessen der Mehrheit ersetzen, die sich in einem demokratischen Prozess die Verfügung über die Produktion und Verteilung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums aneignen.

Antrag L.1.403.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 403 - 404

401 Wir brauchen Weitblick. Wir müssen über die nächste Kampagne oder Wahl hinausdenken. Und

402 wir müssen wie die schlauesten unserer Gegner*innen in Generationen denken: Wie wollen wir

403 in dreißig Jahren leben? ~~Wer so denkt, verkraftet~~

Die Frage beinhaltet, dass wir uns dabei der Gefahren bewusst sind, die durch eine militärische Eskalation und durch die Zerstörung unseres Klimas und unserer Umwelt vor uns liegen.

Uns ist klar, dass unsere positive Gesellschaftsutopie auch verlangt, dass die Arbeit auch auf eine materielle Realität trifft, in der sie produktiv sein kann. Die Ressourcenverschwendung, Umwelt- und Klimazerstörung des Kapitalismus werden als Problemlösung verkauft - Wir wissen, dass die Ressourcen endlich sind, dass ein zerstörtes Ökosystem weder Quell von Nahrung und Medizin ist und dass es keinen andauernden Wohlstand auf einem geplünderten Planeten geben kann. Wir weisen auf diesen Probleme hin und organisieren die Klassen der Lohnabhängigen und Arbeiter*innen gegen den Wahnsinn der unbegrenzten Produktion für Profitinteressen, weil sie selbst diesen Kredit mit Mangel, Unsicherheit und Elend bezahlen müssen.

Weil wir einen langfristigen Blick und ein klares Weltbild haben, verkraften wir gelegentliche Rückschläge. ~~Sie sind, die~~ dann

404 nur Teil eines Lernprozesses sind.

Begründung

Wer von der Situation in 30 Jahren spricht sollte nicht außer Acht lassen, dass wir im Bereich der planetaren Grenzen auf extreme Probleme zusteuern.

Antrag L.1.408.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: BAG Ökologische Plattform

Zeile 408

405 Wir verstehen uns als demokratische Sozialist*innen und stellen diese Vorstellung
406 zunehmend in den Fokus. Das bedeutet für uns ein Miteinander, statt gegeneinander - selbst
407 zu bestimmen, statt bestimmt zu werden. Freiheit des Individuums und der Gesellschaft,
408 fernab von wirtschaftlichen Zwängen, Krieg und der Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur.

Begründung

Wie der Leitantrag richtig feststellt, ist die Klimakatastrophe die größte Menschheitsherausforderung unserer Zeit. Menschen haben das Recht in einer intakten Natur und mit einem intakten Mensch-Tier Verhältnis zu leben. In einer durch Krieg oder Klima- und Umweltschäden zerstörten Welt, ist die Freiheit des Individuums wenig wert. Deswegen gehört der Kampf gegen diese durch Profitgier initiierte Zerstörung zum sozialistischen Kampf für das gute, selbstbestimmte Leben in Freiheit dazu.

Antrag L.1.409.1

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: AKL

Zeile 409

409 Unsere **UtopiePrinzip** heißt Gemeinschaft. Nach dieser Idee richten wir uns eigene politische
410 Praxis innerhalb der Partei, mit der Partei sowie unsere parlamentarische Arbeit. Wir
411 kämpfen gegen die Vereinzelung an allen Stellen und stiften Utopien für ein besseres,
412 gemeinschaftliches Leben für Alle. In der Partei etablieren wir eine Kultur des
413 Willkommens und der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort der Gemeinschaft
414 sein, wo Menschen sich wohlfühlen, Freund*innen finden und gemeinsame Utopien entwickeln.
415 Mit der Partei organisieren wir Nachbarschaftsarbeit, Straßenfeste und bringen Menschen
416 mit gemeinsamen Interessen zusammen und unterstützen sie bei der gemeinsamen
Organisierung
417 gegen Miethaie und dreiste Arbeitgeber*innen. Parlamentarisch wie auch
418 außerparlamentarisch fordern wir den Ausbau, Erhalt, die Verbesserung und die Rückholung
419 öffentlicher Strukturen, um die Vielen zu entlasten.

Antrag L.1.409.2

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: LV Bremen

Zeile 409

409 Unsere Utopie heißt **GemeinschaftSolidarität**. Nach dieser Idee richten wir uns eigene politische
410 Praxis innerhalb der Partei, mit der Partei sowie unsere parlamentarische Arbeit. Wir
411 kämpfen gegen die Vereinzelung an allen Stellen und stiften Utopien für ein besseres,
412 gemeinschaftliches Leben für Alle. In der Partei etablieren wir eine Kultur des
413 Willkommens und der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort der Gemeinschaft
414 sein, wo Menschen sich wohlfühlen, Freund*innen finden und gemeinsame Utopien entwickeln.
415 Mit der Partei organisieren wir Nachbarschaftsarbeit, Straßenfeste und bringen Menschen
416 mit gemeinsamen Interessen zusammen und unterstützen sie bei der gemeinsamen
Organisierung
417 gegen Miethaie und dreiste Arbeitgeber*innen. Parlamentarisch wie auch
418 außerparlamentarisch fordern wir den Ausbau, Erhalt, die Verbesserung und die Rückholung
419 öffentlicher Strukturen, um die Vielen zu entlasten.

Begründung

"Gemeinschaft" ist nicht unsere Utopie, das können auch Konservative und Rechte zu ihrem Ziel erklären. Der Kern der linken Utopie ist "Solidarität", und zwar eine nicht-ausschließende. Deshalb sollte das an dieser Stelle korrigiert werden.

Antrag L.1.409.3

Änderungsantrag zu L.1-05

Antragsteller*in: Ortsgruppe Süderelbe

Zeile 409 - 414

409 ~~Unsere Utopie heißt Gemeinschaft.~~ Nach dieser Idee richten wir uns eigene politische
410 Praxis innerhalb der Partei, mit der Partei sowie unsere parlamentarische Arbeit. Wir
411 kämpfen gegen die Vereinzelnung an allen Stellen und stiften Utopien für ein besseres,
412 gemeinschaftliches Leben für Alle. In der Partei etablieren wir eine Kultur des
413 Willkommens und der revolutionären Freundlichkeit. Wir wollen ein Ort ~~der Gemeinschaft~~
sein, wo Menschen ~~sich wohlfühlen, Freund*innen finden und gemeinsame~~
~~Utopien~~zusammenfinden, diskutieren, Positionen entwickeln- und gemeinsam politisch
handlungsfähig werden.
415 Mit der Partei organisieren wir Nachbarschaftsarbeit, Straßenfeste und bringen Menschen
416 mit gemeinsamen Interessen zusammen und unterstützen sie bei der gemeinsamen
Organisierung
417 gegen Miethaie und dreiste Arbeitgeber*innen. Parlamentarisch wie auch
418 außerparlamentarisch fordern wir den Ausbau, Erhalt, die Verbesserung und die Rückholung
419 öffentlicher Strukturen, um die Vielen zu entlasten.

Begründung

Aus dem Parteiprogramm (S. 5): „Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.“

Antrag L.1.423.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 423

421 Betriebliche Praxis aufbauen: Wir werden an bestehende Vernetzungsversuche von
422 Gesundheitsarbeiter*innen anknüpfen und ein Vernetzungs- und Ausbildungsformat für
423 betrieblich aktive Genoss*innen aufbauen.Wir rufen alle unsere Mitglieder dazu auf, Mitglied in
einer DGB-Gewerkschaft zu werden und sich am Arbeitsplatz zu organisieren. Mitglieder unserer
Partei, die im selben Betrieb arbeiten, rufen wir auf, Betriebsgruppen zu bilden. An den
Hochschulen rufen darüberhinaus dazu auf, sich im Studierendenverband dielinke.SDS zu
organisieren. Wir begrüßen und stärken zudem die eigenständige Organisation der Jugend in
der linksjugend solid.

Begründung

Die Arbeiter*innenklasse hat das Interesse und den Hebel, gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Kontinuierliche betriebliche Verankerung ist deshalb eine notwendige Voraussetzung dafür, unser Programm Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür sind auch die parteinahen Organisationen der Jugend und der Studierenden zu stärken.

Antrag L.1.425.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Zeile 425

- 424 Aufbau eines politischen Bildungsprogramms: Wir werden bestehende Bildungsformate und
425 Schulungsangebote in ein ganzheitliches Konzept überführen, das auch digitale und niedrigschwellige Zugänge integriert.

Begründung

Digitale und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen mehr Menschen – unabhängig von Zeit, Ort oder Vorkenntnissen – eine aktive Auseinandersetzung mit politischen Inhalten. So wird politische Bildung inklusiver, flexibler und breiter wirksam.

Antrag L.1.425.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: AKL

Zeile 425

- 424 Aufbau eines politischen Bildungsprogramms: Wir werden bestehende Bildungsformate und
425 Schulungsangebote in ein ganzheitliches Konzept überführen.

Wir kritisieren das Abstimmungsverhalten unserer Vertreter:innen in den Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zur Aufhebung der Schuldenbremse für Aufrüstung, für Waffenlieferungen an die Ukraine und im Falle Mecklenburg-Vorpommerns für das Sicherheitspaket der alten Bundesregierung. All das waren eklatante Verstöße gegen die Beschlusslage der Partei. In der Partei muss eine Diskussion geführt werden, welche Konsequenzen ein solches Verhalten haben muss. Wir nehmen dies auch zum Anlass, um in der bevorstehenden Programmdebatte über Nutzen und Schaden bisheriger Regierungsbeteiligungen mit pro-kapitalistischen Parteien zu diskutieren und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Antrag L.1.428.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Zeile 428

- 426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen, sowohl vor Ort als auch digital. In vier Jahren wollen
wir eine Partei mit
429 150.000 Mitgliedern sein.

Begründung

Organizing lebt vom direkten Kontakt – doch der findet heute nicht nur vor Ort statt, sei es in Betrieben, an Infoständen oder in unseren Geschäftsstellen, sondern ebenso im digitalen Raum. Um

möglichst viele Menschen zu erreichen und einzubinden, braucht es beides: eine starke Präsenz vor Ort und zeitgemäße digitale Strukturen. Nur so können wir unsere Mitgliederbasis verbreitern und nachhaltige politische Beteiligung ermöglichen.

Antrag L.1.428.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: BAG Bewegungslinke

Zeile 428

426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen. Dazu gehört auch eine reformierte Beitragstabelle, die Menschen mit mittleren Einkommen nicht abschreckt und die Beitragsehrlichkeit insgesamt erhöht. In vier Jahren wollen wir eine Partei mit
429 150.000 Mitgliedern sein.

Begründung

Die Linke ist auf die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge angewiesen, weil sie keine Unternehmensspenden annimmt. Wir wollen aber auch Mitglieder gewinnen und beklagen vor allem eine "Lücke" bei arbeitenden Menschen in den mittleren Altersgruppen, also jenen, die häufig über mittlere Einkommen verfügen. Unsere Beitragstabelle sieht niedrige Beiträge bei niedrigen Einkommen vor, notfalls kann man sich auf Antrag sogar vom Beitrag befreien lassen. Das ist gut. Bei hohen Einkommen ist eine hohe Unterstützung der Partei auch sinnvoll. Gerade die mittleren Einkommen sind aber durch unsere "Empfehlungen" stark belastet und häufig abgeschreckt. Niemand möchte zudem gegen die "Empfehlung" handeln und mit schlechtem Gewissen weniger zahlen. Im Gegenteil sollten wir mit einer angepassten Beitragstabelle zu mehr Beitragsehrlichkeit kommen - und zu mehr Mitgliedern, womit befürchtete Verluste egalisiert würden.

Antrag L.1.428.3

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 428 - 429

426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen. ~~In vier Jahren wollen wir eine Partei mit~~
429 ~~150.000 Mitgliedern sein.~~

Begründung

Ziele müssen nicht spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert sein. Im Gegensatz zu den Funktionär:innen bürgerlicher Parteien brauchen wir unsere Basis nicht bloß als Follower, Wähler:innen und Plakatekleber:innen. Als Partei brauchen wir all unsere Genoss:innen als

aufgeklärte, mündige, klassenbewusste Menschen, die unsere Positionen und Strategien mitentwickeln und am bewusstesten durchdrungen haben.

Antrag L.1.429.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: BAG Netzpolitik

Zeile 429

426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen. In vier Jahren wollen wir eine Partei mit
429 150.000 Mitgliedern sein.

Account für alles: Wir wollen die Möglichkeit geben, mit nur einem Zugangskonto pro Mitglied verschiedene digitale Werkzeuge der Partei für alle nutzbar zu machen. Damit stärken und vereinfachen wir die digitale Teilhabe und innerparteiliche Vernetzung.

Antrag L.1.429.2

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: OV Schwerin-Süd

Zeile 429

426 Organizing stärken: Wir werden die Organizing-Arbeit in der Partei ausbauen. Dafür
427 entwickeln wir eine Strategie, um Mitglieder zu gewinnen und unsere Mitglieder für die
428 politisch praktische Arbeit fit zu machen. In vier Jahren wollen wir eine Partei mit
429 150.000 Mitgliedern sein.

Wir brauchen eine verbindliche Ostdeutschlandstrategie, die gezielt auf die Stärkung der Landes- und Kreisverbände in Ostdeutschland setzt. Organisatorisch, personell und finanziell. Gerade im ländlichen Raum kämpfen unsere Genoss:innen oft auf weiter Flur. Wir werden gezielt Strukturen im ländlichen Raum aufbauen und absichern, neue Räume der Begegnung schaffen, haupt- und ehrenamtliche Arbeit besser verzahnen und sichtbar machen. Die Stärkung unserer Basis im Osten ist kein Nebenwiderspruch, sondern Voraussetzung für den Erfolg unserer gesamten Partei. Wer den ländlichen Raum links liegen lässt, verliert. Wer ihn organisiert, gewinnt.

Begründung

Strukturelle Benachteiligungen in Ostdeutschland und im ländlichen Raum spiegeln sich auch in der Verfasstheit unserer Partei vor Ort wider. Viele Kreisverbände kämpfen mit Überalterung, Ressourcenmangel und Abwanderung. Wenn wir den Anspruch haben, eine gesamtdeutsche Kraft zu sein, müssen wir in den eigenen Reihen anfangen, mit einer konkreten, verbindlichen Strategie zur Stärkung unserer Strukturen im Osten. Wir fordern ein parteiinternes Umdenken: weg vom Fokus auf urbane Ballungsräume, hin zu einer gleichwertigen Unterstützung aller Regionen, mit besonderem Blick auf Ostdeutschland und die ländlichen Räume. Denn wer die Partei im Osten stärkt, stärkt Die

Linke insgesamt.

Antrag L.1.431.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: Die Linke.SDS

Zeile 431 - 437

430 Kampagnen-Arbeit stärken: Wir werden die Kampagnenfähigkeit in der Partei ausbauen.

431 Hierfür ~~stärken wir die Kampagnen- und Social-Media-Arbeit weiter und etablieren eine~~
432 ~~Struktur für zentrales Rapid-Response-Campaigning. Darüber hinaus verzahnen wir alle~~
433 ~~Kommunikationsbereiche der Partei besser miteinander (Social Media, Presse, Kampagnen).~~
434 ~~Zudem prüfen wir unsere strategische Kommunikation durch das Testen von Erzählungen und~~
435 ~~Botschaften. Und wir entwickeln ein Konzept zur Kampagnenfähigkeit unserer Abgeordneten.~~
436 ~~Wir führen in den nächsten vier Jahren ein bis zwei Kampagnen bundesweit durch, die~~
437 ~~messbare Erfolge erreichen~~ setzen wir auf die Etablierung langfristiger Strukturen, die
kontinuierlich gemeinsam arbeiten. Das ist die notwendige Voraussetzung dafür, zeitlich
begrenzte Kampagnen erfolgreich durchzuführen.

Begründung

Unsere Partei ist kein Produkt, keine Corporate Identity und kein Label und wenn wir Menschen als Wähler:innen oder Mitglieder gewinnen wollen, geht es nicht um Marketingstrategien, mit denen wir bestimmte Zielgruppen adressieren, sondern den Aufruf, dass sich ganz unterschiedliche Menschen auf einer gemeinsamen Interessenlage kämpferisch organisieren.

Antrag L.1.442.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: Forum Demokratischer Sozialismus (fds)

Zeile 442

441 Inhaltliche und strukturelle Erneuerung: Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen

442 Programmprozess abzuschließen, um unser Programm ~~an einigen Stellen im Heute~~ mit Blick auf
die Erfahrungen in der Gegenwart und die Herausforderungen für die Zukunft zu ~~verankern.~~
erneuern.

443 Und wir wollen unsere Glaubwürdigkeit stärken, indem wir Konzepte für Gehaltsbegrenzung

444 und Mandatszeitbegrenzung entwickeln.

Begründung

Die jetzige Formulierung setzt die sehr einengende Botschaft, dass es nur wenig Änderungsbedarf gibt. Dies sollte jedoch Gegenstand der Debatte in der – letztlich auch sehr neuen Partei – zu den fundamentalen Veränderungen weltweit sein.

Antrag L.1.442.2

Antragsteller*in: KV Köln

Zeile 442

441 Inhaltliche und strukturelle Erneuerung: Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen

442 Programmprozess abzuschließen, ~~um unser Programm an einigen Stellen im Heute zu verankern.~~

443 Und wir wollen unsere Glaubwürdigkeit stärken, indem wir Konzepte für Gehaltsbegrenzung

444 und Mandatszeitbegrenzung entwickeln.

Begründung

Zu unkonkret, Nichtssagend

Antrag L.1.443.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: BAG Bewegungslinke

Zeile 443 - 444

441 Inhaltliche und strukturelle Erneuerung: Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen

442 Programmprozess abzuschließen, um unser Programm an einigen Stellen im Heute zu verankern.

443 Und wir wollen unsere ~~Glaubwürdigkeit stärken, indem wir Konzepte für~~ Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten zu einer Gehaltsbegrenzung

444 ~~und~~ auf maximal 3000 Euro netto verpflichten und ein Konzept zur Mandatszeitbegrenzung entwickeln.

Begründung

Dass Die Linke Politik anders versteht, muss ihr überall anzumerken sein: im Viertel, wenn sie hilft, alltägliche Probleme zu lösen, aber auch im Parlament, wo sie anders auftritt und sich von der Kultur der anderen Parteien klar unterscheidet. Denn abgehobene Gehälter und Privilegien führen zu abgehobener Politik. Die Parteivorsitzenden gehen bereits mit gutem Beispiel voran und begrenzen ihr Gehalt, außerdem einige Abgeordnete. Statt individueller Lösungen wollen wir jedoch eine verbindliche Regelung in der ganzen Partei verankern.

Es stimmt, dass unsere Mandatsträger viel leisten und viel Verantwortung haben. Gleichzeitig genießen Politiker:innen zahlreiche sonstige Privilegien wie eigenes Personal, Bahncard 100, nach zwei Legislaturen bereits eine hohe Altersversorgung und die Möglichkeit, Reise- und Unterkunftskosten abzurechnen. In einer Gehaltsdeckelung sehen wir kein Misstrauensvotum, sondern einen Beitrag zum Selbstschutz. Denn wer nicht viel mehr als der Durchschnitt verdient, kann mit den realen Problemen der Menschen meist mehr anfangen und verliert die Bodenhaftung nicht.

Eine eindeutige Regelung zur Gehaltsbegrenzung trägt auch zur Stärkung des kollektiven Mandats bei: Unsere Mandatsträger:innen wollen keine Ich-AGs sein oder eigene Machtzentren werden, in dem sie über Ressourcen Loyalitäten organisieren. Ständigem Streit und Nichteinhalten von Beschlüssen wirken wir mit einem Gehaltsdeckel entgegen.

Viele Mandatsträger:innen spenden bereits hohe Summen für Vereine und Initiativen, nicht zu vergessen als Mandatsträgerabgaben an die Partei selbst und das ist gut so. Jetzt gilt es, diese Abgaben zu verallgemeinern und in ein gemeinsames Konzept zu überführen, gleichzeitig aber schon einen Schritt konkreter zu werden als bei den bisherigen Konzept-Aufträgen.

Antrag L.1.444.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: LV Sachsen

Zeile 444

441 Inhaltliche und strukturelle Erneuerung: Daher verfolgen wir unseren Plan, bis 2027 einen
442 Programmprozess abzuschließen, um unser Programm an einigen Stellen im Heute zu verankern.
443 Und wir wollen unsere Glaubwürdigkeit stärken, indem wir Konzepte für Gehaltsbegrenzung
444 und Mandatszeitbegrenzung entwickeln. Der Parteivorstand wird beauftragt, bis spätestens 2028 zur Umsetzung dieser Konzepte Vorschläge zur Änderung der Bundessatzung zu erarbeiten, die dem Bundesparteitag vorgelegt werden.“

Begründung

Allein die Entwicklung von Konzepten zu den genannten Themen wird nicht ausreichen, wenn die Begrenzungen von Gehalt und Mandatszeit auch verbindlich und wirksam werden sollen. Dafür ist es notwendig, diese Konzepte auch in angemessener Form in die Satzung unserer Partei zu übertragen, damit von dort aus auch rechtssicher die entsprechenden Regelungen für Wahlversammlungen vorbereitet werden können bzw. die Vereinbarungen mit den Kandidierenden. Der Zeitrahmen „bis spätestens 2028“ ist ambitioniert, im Falle dessen die Regelungen bereits zur nächsten Bundestagswahl (bzw. zum Europäischen Parlament, Landtagen, Abgeordnetenhäusern usw. usw.) greifen sollen, jedoch notwendig.

Antrag L.1.449.1

Änderungsantrag zu L.1-06

Antragsteller*in: KV Stuttgart, KV Calw Freudenstadt, KV Freiburg und weitere

Zeile 449

449 Stärkung des antirassistischen Profils: Der rassistischen Debatte von Grünen bis AfD und dem menschenverachtenden Mainstream-Diskurs in den Medien treten wir mit klarer Haltung entgegen. Wir entwickeln nicht nur Konzepte für Migration, wir machen sie zum Teil unserer linken Erzählung. Wir erkennen an: Menschen mit Migrationsgeschichte sind auch in der Partei mit strukturellen Hürden konfrontiert. Deshalb fördern wir gezielt das Engagement von Betroffenen von Rassismus. Unsere Politik denkt Rassismus - ob auf dem Wohnungs- oder Arbeitsmarkt - immer mit. Soziale Gerechtigkeit ist ohne Antirassismus nicht zu haben. Unsere Perspektive ist intersektional, unser Anspruch: eine solidarische Gesellschaft für alle.
450 Feministische Erneuerung: Wir stehen für eine feministische Politik, die nicht nur Gleichstellung verspricht und Quotierungen einhält, sondern strukturell verankert ist. In einer Zeit, in der rechte Kräfte gezielt Frauen*/FLINTA*-rechte angreifen und antifeministische Narrative in der

Mitte der Gesellschaft anschlussfähig werden, braucht es eine Linke, die offensiv für Frauen*/FLINTA*-Rechte kämpft - auch innerhalb der eigenen Strukturen. Wir wollen feministische Organisierung stärken, politische Bildungsarbeit ausbauen, patriarchale Machtverhältnisse benennen und abbauen - in der Gesellschaft wie in der Partei. Feministische Kämpfe sind Klassenkämpfe. Deshalb denken wir soziale Fragen immer auch feministisch, setzen uns für Lohntransparenz, reproduktive Selbstbestimmung und den Kampf gegen patriarchale Gewalt ein.

Die Linke ist eine sozialistische Mitgliederpartei. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam
450 für eine bessere Welt zu kämpfen und unsere Partei auf diesem Weg zu begleiten. Sozial,
451 solidarisch, ökologisch, emanzipatorisch, friedlich.

Begründung

Die Linke ist bei der Bundestagswahl 2025 unter anderem deshalb erfolgreich gewesen, weil sie insbesondere bei Frauen*/FLINTA*, jungen Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat. Dieses Vertrauen ist eine politische Verpflichtung: Wer gewählt wird, weil er Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit verkörpert, darf die Kämpfe derjenigen nicht ignorieren, die unter strukturellem Rassismus, patriarchaler Gewalt und intersektionaler Ausgrenzung leiden – auch innerhalb der Partei.

Unsere Änderungsanträge machen diese Perspektive sichtbar und stärken die Erzählung des Leitantrags, ohne sie zu verwässern. Es geht nicht um „Nebenwidersprüche“, sondern um zentrale politische Realitäten in diesem Land – für viele unserer aktivsten Mitglieder und engagiertesten Wähler*innen.

Neuer Punkt Antirassistisches Profil stärken (ab Zeile 449)

Die rassistische Debatte wird längst nicht mehr nur von der Rechten geführt – sie hat sich in den politischen und medialen Mainstream gefressen. Die Linke muss dem nicht nur widersprechen, sondern aktiv eine Gegenhegemonie aufbauen: durch konkrete Migrationskonzepte, durch Empowerment von Menschen mit Rassismuserfahrung in der Partei und durch intersektionale Perspektiven auf alle Politikfelder. Wer über Soziales, Mieten, Arbeit und Armut redet, muss Rassismus mitdenken – sonst bleiben wir ignorant gegenüber realen Machtverhältnissen.

Neuer Punkt Feministische Erneuerung (ab Zeile 449)

Feministische Politik ist kein Zusatzprojekt, sondern ein Grundpfeiler jeder sozialistischen Bewegung. In Zeiten, in denen antifeministische Rhetorik wieder zur Normalität wird – von Antigender-Initiativen bis zur Relativierung sexualisierter Gewalt – braucht es eine Linke, die offensiv und strukturell für Frauen*/FLINTA*-Rechte eintritt. Diese feministische Erneuerung muss auch die eigene Partei betreffen: von geschlechtergerechter Sprache über Schutzräume bis hin zur gezielten Förderung von Frauen*/FLINTA*-Personen in politischer Bildung, Mandaten und Ämtern. Und: Feminismus ist Klassenkampf. Wer Care-Arbeit sichtbar macht, Lohnlücken schließt und Gewalt bekämpft, kämpft gegen den Kapitalismus.

Dieser Änderungsantrag macht den Leitantrag nicht länger – aber er macht ihn politischer. Klarer. Verbundener mit der Realität vieler Menschen in diesem Land. Sie bringen das Versprechen des Titels „Wir sind die Hoffnung“ zum Leuchten – für all jene, die nicht nur wegen steigender Preise, sondern auch wegen alltäglicher Diskriminierung kämpfen müssen. Für eine LINKE, die nicht nur eine Partei des Sozialen ist, sondern auch der Befreiung.

weitere Antragstellende

Kreis- bzw. Bezirksverbände:

KV Heidelberg/Bad. Bergstraße

Delegierte:

Mersedeh Ghazaei (KV Stuttgart), Anıl Beşli (KV Esslingen), Mirko Boysen (KV Freiburg), Kim Sophie Bohnen (KV Heidelberg/Bad. Bergstraße), Aynur Karlıklı (KV Stuttgart), Johannes Schmidt (KV Karlsruhe), Luigi Pantisano (KV Stuttgart), Patrick Schorer (KV Calw Freudenstadt), Renate Angstmann-Koch (KV Tübingen), Eliseo Maugeri (KV Essen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), David Rizzotto, (KV Ulm, Alb Donau), Dagmar Uhlig (KV Stuttgart), Utz Mörbe (KV Stuttgart), Anne Zerr (KV Tübingen), Janine Heitzmann (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Thomas Haschke (KV Stuttgart), Sander Frank (KV Bodenseekreis)

weitere:

Avra Emîn (Kreisvorstand, KV Rems-Murr), Faisal Osman (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Andre Dörr (Kreisvorstand, KV Stuttgart), Isabell Fuhrmann (Frauenbeauftragte BW, KV Mannheim), Annika Nykamp (KV Freiburg), Melissa Muhr (Mitglied im Kreisvorstand, KV Freiburg), Almut Roeskens (KV Freiburg), Jana Kühl (Mitglied im KV, KV Emmendingen), Lea Mery (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Johanna Reimer (KV Freiburg)

Wir bleiben in Kontakt



Linke News

Alles rund um
Die Linke.
Auf einen Blick –
in einer App.

 Google Play



 App Store



Instagram: @dielinke

TikTok: @die.linke

X: @dieLinke

YouTube: @dielinke

Facebook: linkspartei

Mastodon: @dielinke

WhatsApp: Die Linke

Telegram: dielinke

Bürger*innentelefon:

030 24 00 99 99

E-Mail:

kontakt@die-linke.de

www.die-linke.de